

## PROTOKOLL

über die 19. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 23. März 2006, im Rathaus, 1. Stock hinten,  
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

### Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Mag. Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: StR Gunter Mayrhofer, GR Mag. Stephan Keiler LL.M., GRMag. Gerhard Klausberger, GR Helga Feller-Höllner

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

### TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

GHJ1-2/06 Ankauf eines Servotachymeters für die FA Vermessung.

### BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) FW-1/06 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 2) VerkR-50/06 OÖ.Verkehrsverbund (OÖVV); Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2006.

- 3) Ha-7566/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.
- 4) Fin-12/06 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschuss 2006 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades.
- 5) Fin-40/06 Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2006; Subvention.
- 6) Fin-120/05 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2005 in das Finanzjahr 2006.
- 7) BauGru-52/03 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.15; Josef und Elfriede Mayr; Betriebsbaugebiet Wolfenstraße.

**BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

- 8) Fin-64/05 „Pro mente“ – Atrium Steyr; Subvention 2005.
- 9) Fin-100/05 Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2006 APT.
- 10) Präs-160/06 Antrag Bürgerforum Steyr und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betr. Hort Pfarrcaritas Steyr-Münichholz; Gewährung einer a.o. Subvention zur Sicherstellung des Weiterbestandes.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

- 11) GHJ2-73/05 Erste Etappe – zweiter Teil Fenstertausch und Vollwärmeschutz Hauptschule Ennsleite.
- 12) GHJ2-2/05 Zweite Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volksschule Tabor.
- 13) Bau5-1533/78 Attraktivierung Stadtsaal.
- 14) ÖAG-13/05 Abschluss eines Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Ollinger Vermögensverwaltung GmbH, 4470 Enns, Dr. Karl Renner Straße 19, über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut.
- 15) Präs-147/06 Antrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend Veräußerung des ehemaligen Wirtschaftshofes; Ausschreibung des gesamten Areals zum neuerlichen Verkauf.
- 16) Präs-161/06 Antrag der Grünen Steyr betreffend Erstellung eines umfassenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:**

- 17) Fin-237/05 Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2006.
- 18) Fin-238/05 Kulturverein Röda Steyr; Jahressubvention 2006.
- 19) Fin-181/05 Verein „Musikfestival Steyr“; Projektförderung 2006.
- 20) Fin-33/06 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.
- 21) Fin-46/06 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01 – 19; Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung; Änderung der Darlehenskonditionen.
- 22) Fin-143/06 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2006.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

23) BauStr-10/05 Abschluss einer Vereinbarung zur Erschließung der sogenannten „Mayrgründe“ im Bereich Feldstraße.

24) Fin-119/05 Abwasserbeseitigung der Stadt Steyr; Bauabschnitt 15; Annahme Förderungsvertrag.

25) K-1/06 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2006 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

#### **BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:**

26) Fin-19/06 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2006.

27) Präs-683/02 Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern; Förderungen.

#### **BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:**

28) Ge-1358/05 Öffnungszeiten der Gastgärten im Stadtgebiet.

#### **BÜRGERMEISTERING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde, dass es keine geheime oder pseudogeheime Sitzung ist, sondern eine ganz öffentliche Sitzung, so wie es unser Statut vorsieht. Wir sind beschlussfähig und ich darf die Protokollprüfer bekannt geben und zwar sind das heute die GR Ute Fanta und der GR Rudolf Kohl. Entschuldigt sind heute der StR Gunter Mayrhofer, GR Mag. Stephan Keiler, GR Mag. Gerhard Klausberg und die GR Helga Feller-Höllner.

Anfragen zu Pkt. 2) liegen mir nicht vor. Wir kommen gleich zu Pkt. 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Steyrer sammelten 5209 Tonnen Altstoffe

Enorm fleißig haben die Steyrerinnen und Steyrer auch im Vorjahr wiederverwertbare Altstoffe gesammelt. Insgesamt 5209 Tonnen beträgt die Gesamtmenge, die innerhalb von zwölf Monaten im Altstoff-Sammelzentrum sowie in den einzelnen Containern zusammengekommen ist. Das ist ungefähr die gleiche Menge wie im Vorjahr.

Die mit Abstand größte Sammelmenge wurde bei Papier erzielt (3304 Tonnen). Die weiteren Ergebnisse: Glas 911 Tonnen, Kunststoff 852 Tonnen und Metall 142 Tonnen. Die Sammlung von Pappe wird überregional betrieben, darum können keine Zahlen für Steyr ausgewiesen werden. Dieses Jahresergebnis zeigt wieder einmal, dass die Steyrerinnen und Steyrer überaus gewissenhaft trennen und sammeln.

Frühjahrs-Symposium 2006

Sehr erfolgreich ist das Frühjahrssymposium 2006 verlaufen. Heuer ging es um das Thema „Sparen in der öffentlichen Verwaltung“. Mehr als 100 Gäste aus fast allen österreichischen Bundesländern, aus Deutschland und aus der Schweiz nahmen am 16. und 17. März an der Veranstaltung in der Schlossgalerie teil. Organisiert wurde das Symposium von der Magistrats-Abteilung Personalentwicklung.

Stadt Steyr macht beim Girl's Day mit

Die Stadt Steyr macht beim internationalen „Girl's Day“ am 27. April mit. Diese Aktion von Landesrätin Dr. Silvia Stöger hat den Zweck, bei Mädchen Interesse für technische Berufe zu wecken, Unternehmen auf das Potenzial der Mädchen aufmerksam zu machen sowie Eltern und Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass Mädchen in traditionell männlich dominierten Berufen immer dringender gebraucht werden. Anmelden kann man sich für den Girl's Day ab 23. März auf der Homepage [www.girlsday-ooe.at](http://www.girlsday-ooe.at). Auf dieser Homepage gibt es auch eine Menge Information zu dieser Veranstaltung. Im Magistrat und den Städtischen Betrieben stehen insgesamt 18 Plätze zur Verfügung. Die Mädchen werden an ihren Arbeitsplätzen von Fachleuten über den jeweiligen Beruf informiert und können auch praktische Arbeiten durchführen.

Zum Thema Vogelgrippe

Die Stadt hat ein Merkblatt verfasst, in dem Vorsichts-Maßnahmen beim Umgang mit Wildvögeln aufgelistet sind. Das Merkblatt liegt auf im Rathaus, Stadtservice-Büro in der Abteilung für Veterinärwesen (Redtenbachergasse 3). Es steht auch auf der Homepage der Stadt Steyr [www.steyr.at](http://www.steyr.at).

1721 Steyrer stimmen Volksbegehren zu

Insgesamt 1721 Steyrerinnen und Steyrer haben von 6. bis 13. März das Volksbegehren "Österreich bleib frei" unterschrieben. Stimmberechtigt waren zu diesem Zeitpunkt 28.191 Steyrer Bürger. Das entspricht einer Beteiligung von 6,10 Prozent.

Die drei bisher erfolgreichsten Volksbegehren in Steyr: Das Gentechnik-Volksbegehren im Jahr 1997 erhielt 6543 Unterschriften (22,54 %), beim Volksbegehren "Sozialstaat Österreich" vor vier Jahren wurden 5748 Eintragungen verzeichnet (20,44 %), und dem Volksbegehren "Veto gegen Temelin", ebenfalls im Jahr 2002, stimmten 4906 Steyrerinnen und Steyrer zu (17,41 %).

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Februar 2006 betrug 8,0 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % niedriger. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich auch um 0,9 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Februar 2006 3.448. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 4,2 % (d.s. 151 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 14,5 % (d.s. 437 Personen).

Im Februar 2006 sind 268 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 5 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 6 Stellen weniger.

Ich komme jetzt zur „Aktuellen Stunde“. Es gibt zu diesem Thema von zwei Fraktionen Meldungen.

Die SP-Gemeinderatsfraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Sicherheit in Steyr“.

Zu diesem Thema hat es ja vor 14 Tagen ein Diskussion der Rundschau gegeben, wo sehr kontroversiell diskutiert wurde und wo die Situation in Steyr auch vonseiten der Polizei entsprechend argumentiert wurde. Aus meiner Sicht war das eine sehr interessante Diskussion, die das subjektive Empfinden der Steyrer Bürger zu diesem Thema sehr deutlich gezeigt hat. Das subjektive Empfinden ist dahin gegangen, dass sehr viele direkt Betroffene die Situation in Steyr sehr eindeutig und entsprechend beeindruckend geschildert haben. Deswegen finde ich es auch sinnvoll, dass wir heute zu diesem Thema eine „Aktuelle Stunde“ abhalten.

Ich bitte Herrn Vizebürgermeister Gerhard Bremm, dass er noch auf Details zu diesem Thema näher eingeht.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste, sehr verehrte Vertreter der Presse. Sicherheit in Steyr, ich glaube, das ist kein Steyr-spezifisches Thema, sondern das ist überhaupt ein Bedürfnis der Menschen in Städten oder in Gemeinden zu wohnen, wo eine größtmögliche Sicherheit gegeben ist. Es gibt viele Beispiele im internationalen Bereich wo dramatische Entwicklungen stattgefunden haben. Es gibt ja bekannterweise Städte, wo man am Abend nicht mehr auf die Straße gehen kann, wo es hier den Rat gibt, in den Hotels oder in den Wohnungen zu bleiben. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen, so wie es eine Reihe anderer Grundbedürfnisse auch gibt. Daher ist es auch ein sehr sensibles Thema, wie in dem Bereich oder in der Wohngegend wo man ist, wie dort die Sicherheit gegeben

ist. Ich möchte aber auch so beginnen, dass es über dieses Thema zu diskutieren gar nicht sehr einfach ist. Einerseits ist es eine sehr subjektive Einschätzung, auf der anderen Seite ist es aber auch ein sehr sensibles Thema. Man kann das als Verantwortliche in der Stadt aus zwei Gesichtspunkten betrachten. Daher glaube ich, ist mit diesem Thema auch eine dementsprechende Sorgfalt geboten. Man sollte auf der einen Seite nichts dramatisieren, dass in Steyr, in unserer Stadt, die Sicherheit

nicht mehr gegeben ist, dass man sich nicht mehr auf die Straße trauen kann, weil Überfälle, Gewalttaten sind, weil es natürlich auch eine Negativwerbung nach außen hin ist, in der Öffentlichkeit, weit über unsere Stadtgrenzen hinaus. Auf der anderen Seite, also man sollte das nicht dramatisieren, skandalisieren, aber man kann es auch nicht verschweigen und kann auch nicht eine Vogel-Strauß-Politik betreiben und die Augen verschließen und sagen, sagen wir lieber nichts. Darum war es für unsere Fraktion, aufgrund der aktuellen Entwicklung, ein Bedürfnis, dieses Thema heute in der „Aktuellen Stunde“ zu bringen. Es ist ja nicht neu, dass sich das jetzt seit 14 Tagen oder drei Wochen oder seit einigen Monaten, dass das Thema Sicherheit aktuell geworden ist, sondern es zieht sich ja schon wie ein roter Faden über einen längeren Zeitraum hinweg. Es hat ja da im Gemeinderat zu diesem Thema schon die diversen Diskussionen, Resolutionen, Anträge gegeben. Ich darf nur in Erinnerung rufen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass der Gemeinderat eine Resolution am 5. 7. 2001 an den damaligen Bundesminister Dr. Ernst Strasser für die Erhaltung des mobilen Einsatzkommandos am Standort Steyr gewandt hat, also eine Resolution beschlossen hat und an den Bundesminister dieses Problem herangetragen wurde. Also, dort hat das schon begonnen. Eine weitere Resolution zur Unterbindung aller Maßnahmen die den seinerzeitigen Sicherheitsstandard in Steyr reduzieren würde, verabschiedete der Gemeinderat im selben Jahr und zwar am 20. September 2001. Also, 2001 haben wir uns schon zweimal im Gemeinderat mit dem Thema beschäftigt, weil wir halt die Entwicklung, die damals schon zu sehen war, das mobile Einsatzkommando zu reduzieren bzw. die Personalentwicklung im Sicherheitsdienst, da hat man schon gesehen, dass zurückgefahren wird, immer weniger Personen sind und wir auf die Gefahren, die damit verbunden sind, damals schon darauf hingewiesen haben.

Einen neuerlichen Anlauf haben wir am 22. 1. 2004 gemacht. Wir haben dort ebenfalls eine Resolution beschlossen, die sich mit der Sorge um die personelle und organisatorische Ausstattung der Sicherheitsbehörde in Steyr befasst hat. Darüber hinaus hat sich unser Herr Bürgermeister in einem persönlichen Schreiben, vom 8. April 2005, bei der derzeitigen Frau Bundesministerin für Inneres, Frau Lise Prokopp, um die Erhaltung der Polizeihundestaffel eingesetzt. Von der österreichischen Bundesregierung wurden alle Bemühungen der Stadtverwaltung unberücksichtigt gelassen und die Reformvorhaben entgegen den Interessen der Stadt durchgezogen.

Vonseiten des Stadtpolizeikommandos, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden in den nächsten Wochen, so ist es auch bei dieser Diskussion, die vor kurzem stattgefunden hat, verstärkte Streifendienste im Altstadtbereich durchgeführt. Ich glaube, dass man die ganze Debatte um die Sicherheit nicht so einfach bagatellisieren kann und sagen, jetzt holen wir uns ein paar Mal die Hundestaffel nach Steyr und dann ist das Problem wieder erledigt und dann schreiben wir in die Zeitung - „Die Kontrollen greifen, erstmals keine Prügeleien.“ Ich glaube, man

sollte es nicht auf diese einfache Art und Weise abtun. Vielleicht hat halt das vergangene Wochenende einmal keiner eine über das Haupt bekommen und ist vielleicht keiner älteren Frau die Handtasche gestohlen oder entrissen worden, aber es vergeht keine Woche in Steyr, wo wir nicht mit solchen unangenehmen Entwicklungen konfrontiert werden.

Es ist nicht ganz so, dass das alles sofort greifen wird. Solch eine Entwicklung ist längerfristig in die Vergangenheit zu betrachten und ist natürlich noch weit problematischer für die Zukunft zu sehen. Durch die Zentralisierung des mobilen Einsatzkommandos, der Verlegung der Polizeihundestaffel sowie die Schließung des Wachzimmers beim Bahnhof musste die Stadt Steyr bereits massive Verschlechterungen im Bereich der Prävention und Sicherheit hinnehmen. Die laufenden Vorfälle, die sich nicht nur auf die Altstadt von Steyr sondern auch auf die Stadtteile erstrecken, stellen einen Nachweis für die subjektive und objektive Verschlechterung der allgemeinen Sicherheit in er Statutarstadt dar. Nur durch eine Ausweitung der in der Stadt Steyr dienstversehene Sicherheitswachbeamten und der damit verbundenen sichtbaren Präsenz des Sicherheitswachdienstes kann der Sicherheitsfrage positiv entgegengewirkt oder präventiv entgegengewirkt werden und das subjektive Sicherheitsgefühl der Steyrer Bevölkerung gestärkt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu möchte ich, weil es ja in Wirklichkeit ein hochpolitisches Thema ist, es ist kein Steyr-spezifisches Thema, dass die Gewaltbereitschaft allgemein im Steigen ist, dass es halt heute wesentlich schneller geht, wenn man am Stadtplatz zu späterer Stunde, aber wie wir jetzt gerade in den letzten Wochen gelesen haben, nicht nur zu späterer Stunde, auch in der Tageszeit, dass hier Gewaltdelikte überhand nehmen, ist es natürlich ein hochpolitisches Thema, wie wirkt die Politik dem entgegen. Es sind halt dies die Auswirkungen der Bundespolitik, wo man Sparmaßnahmen auf Teufel komm raus fährt und dementsprechend hier zurückfährt, mit dem kalkuliertem Risiko, dass halt die Gewalttaten dementsprechend zunehmen. Eines ist natürlich unbestreitbar. Je höher die Präsenz der Polizei im Streifendienst ist, um so sicherer fühlen sich die Leute und um so geringer ist auch die Gefahr, dass dementsprechende Gewalttaten,

die Raufereien, ich weiß von was ich rede, ich habe auch zwei Söhne die jetzt in dem Alter sind und bei der Nacht in den Lokalen in der Stadt unterwegs sind. Vor vier Jahren hat es das noch nicht so gegeben wie das heute der Fall ist. Wenn auch im Auftrag der Frau Bundesministerin ein Schreiben vom 2. Mai 2005 gekommen ist, dass vor allem mit dem Polizeidiensthundeführern der Bundespolizeidirektion Steyr signalisiert wurde, dass die einverstanden sind mit dieser organisatorischen Änderung, dann ist das eine Provokation und ein Verspotten. Also, ich weiß nicht, wie ich dazu sagen soll. Wir wissen nämlich wie sich jene Kollegen dagegen gewehrt haben, dass sie von Steyr, von der Sierninger Straße wegkommen.

Ich möchte auch noch ein Schreiben, eine Presseausendung, in der Steyrer Rundschau ist sie gewesen, vom 4. Mai 2005, wo der Herr Abgeordnete Murauer hier die Meldung gemacht hat – „Die Hundestaffel bleibt in Steyr“. 2005 ist das abgedruckt worden. Da hat er nämlich nur gemeint, dass das Wachzimmer bleibt und die Hunde mit den Polizisten sind nämlich nach Linz gekommen. Also, so salopp wird mit diesem Thema umgegangen.

Ich glaube, dass es notwendig sein wird, im Interesse der Stadt, dass eine massive Forderung wiederum gestellt wird, dass der Personalstand bei der Bundespolizei, beim Wachdienst, dementsprechend aufgestockt wird. Hier auch eine dramatische Entwicklung der letzten Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren. 1999 haben wir noch 192 Polizisten in Steyr gehabt, das war mit der Kriminalpolizei in Summe, und 2006 sind es 141. Also, um 51 Köpfe bei der Bundespolizei weniger als zum damaligen Zeitpunkt. Das hat natürlich ihre Spuren hinterlassen, das hat dementsprechende Auswirkungen. Zu sagen, wenn wir wen brauchen dann holen wir uns die Hundestaffel von Linz herüber, das ist glaube ich nicht ganz ernst gemeint. Hier sind wir aufgerufen auf politischer Ebene die Forderung nach mehr Personal vehement zu vertreten und zu verlangen um die Sicherheit in der Stadt Steyr in der Zukunft wieder zu verbessern und nicht, dass sie noch verschlechtert wird. Das wollte ich zur „Aktuellen Stunde“ beigetragen haben.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

So, jede Fraktion hat eine Wortmeldung. ÖVP bitte.

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrtes Präsidium, Steyr ist sicher. Das waren die ersten Worte die der Herr Bürgermeister bei dieser Diskussionsveranstaltung gebracht hat. Am Ende der Diskussionsveranstaltung, als dann die Jugendlichen und verschiedene Betroffenen ihm berichtet hatten was in Steyr passiert, hat er gesagt: „Na ja, anscheinend ist es nicht so.“ Das war so ungefähr der Zugang den der Bürgermeister der Stadt Steyr zur Sicherheitssituation in der Stadt Steyr gehabt hat. Ich muss sagen, bei dieser Diskussion hat mir die Bezirksverwaltungsbehörde eigentlich sehr gefehlt. Nachdem die auch für das Jugendschutzgesetz und auch für die Umsetzung zuständig ist, wäre es doch wichtig gewesen und interessant, glaube ich, für die Bezirksverwaltungsbehörde, diese Anliegen und diese Probleme der Betroffenen zu hören. Andererseits, der Herr Mag. Zineder schreibt heute einen Artikel in der Rundschau über diese Diskussion, bei der er selbst gar nicht dort war. Das ist schon ein sehr eigenartiger Zugang der sozialdemokratischen Partei zu diesem Thema.

Wir waren wirklich bemüht und es ist auch mit Hilfe verschiedener Betroffener gelungen diese Diskussionsveranstaltung von der Steyrer Rundschau ins Leben zu rufen. Danke. Es war uns ganz wichtig, diese Probleme aufzuzeigen. Die Probleme die natürlich auch die Polizei von Steyr vor Ort hat. Die Hundestaffel ist ein brisantes Thema, ist ein wichtiges Thema und auch wir werden uns dahinter klemmen, dass entsprechende Maßnahmen wieder nach Steyr kommen. Man kann in der Zeitung lesen, dass ein Hundeführer wieder unterwegs war und damit etwas mehr Ordnung eingekehrt ist. Diese Dinge werden wir natürlich weiterleiten. Es war ganz wichtig, diese Veranstaltung, diese Problematiken aufzuzeigen. Es ist natürlich ein Problem. Das System wurde verändert, der Übergang von der Gendarmerie zur Polizei, andererseits vom Polizeisystem ins Gendarmeriesystem ist für alle Beteiligten eine schwierige Sache, die Umstellung, auch die emotionelle, das ist gar keine Frage. Und dass es da Probleme gibt und dass es hier Anpassungsschwierigkeiten und Anlaufschwierigkeiten gibt, ist ein Faktum. Allerdings arbeitet auch die Polizei daran, das zu verbessern. Ich glaube, solche Diskussionen und immer wieder auch das Fordern auf höherer Stelle um wieder Verbesserung in der Stadt zu haben, das ist durchaus legitim, das ist auch in Ordnung. Aber wie gesagt, der Zugang der ursprünglich da gekommen ist, der war nicht wirklich ein richtiger und hat gezeigt, dass eigentlich das Thema vorher nicht wirklich von der Stadtregierung genug beachtet wurde. Danke.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Ich habe es gerade gesagt, wie oft wir uns schon damit beschäftigt haben.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Wir haben doch schon so viele Resolutionen gemacht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Grüne.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich habe diese Wortmeldungen mit, ich sage einmal, etwas kritischer Aufmerksamkeit verfolgt, weil mir der Zugang, wie man zukünftige Verbrechen bekämpft in Steyr oder Jugendkriminalität oder Alterskriminalität quasi damit bekämpfen will, dass man jetzt vom Bund oder von wem auch immer mehr Polizei oder mehr Hunde oder etc. fordert. Das kommt mir irgendwie so vor, dass man manch wilden Hund durch scharfe Hunde der Polizei bekämpfen will und das ist doch ein bisschen ein einfacher Zugang. Also ich denke mir, wir wissen alle, dass man mit der bloßen Existenz einer Hundestaffel, mit der bloßen Existenz eines Polizeiaufgebotes im Grunde genommen kein Verbrechen verhindert. Man will im Grunde genommen die Auswirkungen bekämpfen und es gelingt vielleicht ganz minimal durch, ich weiß es nicht, irrsinnigen Aufwand, wie man es jetzt in Linz sieht, durch Fernsehkameras, durch Polizeistreifen, das Größte zu verhindern. Aber es gelingt im Grunde genommen nicht, weil ich glaube die Ursachen ganz woanders ansetzen. Die Ursachen setzen nämlich dort an, welche Perspektiven haben überhaupt die Menschen, die sich da herumprügeln oder die heute Auslagen beschmierern und, und, und. Was ist denn eigentlich die Grundvoraussetzung überhaupt, dass man mit der Gesellschaft unzufrieden ist und dass man Verbrechen überhaupt begeht? Das hat nichts mit einer inneren Zufriedenheit zu tun. Das hat nichts damit zu tun, dass man sagt, was weiß ich, ich führe ein Leben in halbwegs richtigen Bahnen, unter Führungszeichen, was immer das bedeuten mag, ich bin damit zufrieden, nein, ich muss mich mit der Umwelt gewalttätig auseinandersetzen. Das wird keine Hundestaffel verhindern. Es wird auch nicht verhindern, wenn ich, ich weiß nicht wie vielen Polizisten gegenüber stehen und ich weiß, dass die Streife gehen. Ich glaube, dass der Grund eigentlich darin liegt, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo manches einfach im Argen liegt. Das kann man nicht delegieren an den Bund, an das Land oder an sonst irgendeinen Herrn Huber oder Herrn Mayr. Ich glaube wir müssen schauen, als Politiker und Politikerinnen, dass wir zumindest ansatzweise oder mit hohem Bemühen ein Umfeld schaffen, wo ein gemeinsames Miteinander möglich ist. Ansätze hat es ja durchaus schon gegeben in Steyr. Ich denke mir, Prävention, zumindest von politischer Seite, hat ja schon ansatzweise stattgefunden oder zumindest steht das z. B. auch im sozialen Leitbild der Stadt Steyr oder was Bildung anbelangt, oder was Jugendzentren anbelangt, Beschäftigungen quasi bilden. Es ist ja nur die Frage, inwieweit können wir uns da herinnen einigen, dass wir auch dort dieses Augenmerk hinlegen und dass wir sagen, gut, wir kennen die Probleme, die sind ja nicht von ungefähr, weil wer mit wachem Auge durch die Stadt geht weiß, dass so etwas auch passiert. Dann gibt es Vorschläge seitens der Fachmenschen, wie könnte man dem begegnen, weil verhindern kann man es eh nicht zu 100 %, aber wie könnte man dem begegnen. Da hat es eine Reihe von Vorschlägen gegeben. Aber was haben wir damit gemacht? Ich erinnere nur an meine etwas längere Ansprache beim Budget, wie ich gesagt habe, soziales Leitbild, wo sind denn eigentlich die finanziellen Grundlagen, dass wir das auch umsetzen, auch im Präventionsbereich, auch im Bildungsbereich ect., ect. Also, ich will jetzt nicht her gehen und was weiß ich eine Schuldverschiebung da machen, weil ich weiß, wie schwierig das ist. Nur ich glaube, mit der plakativen Forderung, alles ist so wild und alles ist so schlecht und da brauchen wir jetzt mehr Polizei, damit ist es sicher nicht getan. Ich finde es gut, dass die Diskussion stattfindet, dass wir darüber reden, aber ich glaube die Wege werden unterschiedlich sein, wie man dem in Zukunft begegnet. Und ein paar Hunde. Ich erinnere nur, wie die Jugoslawienkrise war und wie alle geschrien haben am Wieserfeldplatz oben, jetzt brauchen wir eine Hundestaffel und was weiß ich. Und der aufmerksame Anrainer, ja, der unter Umständen seine Wohnungen auch vermietet hat an jene Ausländer, die er dann verbal beschimpft hat, aber das Geld hat er eingeschoben, hat dann interessiert betrachtet, wie der damalige Herr Innenminister und sämtliche Honoratioren dieser Stadt zugeschaut haben, wie die Hunde irgendeinen Trainer angefallen haben. Alle haben gejubelt und haben gesagt – da ist uns jetzt was gelungen, wir haben eine Hundestaffel am Wieserfeldplatz. Ein oder zwei Jahre später bin ich dort vorbeigekommen, da ist ein Taferl gehängt – läuten Sie hier an, hier werden Sie weiter vermittelt. Also, wenn das nicht, sage ich einmal, ein spektakulärer Akt des Populismus ist, dass man sagt, wenn dort Verbrechen passieren, dann geben wir gleich die Hundestaffel hin und ansässige Polizisten dort sagen, es passiert nichts und die Hunderl gehen dort nur schlafen hin, ob das dann der richtige Ansatz war. In Wahrheit, der andere Ansatz war nämlich der, dass man dann versucht hat mit Paraplü ect., ect. einen Ausgleich zwischen den In- und Ausländern zu schaffen. Ich glaube, dass das ein viel gescheiterer Ausweg war aus dieser Situation als immer gleich mit der Keule zu drohen. Aber jetzt mildere ich das noch ein bisschen ab, nachdem alle so betroffen dreinschauen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Weil du es so locker siehst.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, locker sehe ich das nicht, aber ich gehe nicht her, wenn einer buh macht, mache ich bäh dazu. Da gehe ich jetzt nicht her, sondern ich sage, es ist alles recht schön und gut, also der Antrag war okay, aber es ist zuwenig quasi nur die Hunde oder was weiß ich was zu fordern. Ich glaube, dass wir eine sehr, sehr gut funktionierende Polizei haben in Steyr und wenn die Politik mehr will, die darauf reagiert. Ich glaube aber, dass die wesentlichen Dinge die sind, dass wir uns mit dem Sozialleitbild auseinander setzen und nicht mit dem, wie wir die Hunde wieder da herholen sollen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen, werte Kollegen, die Zeiten wo man in Steyr am Abend die Türen nicht unbedingt verriegeln musste und ungehindert oder ohne Gefahr in der Nacht auf ein Bier gehen konnte, sind oft in Steyr leider auch vorbei. Es ist so und wir müssen uns mit dem auseinander setzen, was sich derzeit abspielt. Ich glaube das Thema ist zu wichtig als dass man es jetzt nur als Vorwahlgeplänkel vor der herannahenden Nationalratswahl zwischen ÖVP und SPÖ jetzt den Ball hin und her spielt, wie es der Herr Bürgermeister auch bei der durchaus interessanten Veranstaltung bei der Wirtschaftskammer gemacht hat indem er das sehr plakativ auf eine Ebene gestellt hat und gesagt hat: „Na ja, da müssen halt die Leute im Herbst was anderes wählen, dann wird alles wieder gut.“ So ist es ja glaube ich nicht, so einfach ist es nicht. Das hast du ja wortwörtlich gesagt, ich war auch dort dabei. Es hat übrigens, ich glaube das haben auch einige vergessen, Kollege Bremm, auch einen Innenminister Löschnak gegeben, der ein Wachzimmer geschlossen hat, und gar nicht so wenige. Das hat man vielleicht auch inzwischen vergessen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In Steyr nicht.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Tatsache ist, dass Handlungsbedarf ist und da gebe ich dir durchaus Recht, nicht nur in Steyr sondern das ist ja ein Problem das vor allem die größeren Kommunen alle in zunehmendem Ausmaß betrifft. Ich bin aber schon der Meinung, unsere Fraktion auch, dass eine vermehrte Präsenz von Exekutive, auch im Zusammenhang mit der vielzitierten Hundestaffel, sicher zur Beruhigung beitragen wird. Es gibt auch schon Städte, die Überwachungskameras installiert haben. Da sind wir noch nicht so weit in Steyr, vielleicht müssen wir uns aber auch das einmal überlegen. Wie es heute in der Steyrer Rundschau beschrieben ist, dass es zu einer Beruhigung beiträgt, davon bin ich schon überzeugt, weil einfach die Anwesenheit von Polizei - und von was reden wir denn? Am Wochenende ist es das Hauptproblem, Donnerstag, Freitag, Samstag, und da geht es letzten Endes auch nur um gewisse Stunden. Wenn man da die Präsenz erhöht, wird mit großer Sicherheit dieses Problem kleiner werden. Davon bin ich überzeugt. Aber es wird es nicht ganz lösen, weil das zweite große Problem ist sicherlich auch das Problem in den Familien, das hat auch der Bürgermeister dort angesprochen, bei dieser Veranstaltung, da hat er nicht unrecht. Das Problem in den Familien und eine gewisse Verwahrlosung die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Weil ich frage mich schon, wenn ich am Freitag oder am Samstag um drei Uhr in der Früh fortgehe und da lungern die Kinder zwar nicht mehr in den Lokalen herum, weil sie dort ausgeschlossen sind oder weil dort jetzt offensichtlich doch Scharfe gemacht wird von den Lokalbesitzern, aber dann mit dem Alkohol in der Hand am Stadtplatz oder auf der Promenade oder im Schlosspark oder sonst wo herum, dann frage ich mich schon, ob die zu Hause niemandem abgehen. Das ist ein Problem dass wir zwar nicht von der politischen Seite lösen können, aber mit dem sollten wir uns auch auseinander setzen und überlegen, was man da machen kann, weil da ist ja offensichtlich auch einiges falsch gelaufen, dass die um 3, 4 Uhr in der Früh niemandem abgehen. Das passiert ja jeden von uns einmal, dass da durchaus Leute auf der Straße rumkugeln, die ja eigentlich zu Hause sein sollten und dort nichts mehr verloren haben.

Das dritte Thema, das vermisse ich auch ein bisschen, da traut sich offensichtlich auch wieder keiner sagen, das ist sicher auch ein bundespolitisches Thema, das ist sicherlich die zu rasche Osterweiterung. Bitte, wir haben uns mit kriminellen Asylanten herumzuschlagen, das ist ein Faktum, auch wenn man das nicht gerne hören will, und da ist natürlich auch die Politik gefordert hier

Maßnahmen zu setzen. Inzwischen sind einige eh schon aufgewacht, dass man hier einen Riegel vorschieben muss, dass diese Entwicklung in diesem Tempo weitergehen kann, dass die Länder, die in Zukunft zur EU kommen wollen, hier zuerst einmal ihre Standards erfüllen müssen bevor wir in diesem Ausmaß den Zug in der EU weiter fahren lassen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Bürgerforum Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich denke mir der Worte sind genug gewechselt worden, schön wäre es halt, wenn dann auch Taten folgen würden. Und nachdem der Kollege Bremm das Thema jetzt in die „Aktuelle Stunde“ geholt hat, gesagt hat, dass es ein hochpolitisches Thema ist, freue ich mich, dass es da jetzt anscheinend einen Gesinnungswandel gegeben hat, weil ich kann mich erinnern, vor ein paar Monaten noch, wie ich auch den Bürgermeister auf die Situation aufmerksam gemacht habe, dass man Handlungsbedarf hat, bezüglich Sicherheit in Steyr, habe ich so den Eindruck gehabt das ist nicht wirklich so ein Thema, was sollen wir da tun, das ist Aufgabe der Polizei. Inzwischen hat es da anscheinend in der Fraktion einen Meinungswandel gegeben, über den bin ich sehr froh, und daher denke ich sollte man dieses Thema jetzt nicht nur im Gemeinderat zum Thema machen sondern auch in den jeweiligen Gremien oder z. B. in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz um sich zu überlegen was können wir, nachdem es ein hochpolitisches Thema ist, als Stadt Steyr machen, seitens der Stadtpolitik, wie es der Kollege Apfelthaler angesprochen hat in Richtung Prävention aber auch natürlich genauso in Richtung Präsenz der Polizei, die sicherlich auch notwendig ist, weil ich glaube, dass es beides braucht, zum einen die präventive Arbeit aber zum anderen auch die Präsenz der Polizei, um auch diesen Kontakt mit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und nicht nur dann zur Stelle zu sein wenn etwas passiert sondern auch durch diesen permanenten Kontakt mit der Bevölkerung ein positives Image auch zu haben und für ein zusätzliches Sicherheitsgefühl zu sorgen. Ich würde bitten, Herr Bürgermeister, eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu diesem Thema zu machen, auch unter Einbindung jetzt von Sozialarbeitern, die mit der Thematik zu tun haben, unter Einbindung auch der Polizeidirektion, dass man schaut, was können wir in Steyr machen an präventiven Maßnahmen bzw. auch an Maßnahmen, der Kollege Bremm hat es angesprochen, Resolutionen usw. die es gegeben hat. Ich denke, es reicht nicht eine Resolution zu machen, sondern man muss dann auch immer wieder schauen was damit passiert. Aber wir können natürlich auch gerne einen neuen Anlauf machen mit einer neuen Resolution. Ich denke mir da wird es kein Problem sein, da eine relative Einstimmigkeit zu erzielen. Aber der Ball liegt bei der Stadt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine Damen und Herren, so wie es der Kollege Bremm gesagt hat, es ist ein hochpolitisches Thema, das ist es natürlich. Deswegen, weil ja eine Polizeireform erst vor Kurzem stattgefunden hat und die Auswirkungen dieser Polizeireform bekommen wir jetzt hautnah zu spüren. Ich habe das bei der Diskussion natürlich auch so empfunden. Es ist so, dass natürlich die Polizisten dort Rede und Antwort gestanden sind, und dass sie es nicht leicht gehabt haben immer zu argumentieren. Es ist im Prinzip so, dass um 50 Polizeibeamte in Steyr in den letzten fünf Jahren weniger sind und die Polizeibeamten und die Verantwortlichen der Polizei haben bei der Diskussion ganz klar gesagt, wir leben in einer Zeit wo es immer mehr Verbrechen gibt. Wenn ich nur darauf hinweise, dass der Kollege Payrleithner ja gesagt hat, dass die Osterweiterung ein Nachteil ist, es kommt natürlich vom Osten neue Kriminalität herein, das ist so, aber dann muss man sich auch bezüglich Polizei darauf einstellen. Dann ist es halt einmal so, dass man heute in der hochtechnologischen Welt natürlich auch andere Gefahren hat und dass man sich auf diese Gefahren auch einstellen muss. Wenn heute ein Polizeidirektor von Steyr sagt, wenn irgendwo in Steyr um Mitternacht ein größerer Unfall ist, und die Polizei muss dort hin und muss unbedingt bei diesem Unfall sein und gleichzeitig gibt es einen Raufhandel am Stadtplatz, da fehlen dann die Polizisten, weil man kann nicht überall gleichzeitig sein, dann fehlt einfach das Personal dazu. Das ist ja ganz klar. Da hat sich die Polizei und da haben sich die zuständigen Politiker in der Regierung, das muss man auch ganz klar sagen, darauf einzustellen. Das ist halt einmal Fakt, das muss man ganz klar einmal so festhalten. Herr Kollege Payrleithner, weil du sagst, Einbau von Kameras. Auch mit diesem Thema, Kameras z. B. für das Bahnhofsparkdeck, habe ich mich intensiv eingesetzt. Ich habe gesagt, wir wollen dort eine Kamera installiert habe, weil es dort in dem Bereich einen gegeben hat der ständig die Feuerlöscher verstreut und verbraucht hat und wir wollen dort einmal eine Kamera hingeben, weil es sinnvoll wäre, wenn der eh regelmäßig kommt, dass man dort so eine Kamera installiert, dann haben wir rasch

diesen Täter. Die Antwort der Polizei war ganz klar, dass eine Kamera nur dort und nur dann installiert wird, wenn eine entsprechende Häufigkeit von Verbrechen vorliegt. Und die liegt bei diesem Fall, obwohl wir gesagt haben jede Woche passiert das einmal, noch nicht vor. Meine Vorstellung wäre ja gewesen, dass man z. B. am Stadtplatz, am Marienplatz so etwas macht. Auch dort ist es nicht möglich. Eine ganz klare und eindeutige Aussage. Das wollte ich zu diesem Thema sagen.

Kollege Apfelthaler, zu dir, natürlich ist es nicht genug, wenn wir sagen, wir brauchen nur mehr Personal bei der Polizei und damit ist alles gelöst. Wir brauchen selbstverständlich, und das habe ich auch dort bei der Diskussion gesagt, auch entsprechende präventive Maßnahmen. Und zu diesen Themen wird in Steyr sehr viel gemacht. Erkundige dich bitte einmal beim StR Oppl, was der an Präventivmaßnahmen bei der Jugend erst in letzter Zeit gemacht hat und was in Zukunft noch in Steyr geschieht. Was wir aber auch vonseiten der Stadt machen, dass wir ausgesprochen gute Politik machen, was die Schulpolitik betrifft, was die Ansiedlungspolitik betrifft, was die Beschäftigungspolitik betrifft. Wir arbeiten in Steyr auf diesem Sektoren ausgezeichnet und das ist die beste Prävention die man überhaupt auf diesem Gebiet machen kann. Die Sozialprobleme, das sieht man z. B. in Frankreich jetzt sehr deutlich, haben dazu geführt, dass dort große Unruhen sind. Diese Unruhen gibt es bei uns bei Weitem noch nicht. Wir werden uns auch in Zukunft bemühen und das auch entsprechend politisch vertreten, dass hier entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, dass in Zukunft Steyr nach wie vor sicher ist. Ich stehe auch heute dazu, dass Steyr noch eine sichere Stadt ist. Und so ist es nicht, dass ich um Mitternacht nicht nach Hause gehen kann, mir passiert da irgendwas, sondern mir passiert nach wie vor nichts, wenn ich um Mitternacht nach Hause gehe. Das mache ich selbst hin und wieder, dass ich um Mitternacht alleine nach Hause gehe, und ich gehe vom Stadtplatz bis zur Schlüßlmayrsiedlung und habe mich noch nie irgendwo bedroht gefühlt. Natürlich gibt es neuralgische Punkte und das muss man auch akzeptieren. Das wollte ich zu diesem Thema noch einmal festhalten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen nun zum zweiten Thema. Die ÖVP-Fraktion brachte das Thema Stadtwerke zur „Aktuellen Stunde“ und ich bitte einen Vertreter der ÖVP dieses Thema hier vorzubringen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste.

Zum Themenkreis der Stadtwerke

Spekulative Wertpapiergeschäfte. Herr Dir. Diplomkaufmann Zeilinger hat spekulative Wertpapiergeschäfte im Ausmaß von sage und schreibe 1,3 Mio. Euro mit Stadtwerkegeldern alleine durchgeführt. Zur Finanzierung wurde von ihm auch eine Kontoüberziehung von über 500.000 Euro eingegangen. Diese Anlagen wurden offensichtlich bewusst unterjährig gemacht um sie nicht in der Bilanz aufscheinen zu lassen. Er erzielte dabei mit vollem Risiko eine Verzinsung von lediglich 1,9 % wobei man risikolos mit Sparbüchern ab 2,25 % aufwärts erzielen könnte. Für diese hoch riskanten Spekulationsgeschäfte hätte er eine zweite Unterschrift, sowohl im internen Bereich als auch der Bank gegenüber, beibringen müssen, was entgegen den Vorschriften jedoch nicht erfolgt ist.

Zu Prämien für besondere Leistungen

Die Stadtwerke schütten jährlich an verschiedene Personen udgl. Prämien für besondere Leistungen aus. Der Vorschlag wird von den Abteilungsleitern und der Personalvertretung erstellt und Herr Dir. Zeilinger trifft die Entscheidung. Auf dem letzten Vorschlag befand sich ein dem Dir. Zeilinger offenbar nicht genehmer Mitarbeiter. Dieser wurde von ihm von der Liste gestrichen und dafür ein anderer Mitarbeiter bedacht, der bereits ein Jahr vorher, sicher verdient, eine Prämie erhalten hatte.

Zur Freibadsanierung

Der Bauabschnitt der ersten Freibadsanierung bracht eine Kostenexplosion von sage und schreibe statt 841.000 Euro auf 1.162.000 Euro, sagenhafte 38 % Mehrkosten. Durch verschiedene Maßnahmen können 160.000 Euro zum Glück eingespart werden, verbleibt eine Überziehung von 321.000 Euro. Wer ist für dieses Wunschkonzert, laut Herrn Stadtrat Hauser, verantwortlich? Wer bezahlt diese Mehrkosten? Der Herr Dir. Zeilinger? Der zuständige Stadtrat Hauser? Der Bürgermeister?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, der erste angeführte Punkt ist in der Privatwirtschaft ein Grund zur fristlosen Entlassung. Der zweite Punkt zeigt einen unmöglichen Umgang des Herrn Dir. Zeilinger mit den fleißigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtwerke. Der dritte Punkt wurde bereits öfters

diskutiert. Die Verantwortlichkeit und Konsequenzen sind nach wie vor nicht am Tisch. Wer ist für diese Misswirtschaft des Herrn Dir. Zeilinger in den Stadtwerken verantwortlich? Wer ist sein disziplinarer Vorgesetzter? Ist es der Stadtwerkeausschuss, Herr StR Hauser? Herr Magistratsdirektor Schmidl? Oder Sie, Herr Bürgermeister, persönlich? Welche Maßnahmen wurden und werden ergriffen um solche Missstände zu verhindern? Stimmt es, dass Herr Dir. Zeilinger nach etwa nur 5 Jahren Betriebszugehörigkeit sein 35-jähriges Dienstjubiläum mit den entsprechenden Prämien feiert?

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Danke schön. Es steht wieder jeder Fraktion eine Wortmeldung zu. Grüne bitte.

**GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:**

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, in welchem Film wir heute sind, aber ich glaube es hat irgendwie mit Chicago zu tun. Oder?

Gelächter

**GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:**

Zuerst hören wir, dass wir nicht mehr auf die Straße gehen können und dass alles so wild wird und jetzt hören wir, dass eine Misswirtschaft mit hochriskanten und was weiß ich was, ja und dann gibt es eine beleidigte Prämiengeschichte und dann gibt es einen StR Willi Hauser der alles zahlen darf, weil es beim Freibad so teuer geworden ist. Also, ich weiß es auch nicht, ha, ha, vielleicht hat es auch damit zu tun, dass man sich auf ewige Zeiten auf eine Filmrolle bannen kann. Aber ich gehe jetzt nicht her und relativiere alles, ich sage nur eines: Bitte schön, starke Worte sind schon okay, aber Misswirtschaft und hoch riskant, also ich denke mir, dass wir eh der Länge und der Breite über das geredet haben. Ich will hier nicht den Herrn Stadtwerkedirektor da jetzt schönreden oder was, aber ich glaube, dass fundierte Fachleute eh festgestellt haben, dass dieses Risiko eingrenzbar war, ja, das haben wir seitens des Prüfungsausschusses abgestellt usw. Was die Prämien anbelangt, was soll ich damit anfangen? Also, wenn sich einer beschwert, dass er keine Prämie bekommt und dann bekommt sie ein anderer der voriges Jahr schon eine bekommen hat und dann regen wir uns auf weil der eine bekommt jetzt zwei Gupf Eis und der andere bekommt nur einen Gupf Eis oder über was reden wir da herinnen eigentlich? Was das Freibad betrifft ach, ...

Gelächter

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

FPÖ.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Sehr geehrte Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste ich möchte es nicht so machen, ich möchte tatsächlich zu dem Thema, was die ÖVP hier aufgeworfen hat, einiges sagen. Obwohl, da hat es eine Zwischenbemerkung gegeben, dass jetzt nicht eine Fragestunde ist, sondern eine „Aktuelle Stunde“, wie es auch schön in unseren Statuten steht, halte ich es trotzdem für gerechtfertigt, dass die ÖVP dieses Thema heute hier aufgeworfen hat und zwar deswegen, weil sich bereits das Kontrollamt, auch der Prüfungsausschuss, damit beschäftigt hat, aber eigentlich im zuständigen Verwaltungsausschuss ist noch nie darüber gesprochen worden. Tatsache ist auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass offensichtlich der Herr Dir. Zeilinger keine besonders glückliche Hand hat was das Personal betrifft. Tatsache ist, und das hat das Kontrollamt festgestellt, dass hier Spekulationsgeschäfte durchgeführt wurden, zu denen er nicht berechtigt ist. Tatsache ist auch, dass einige Anträge, ein Antrag was die Sanierung des Stadtbades betrifft, hier vom Fraktionsvorsitzenden der SPÖ vor diesem Gemeinderat zurückgezogen werden musste. Das ist auch eine Tatsache. Wie man aus Zeitungsmeldungen lesen konnte, hat der Herr Bürgermeister das Wort ergriffen und gesagt, es reicht ihm jetzt, so sinngemäß sage ich das jetzt, es hat ständig oder es gibt ständig Probleme mit den Stadtwerken. Und im Zusammenhang dieser Spekulationsgeschäfte hat ja der Herr Bürgermeister das Kontrollamt beauftragt die Sache zu überprüfen. Man darf sich nicht wundern, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wenn das jetzt in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung zur Sprache kommt. Denn eines ist schon erstaunlich, man kann sich jetzt an so manche Aussagen diesbezüglich nicht mehr erinnern. Man tut so als sei alles in Ordnung und man verschweigt tunlichst auch was hier im Protokoll drinnen steht, dass bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz am 26. Jänner d. J. aufgrund einer Anfrage von mir berichtet wurde, dass, wie gesagt der Herr Bürgermeister einen Prüfungsauftrag erteilt hat, der Herr Magistratsdirektor

hat eine Rüge erteilt, aber von dem möchte man jetzt nichts mehr hören da herinnen. Wie gesagt, kein Wunder, wenn man hier in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung Aufklärung verlangt. Ich glaube, man sollte tatsächlich tunlichst vorher in allen Gremien darüber sprechen. Aber ich habe halt den Eindruck im Verwaltungsausschuss wollte man nicht darüber reden.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Danke schön. Frau Frech.

**GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In einigen Punkten möchte ich dem Kollegen Eichhübl durchaus Recht geben, nämlich es ist schon auch ein bisschen verwunderlich, dass beispielsweise zeitgleich festgesetzt worden ist der letzte Stadtwerkeausschuss und der Prüfungsausschuss, der sich genau mit dem Thema Stadtwerke beschäftigt hat, nämlich wirklich zeitgleich, und dann nämlich eins passiert ist im Prüfungsausschuss, dass man eigentlich gesagt hat na ja, jetzt können wir nicht wirklich einen Antrag formulieren oder weitere Dinge, weil jetzt sollten wir einmal schauen was im Verwaltungsausschuss heraus kommt und man kann ja nicht in zwei Ausschüssen gleichzeitig sein. Aber mir ist dann mitgeteilt worden, seitens des Verwaltungsausschusses, dass man dort dann irgendwie so gesagt hat, na ja, da können wir jetzt eigentlich nicht vorgehen, weil es wird ja gerade im Prüfungsausschuss behandelt. Da drängt sich schon ein bisschen der Verdacht auf, dass man da nicht wirklich darüber diskutieren will, weil sonst macht man nicht zeitgleich zwei Ausschüsse die sich mit derselben Problematik beschäftigen. Ich würde auch nicht, wie der Kollege Apfelthaler, das Ganze ins Lächerliche ziehen, dass ich sage, ein paar Gupf Eis. Die Sache ist nämlich schon die, ich kann nicht beurteilen, ich bin nicht der zuständige Referent, ich bin kein Mitarbeiter der Stadtwerke, wie die Atmosphäre dort im Haus ist. Was ich aber beurteilen kann denke ich ist das, was auch im Prüfungsausschuss seitens des Kontrollamtes uns vorgelegt worden ist und das liegt ja auf und wird sicherlich auch Thema sein in einer der nächsten Sitzungen, wenn es dann wieder darum geht die Prüfberichte des Jahres zu diskutieren. Aber da hat sich ja jemand damit beschäftigt, der Leiter des Kontrollamtes, und eine Reihe von Dingen liegen auf den Tisch, die nicht in Ordnung sind. Jetzt nicht irgendwie politisch motiviert sind, sondern wo ein weisungsungebundener Beamter des Kontrollamtes diese Dinge klar auf den Tisch gelegt hat. Das sollte natürlich dann auch, denke ich mir, Konsequenzen haben.

Was auch ein Punkt ist und wie gesagt den kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht tagtäglich in den Stadtwerken oben bin, aber das ist so der Bereich, der mich interessieren würde, der Umgang mit den Mitarbeitern, der möglicherweise, so ist zu hören, auch nicht unbedingt so unbedenklich ist. Wie geht man mit seinen Untergebenen um? Jetzt nicht nur in Richtung Prämien, sondern vom Führungsstil generell, denke ich mir, wäre das aufzuklären.

Die ÖVP-Fraktion hat eine Reihe von Fragen gestellt und ich denke mir es wäre jetzt die Möglichkeit für den zuständigen Referenten bzw. den Herrn Bürgermeister diese Fragen einfach zu beantworten.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Danke schön. SPÖ.

**STADTRAT WILHELM HAUSER:**

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, also irgendwie denke ich mir ganz einfach, wenn es eine Anfrage gewesen wäre, könnte man das bearbeiten, könnte man das deckend auch beantworten. Aber da das so herzuwerfen, sage ich jetzt einmal, über das Rednerpult hinüber, dass man diese Fragen alle hier aufwirft, muss ich dazu sagen, wird womöglich dort oder da noch einer Prüfung bedürfen. Eines sei aber hier einmal ganz deutlich gesagt. Wenn man von Misswirtschaft redet, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, dann müsst ihr mir erzählen, warum die Stadtwerke ein Plus schreiben und das schon seit Jahren. Wenn wir also z. B. von diesem Spekulationsgeschäft reden, jedes Ding hat seine zwei Seiten, ich will überhaupt nicht darüber hinwegtäuschen, dass er seine Kompetenzen bei der Unterschriftsleistung überschritten hat und all diese Dinge, aber die stehen nicht im Kontrollbericht drinnen, den ich jetzt bekommen habe nach der Prüfungsausschusssitzung. Darum haben wir es auch im Verwaltungsausschuss noch nicht behandelt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn ihr schon alle glaubt, dass wir auf der Nudelsuppe dahergeschwommen sind, am 5. Juli 2005 wurde der Sitzungsplan für das erste Halbjahr 2006 ausgegeben und seit dem 5. Juli 2005, da war überhaupt noch kein Prüfungsauftrag vergeben oder sonst irgendeine Geschichte inszeniert oder gesagt, steht der Prüfungsausschuss und der Stadtwerkeausschuss gleichzeitig auf diesem Plan. Also erzählt mir nicht, die rote Mehrheit würde da was inszenieren oder sonst irgendetwas, weil da bekomme ich gleich Bauchweh wenn ich das höre.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Und das ist bei dir groß!

Gelächter

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Kurt, da gebe ich dir Recht. Gott sei Dank gibt es einige, die das noch lustig finden, aber ich bekomme wirklich Bauchweh, wenn ich sehe, dass jeder immer glaubt er muss irgendeine Politintrige oder sonst irgendwas irgendwo hineininterpretieren wo es überhaupt nichts gibt. Offensichtlich hat man sonst nichts, über das man reden müsste.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich z. B. nur darauf gehe, dass wir von diesem spekulativem Geschäft, wobei ich das rechtlich gar nicht beurteilen kann, sondern dafür hat es das Kontrollamt gegeben und die haben das offensichtlich sehr genau genommen, aber einen durchschnittliche Performance von 4,99 % hier gegeben ist von diesem Fond, der da angesprochen wurde, 1,99 heuer erwirtschaftet wurden und er hat aber zumindest etwas getan als es am Girokonto liegen zu lassen. Wir haben 25.000 Euro, nicht ganz, positiver erwirtschaftet durch diese Geldanlage und dann redet man von Misswirtschaft. Wo er seine Kompetenzen überschritten hat, völlig klar, Angelegenheit aus meiner Sicht des Inneren Dienstes für die Magistratsbediensteten zu tun, in weiterer Folge vielleicht für den Bürgermeister. Die haben ja offensichtlich etwas getan, denn man höre und staune, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Prüfungsbericht war noch nicht einmal geschrieben, hat ihn die Zeitung schon auf den Tisch gehabt. Der war noch nicht beraten, noch nirgends diskutiert, und ich bin angerufen worden und die haben mir aus dem Prüfungsbericht vorgelesen. Na, seid mir nicht böse und dann tut ihr alle so, als ob ihr nichts wüsstet. Also, ich habe ihn sicherlich dort nicht hingetragen, das kann ich sagen und der Herr Zeilinger hat ihn auch nicht hingetragen. Da könnt ihr ganz sicher sein. Es gibt auch überhaupt nichts zu vertuschen, weil ihr tut immer so, wie wenn das alles so zu vertuschen wäre und sonst was. Diese Dinge werden in Ausschüssen diskutiert, ...

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Nein!

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Sagen Sie nicht nein, weil ich kann nichts diskutieren, wenn ich noch nichts habe. Im nächsten Verwaltungsausschuss können Sie gerne diskutieren. Ich habe Ihnen nur eine Antwort gegeben, der Herr Kollege Eichhübl ist dabei gesessen, dass er derzeit im Prüfungsausschuss diskutiert wird und dann wird man darüber sprechen, wenn irgendetwas ist. Ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, Sie können das von vorne bis hinten und drüber und drunter diskutieren, ich werde Sie da nicht einschränken.

Prämienverteilung: Eines muss man schon dazu sagen. Die Geschäftsführung ist dazu angehalten, Prämien zu verteilen. Das Prämiensystem gibt es, ist ganz klar fixiert wie das läuft, die Vorschläge wurden gemacht und jetzt siehe da, da sind mehrere Leute gewesen, die nicht drangekommen sind. Es gibt ein gewisses Prinzip, habe ich mir sagen lassen, dass also hier nach Dienstalter usw. und so fort das kommt und nach der Leistung die sie einbringen usw. Komischerweise wird da über einen gesprochen, nehme ich an, weil ich kann es mir nicht anders vorstellen, der Personalvertreter ist und der sich jetzt betreten darin fühlt, weil er glaubt, dass er aus diesem Grunde das womöglich nicht bekommen hat. Ich habe selbst mit ihm gesprochen, weil er war auch bei mir. Ich habe ihm das erklärt, habe ihm gesagt, dass das so und so gelaufen ist, habe ihm das mitgeteilt und damit sehe ich meine Aufgabe als erfüllt, weil ich beurteile nicht, wie die Arbeitsleistung dort ist, weil ich bin nämlich dort nicht der Geschäftsführer.

Freibadsanierung: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen wenn mir noch irgendwer erzählt, dass wir nicht über das auf- und abdiskutiert haben, versucht haben das zu erklären, und jetzt, weil nichts Gescheites einfällt, thematisieren wir es schon wieder und weil man in Wirklichkeit nämlich, und das muss man feststellen in dieser Stadt hier, es offensichtlich von jener Fraktion, die unter anderem auch in der Stadregierung sitzt, nichts anderes zu berichten gibt als wie der Stadtplatz stirbt, die Stadt ist pleite, alle Dinge sich als unrichtig erweisen und dann setzen wir noch einen Deckel drauf indem man wieder etwas, was schon längst abgehandelt ist offensichtlich hier wieder aufs Thema bringt obwohl man auf der anderen Seite viele Dinge zu tun hätte wo man mitwirken könnte, dass das eine oder andere besser wird, dann ist das aus meiner Sicht ein bisschen schwach. Dass genau die ÖVP, diejenigen die sich immer als Wirtschaftspartei bezeichnen, dann plus von minus nicht mehr

unterscheiden können, das erst recht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn man schon eine Frage stellt, bezüglich des 35-jährigen Dienstjubiläums, dann muss man sich auch erkundigen wie die Vergaberichtlinien sind. Die fußen auf einen Stadtsenatsbeschluss aus dem Jahre 1975. Lest dort nach, dann wisst ihr, warum er es bekommen hat. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

So, meine Damen und Herren, das war jetzt die „Aktuelle Stunde“. Wir kommen jetzt zu Punkt 5). Ich bitte um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und Punkt 6) sind dann die Verhandlungsgegenstände. Zu diesem Punkt gebe ich den Vorsitz an meine Kollegin Frau Vizebürgermeisterin ab.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

**BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Bei meinem ersten Punkt geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Diese Herren sind alle im Antrag aufgelistet. Da geht es um die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, BMW-Motoren-Betriebsfeuerwehr, MAN-Betriebsfeuerwehr und SKF. Ich bitte dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

1) FW-1/06 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 10. 01. 2006 genannten Personen wird zugestimmt.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, der nächste Punkt bitte.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Bei meinem nächsten Punkt geht es um den OÖ Verkehrsverbund, Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2006. Dieser Beitrag ist ja im Landesgesetz vom 1. 1. 2000 geregelt. Es geht hier um einen Betrag für das Jahr 2006 um 313.413,06 Euro. Hier im Speziellen um eine vierteljährliche Akontozahlung in der Höhe von 78.353,27 Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

2) VerkR-50/06 OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV); Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 20. 01. 2006 wird der Freigabe der Mittel zur Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr zum Aufwand am OÖ Verkehrsverbund für das Jahr 2006 in Höhe von EUR 313.413,06 gegen nachträgliche Endverrechnung zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 313.413,06 bei der VAS<sub>t</sub>. 1/690000/751000 freigegeben.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen. Die einzelnen Summen sind im Antrag genau aufgelistet. Ich möchte noch

dazu erwähnen, dass der Gemeinderat der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr eine 15%ige Kürzung beschlossen hat, oder bei der letzten Budgetsitzung bereits festgelegt hat. Dadurch kommt es zur Auszahlung von 185.676 Euro anstatt von 218.442 Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

3) Ha-7566/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 2006 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 2005 festgelegten Ansätzen.

Eine Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 2006 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 2003. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 2004 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 2003 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge, die zur Vermeidung von unrunder Beträgen kaufmännisch gerundet wurden:

#### SPÖ

19.986,00 Euro (Sockelbetrag)  
43.263,00 Euro (pro Mandat 1.881,00 Euro)  
32.453,00 Euro (Fraktionsumlage 1.411,00 Euro pro Mandat)  
95.702,00 Euro

#### ÖVP

19.986,00 Euro (Sockelbetrag)  
11.286,00 Euro (pro Mandat 1.881,00 Euro)  
8.466,00 Euro (Fraktionsumlage 1.411,00 Euro pro Mandat)  
39.738,00 Euro

#### FPÖ

19.986,00 Euro (Sockelbetrag )  
5.643,00 Euro (pro Mandat 1.881,00 Euro)  
4.233,00 Euro (Fraktionsumlage 1.411,00 Euro pro Mandat)  
29.862,00 Euro

#### DIE GRÜNEN STEYR

19.986,00 Euro (Sockelbetrag)  
5.643,00 Euro (pro Mandat 1.881,00 Euro)  
4.233,00 Euro (Fraktionsumlage 1.411,00 Euro pro Mandat)  
29.862,00 Euro

#### BÜRGERFORUM STEYR FRECH

19.986,00 Euro (Sockelbetrag)  
1.881,00 Euro (pro Mandat 1.881,00 Euro)  
1.411,00 Euro (Fraktionsumlage 1.411,00 Euro pro Mandat)  
23.278,00 Euro

Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr im Voranschlag für das Rechnungsjahr 2006 bei dieser Budgetpost beschlossenen 15%igen Kürzung gelangen jedoch nur folgende Beträge zur Auszahlung:

SPÖ  
95.702,00 EURO-15% 81.347,00

ÖVP  
39.738,00 Euro-15% 33.777,00

FPÖ  
29.862,00 Euro-15% 25.383,00

DIE GRÜNEN STEYR  
29.862,00 Euro-15% 25.383,00

BÜRGERFORUM STEYR FRECH  
23.278,00 Euro-15% 19.786,00

Gesamtbetrag:  
218.442,00 Euro-15% 185.676,00

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs- Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von 185.676,00 Euro werden bei der VSt. 1/000000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Wünscht dazu jemand das Wort?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Ich nehme einmal an, dass keiner dagegen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Da sicher nicht, obwohl eigentlich, wenn man nachschaut, wenn man die Mandate der einzelnen Fraktionen zählt und das hochrechnet, würden wir auch mehr bekommen.

So, wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Stadtwerke Steyr, Investitionskostenzuschüsse 2006 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades. Hier geht es in Summe um einen Investitionskostenzuschuss in der Höhe von 631.400,-- Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

4) Fin-12/06 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschuss 2006 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 16. 01. 2006, wird den Stadtwerken Steyr zur teilweisen Finanzierung von Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von EUR 396.200,-- und für Investitionen im Bereich des Stadtbades ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von EUR 235.200,-- gewährt. Die Gesamthöhe der Investitionskostenzuschüsse beträgt somit EUR 613.400,--.

Zu diesem Zweck wird bei VAST. 5/879000/779000 ein Betrag von EUR 581.400,-- und bei VAST.

5/879000/779200 ein Betrag von EUR 50.000,-- für das Rechnungsjahr 2006 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 340.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem fünften Antrag geht es um das Stadtmarketing, Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2006. Das ist eine Subvention. Das Stadtmarketing Steyr hat sich ja in der Vergangenheit sehr gut bewehrt und ich bin auch dafür, dass auch für dieses Jahr wieder die Summe von 218.000,-- Euro an das Stadtmarketing überwiesen wird. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

5) Fin-40/06 Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2006; Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 17. Februar 2006 wird der Stadtmarketing Steyr GmbH eine Subvention in Höhe von EUR 218.000,00 genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 218.000,00 (Euro zweihundertachtzehntausend) bei der VA-Stelle 5/015000/757000 (lfd. Transferzahlungen) freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 215.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2005 in das Finanzjahr 2006. Dabei geht es um eine Gesamtsumme von 8,055.995,-- Euro, das sich aufteilt auf den außerordentlichen Haushalt von 7,470.893,-- Euro und für den ordentlichen Haushalt von 585.102,-- Euro. Die einzelnen Positionen sind im Antrag genau aufgelistet. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

6) Fin-120/05 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2005 in das Finanzjahr 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 3. März 2006 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von EUR 585.102,-- und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von EUR 7,470.893,-- in Summe EUR 8,055.995,-- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer

dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (Bürgerforum Frech). Danke.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Bei meinem letzten Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung. Sie sehen hiermit eine bildliche Darstellung um welche Fläche es sich handelt. Es geht um 30.000 m<sup>2</sup>. Wir verwenden heute hier zum ersten Mal diese Technik hier im Haus und ich bin froh, dass wir es endlich geschafft haben, dass wir auch visuelle Darstellungen bei Gemeinderatssitzungen präsentieren können. Es geht hier um eine Umwidmung in Betriebsbaugelände um eingeschränkt, gemischtes Baugebiet im Bereich der Wolfenerstraße. Es geht um die Gründe der Familie Josef und Elfriede Mayr. Ich bitte auch dieser Umwidmung die Zustimmung zu erteilen.

7) BauGru-52/03 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.15; Josef und Elfriede Mayr; Betriebsbaugelände Wolfenerstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 15 – Josef und Elfriede Mayr, Betriebsbaugelände Wolfenerstraße – und des Stadtentwicklungskonzeptes wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 22. 3. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 20. 02. 2006 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Danke, damit gebe ich den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Nächster Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin. Ich bitte um deine Anträge.

**BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um eine Subvention für „Pro mente“ um 30.000,- Euro. Es ist eigentlich das letzte Mal. Für das Jahr 2006 wird es direkt vom Land OÖ bezahlt. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

8) Fin-64/05 „Pro mente“ – Atrium Steyr; Subvention 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 16. Jänner 2006 wird dem Verein „Pro mente“ im Zusammenhang mit der Führung des „ATRIUM Steyr“ für das Haushaltsjahr 2005 zur Deckung des Mietaufwandes bzw. 50 Prozent der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

EUR 30.000,- (dreißigtausend Euro)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von EUR 20.000,- werden bei der VASSt. 1/413000/757000 aus dem Budget 2005 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

In meinem nächsten Antrag geht es um die Verlustbedeckungen für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Es sind vorgesehen für den o. H. 2.150.000,-- Euro und für den ao. H. 290.000,-- Euro. Die Freigabe erfolgt zwischen der Heimleitung des APT und des Geschäftsbereiches für Finanzen in Teilbeträgen nach Notwendigkeit des Liquiditätsbedarfes kann man das abberufen. Ich möchte dazu sagen, dass wir natürlich im Jahr 2005 eine Einsparung um 390.000,-- Euro gehabt haben und im Jahr 2004 um 330.000,-- Euro. Es sind zwar die Beträge drinnen, es ist ein altes Haus und wenn da was passiert, müssen wir sicherheitshalber die Beträge drinnen lassen, aber es wird, wie gesagt, nur ausbezahlt in Absprache mit unserem Finanzdirektor. Ich ersuche den hohen Gemeinderat um Zustimmung.

9) Fin-100/05 Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2006 APT.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 2006 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung des o. H. bei der Voranschlagsstelle 1/899000/759200 in Höhe von EUR 2.150.000,00 und des ao. H. bei der Voranschlagsstelle 5/899000/779000 in Höhe von EUR 290.000,00 grundsätzlich freigegeben. Die Auszahlung erfolgt in Teilbeträgen nach Notwendigkeit des Liquiditätsbedarfes in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 290.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Altmann bitte.

**GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:**

Wertes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Steyrer Gemeinderates, wie Sie wahrscheinlich alle wissen, hat sich die demographische Entwicklung unserer Bevölkerung in den letzten Jahren ja deutlich gewandelt. Früher war das eigentlich eine Pyramide mit sehr viel jungen Leuten und sehr wenig alten oder älteren Damen und Herren, mittlerweile ist das so, dass das eine auf den Kopf gestellte Pyramide ist wo es sehr, sehr wenige junge Leute gibt und sehr, sehr viel ältere Damen und Herren. Jetzt wissen wir aber auch, was dazu kommt, dass sich die Zahl der über 80-jährigen in den nächsten drei Jahren verdoppeln wird. Jetzt wissen wir auch, dass durch den Umbau des Alten- und Pflegeheimes Tabor eigentlich keine zusätzlichen neuen Plätze geschaffen werden, sondern eigentlich durch den Umbau oder die bessere Ausstattung der Zimmer letztendlich keine neuen Plätze geschaffen werden, sondern die Wohnsituation eigentlich angenehmer wird für die dort beherbergten älteren Damen und Herren.

Wie gehen Sie aber jetzt, angesichts der angespannten Finanzsituation der Stadt Steyr, eigentlich mit diesem Problem um, dass wir in den nächsten paar Jahren mit einer deutlichen Zunahme der Personen rechnen müssen, die einen Pflegeplatz brauchen wo wir auch schon eine Warteliste haben, wo über 90 Personen auf der Liste auch draufstehen? Wenn man sich die 90 Personen, die auf dieser Liste draufstehen, anschaut, so weiß man, dass eigentlich heute schon fast jemand raussterben muss aus einem Platz um so quasi einen Neuen von dieser Liste in einem Heim oder in ein Alten- und Pflegeheim hineinkriegen zu können.

Mich würde jetzt interessieren, Frau Vizebürgermeisterin, wie man eben angesichts der angespannten Finanzsituation der Stadt Steyr dieses Problem in der Zukunft lösen will.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Ja, Sie haben schon Recht, dass es eine Warteliste gibt. Eine Warteliste hat es immer gegeben. Die Finanzsituation der Stadt Steyr, auch wenn sie angespannt ist, aber wir müssen Geld in die Hand nehmen, um eben einen zusätzlichen Neubau zu tätigen. Das wissen wir. Es gibt einen Bedarfs- und Entwicklungsplan vonseiten des Landes und den müssen wir erfüllen. Wir sind gezwungen, ein neues Haus zu bauen. Selbstverständlich muss man überlegen wie macht man das, wie finanziert man das. Aber wegen dem wird es nicht aufgehoben, dass wir nicht neu bauen. Wir brauchen Heime, wir brauchen mehrere Heime, weil es ist der Standard am Tabor auch nicht mehr zeitgemäß und darum

brauchen wir wahrscheinlich in den nächsten Jahren drei Heime und nicht zwei Heime, was wir jetzt haben. Das wissen wir alle und man überlegt sich natürlich Vorschläge, wie man es finanzieren kann. Es gibt ja heute andere Möglichkeiten, aber dass wir nichts machen, da bin ich mir sicher, wir werden was machen. Auch wenn die finanzielle Situation nicht so rosig ist, aber es wird Möglichkeiten geben auch das umzusetzen. Ich glaube, das sind wir unserer älteren Generation schuldig, dass wir Möglichkeiten finden das zu machen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Ich darf vielleicht noch konkretisieren, ein Haus werden wir nächstes Jahr zu bauen beginnen. Die Planung wird so schnell es geht vorangetrieben. Ein zweites Haus werden wir in der Planung bereits vorbereiten, sodass 2009 schon ein fertiger Plan auf alle Fälle da ist. Dann muss man auch noch darüber nachdenken, wie man das Altenheim am Tabor dann eliminiert bzw. durch ein neues Heim ersetzt.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dagegen? Einstimmige Annahme.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Mein letzter Antrag ist ein Antrag vom Bürgerforum Steyr, GR Michaela Frech, und von der ÖVP, StR Gunter Mayrhofer. Der Antrag lautet:

10) Präs-160/06 Antrag Bürgerforum Steyr und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betr. Hort Pfarrcaritas Steyr-Münichholz;  
Gewährung einer a. o. Subvention zur Sicherstellung des Weiterbestandes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Hort der Pfarrcaritas Steyr-Münichholz erhält für das laufende Jahr 2006 eine außerordentliche Subvention in Höhe von 5.200 Euro, damit ein Weiterbestand zum Wohle der betroffenen Eltern und Kinder sichergestellt ist.

Begründung:

Ohne den oben genannten Betrag der Stadt Steyr müsste diese zur vollsten Zufriedenheit der Eltern und Kinder betriebene Betreuungseinrichtung ihre Pforten ab Herbst 2006 schließen. Betroffen von dieser Schließung wären rund 18 Kinder bzw. deren Eltern sowie eine äußerst engagierte Hortnerin.

Es gehört zur Aufgabe einer Kommune, Kinderbetreuungsplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen, wobei die Wahlfreiheit der Eltern und Kinder gewährleistet sein muss. Eine Monopolstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen eines einzigen Rechtsträgers kann keinesfalls Bestandteil einer fortschrittlichen mustergültigen Sozialpolitik sein.

Bitte sehr.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu Wortmeldungen? GR Frech.

**GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, jeder von Ihnen hat ja diesen Antrag vor sich liegen, der ein inhaltlich gemeinsam getragener Antrag ist, nicht nur jetzt Bürgerforum Steyr und ÖVP-Fraktion, sondern auch sehr wohl der Grünen-GR-Fraktion und auch der Freiheitlichen. D. h., Sie sehen darin auch schon, dass es hier um einen breiten Konsens letztlich geht zur Erhaltung dieser Kinderbetreuungseinrichtung. Es geht im Prinzip um 5.200 Euro. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es an 5.200 Euro scheitert, dass eine Kinderbetreuungseinrichtung, die so gut arbeitet, die diese Nachfrage hat, zusperrt, dass sich eine Stadt wie Steyr es nicht leisten kann oder leisten will, 5.200 Euro aufzutreiben. Da gehe ich davon aus, dass das nicht der Grund sein kann. Die Frau Vizebürgermeisterin hat ja vorgelesen, wie im Antrag drinnen steht, dass es eine Wahlfreiheit der Eltern geben soll. Es gibt Magistratskindergärten oder Magistratseinrichtungen zur Kinderbetreuung und es soll daneben selbstverständlich auch private Einrichtungen geben, die ja auch bisher sehr zur Zufriedenheit der

Bevölkerung gearbeitet haben und die auch kostenmäßig durchaus in einem sehr niedrigen Rahmen bleiben aufgrund der Rahmenbedingungen die sie haben. Also, daran kann es auch wohl nicht liegen, dass man sagt, wir möchten keine Wahlfreiheit. Darum frage ich mich, woran liegt es wirklich, dass man es anscheinend nicht zusammen bringt, diese Betreuungseinrichtung zu halten. Ich würde wirklich an die SP-Fraktion appellieren, sich hier einen Ruck zu geben, an Ihnen liegt es jetzt und nicht an den anderen, diese 5.200 Euro locker zu machen. Selbstverständlich muss es auch ein mittelfristiges Finanzierungskonzept und Finanzierungszusagen für die Betreuungseinrichtung geben, aber jetzt geht es einmal wirklich um eine Rettungsaktion, weil jetzt muss der Kindergarten bzw. der Hort wissen, ob er im Herbst noch weiter bestehen kann, weil jetzt sind die Anmeldemodalitäten abzuwickeln und im Herbst, wie gesagt, ist es zu spät. Also bitte geben Sie sich diesen Ruck zur Rettung dieses Hortes.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Danke. Frau GR Wührleitner.

**GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:**  
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Presse. Eine großartige Einrichtung im Münichholz soll geschlossen werden. Eine Einrichtung mit funktionierender Infrastruktur, eine Einrichtung die kostengünstig arbeitet, eine Einrichtung die zur vollsten Zufriedenheit der Kinder und Eltern arbeitet, eine Einrichtung die Arbeitsplätze sicher stellt, eine Einrichtung die eine gute Aufteilung von Kinderbetreuungsplätzen gewährleistet, eine Einrichtung die für Eltern und Kinder auch eine gewisse Wahlfreiheit zulässt und eine Einrichtung, die schon sehr, sehr lange Bestand hat, ja schon fast Tradition hat. Ich ersuche Sie, speziell Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen, um 18 Kindern, deren Eltern und nicht zuletzt dem Personal, auch im nächsten Jahr eine Heimat zu geben. Danke.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Danke schön. Nächster ist GR Eichhübl.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**  
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste, ich muss gleich am Beginn meiner Wortmeldung eine Klarstellung anbringen. Es ist nicht so, wie die Frau Kollegin Frech ausgesagt hat, dass es sich um einen gemeinsamen Antrag handelt dem sich auch die FPÖ-Fraktion angeschlossen hätte. Wir brauchen uns hier nicht vereinnahmen zu lassen, sondern wir sind durchaus in der Lage selbst Anträge zu stellen oder selbst eine Meinung zu bilden, die wir hier vor diesem Gemeinderat vortragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben ja bei den bisherigen Diskussionen rund um die finanzielle Beteiligung seitens der Stadt an nichtstädtischen Kindergärten durchaus Verständnis signalisiert, wenn die Rathausmehrheit oder im Besonderen die zuständige Referentin, Frau Vizebürgermeisterin Mach, zum Ausdruck gebracht hat, dass die verantwortlichen Politiker in erster Linie für die städtischen Einrichtungen da sind, verantwortlich sind und dafür Sorge zu tragen haben, dass diese mit einer finanziellen Grundausstattung ausgerüstet werden um ihre Dienstleistungen der Bevölkerung unserer Stadt anbieten zu können. Das schließt aber nicht aus, dass man bei einer genaueren, korrekten Beurteilung auch private Kindergärten miteinbeziehen kann. Zumindest aus unserer Sicht. Denn es sind ja auch die privaten Kindergärten die ihre Dienstleistungen den Bürgern unserer Stadt, den Kindern unserer Stadt anbieten. Ich glaube, dass dadurch auch ein gewisses Anrecht abzuleiten ist, dass auch diese eine entsprechende finanzielle Unterstützung erhalten sollten um ihre Betriebe aufrecht erhalten zu können. Konkret geht es also bei diesem Antrag darum, dass dem Caritas-Kindergarten im Münichholz 5.200 Euro fehlen, um seine Pforten nicht schließen zu müssen. Ich glaube, dass die Stadt eine gewisse Verpflichtung hat, hier helfend einzuspringen, um es zu ermöglichen, dass man diesen Kindergarten nicht sperrt für dieses Jahr, den Betrieb weiter ermöglicht und auch für die Zukunft sicher stellt, dass dort Kinder betreut werden können. Ich wohne ganz in der Nähe dieses Kindergartens und kann beurteilen und beobachten, aufgrund von Gesprächen, dass dieser Kindergarten von der Bevölkerung im Münichholz sehr gut angenommen wird. Ich glaube, das ist ja unbestritten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines möchte ich schon auch in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringen, dass wir diese Forderung, die ich jetzt erhebe, dem Kindergarten im Münichholz zu helfen, mir gerade in der heutigen GR-Sitzung sehr leicht mache, nämlich deswegen, weil es heute in dieser Sitzung eine Reihe von Anträgen gibt, die beweisen, dass man es anderen Institutionen und Vereinen wesentlich leichter macht, zu wesentlich höheren Subventionen zu

kommen, als das hier bei diesem Antrag und im Konkreten bei den privaten Kindergärten der Fall ist. Wir haben heute bereits einen Antrag beschlossen, mit Dringlichkeit, d. h., der Gemeinderat hat diesen Antrag zur Kenntnis genommen, wir hätten ihm auch zugestimmt, das sage ich gleich vorweg, so wie bisher, da ist es um 30.000 Euro gegangen. Die Dringlichkeit wurde diesem Antrag deshalb zuerkannt, weil offensichtlich die Verantwortlichen es verabsäumt haben, rechtzeitig Budgetmittel aus dem Jahre 2005 zu beanspruchen.

**GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:**

Das stimmt nicht.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

So steht es zumindest im Amtsbericht, Kollege Apfelthaler, drinnen. Ich kann nur aus dem Amtsbericht zitieren. Wenn der Amtsbericht nicht stimmt, dann hätte man den eigentlich hier heute vor der Abstimmung berichtigen müssen. Aber sei's wie's sei.

Es gibt ja noch ein prägnanteres Beispiel und das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Das ist der Verein Museum Arbeitswelt. Bisherige Jahressubvention 105.000 Euro. Es war so sicher wie das Amen im Gebet, dass in den letzten Jahren dieser Verein in der zweiten Hälfte des Jahres an die Stadt herangetreten ist, dass er mit diesem Geld nicht auskommt und hat nicht unerhebliche Nachforderungen gestellt. Das waren so 30.000, 35.000 Euro. Ich erinnere mich auch sehr gut daran, dass hier herinnen helle Aufregung geherrscht hat und auch Vertreter der SPÖ-Rathausmehrheit die Meinung vertreten haben, dass es so nicht weiter gehen kann, dass dieser Verein endlich mit dem Geld auszukommen hat. Was macht man jetzt für das Budgetjahr 2006? Man geht her und erhöht diese 105.000 Euro auf 180.000 Euro und dieser Antrag wird ja heute auch noch, wie ich annehme, von der Mehrheit beschlossen werden. Daher, wie gesagt, ist diese Forderung dem Kindergarten Caritas Münchenholz zu helfen durchaus gerechtfertigt. Wir werden diesem Antrag die Zustimmung geben. Ich kann Sie nur ersuchen, meine Damen und Herren der Rathausmehrheit, sich dem anzuschließen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Danke schön. GR Fanta bitte.

**GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium. Ich möchte bei meiner Stellungnahme nicht so sehr auf diese 5.200 Euro, wir wissen es ist ein Betrag den sich die Stadt theoretisch leisten könnte, einlassen. Ich möchte es kurz zum Anlass nehmen darauf hinzuweisen bzw. wissen es alle, dieses Thema taucht ja alle Jahre wieder auf. Irgendein Kindergarten oder ein privater Träger kommt nicht zu Rande mit seinen Finanzen, wendet sich an die Stadt, teilweise wird genehmigt, teilweise nicht. Ich denke mir es zeigt ganz klar auf wie groß der Bedarf einer Bestandsaufnahme ist, eines Entwicklungsplanes, was die Kinderbetreuung betrifft, der Kindergarten- als auch der Hortbetreuung. Wir wissen, die demographische Entwicklung, genauso wie es vorher beim APT war, sozusagen die Pyramide dreht sich um, die Kinder und die zu Betreuenden werden weniger, es gibt im sozialen Leitbild ganz klare Daten dazu und Entwicklungskurven. Also, es gibt Material mit dem man arbeiten könnte. Meine Frage sozusagen auch an die Stadt bzw. an die zuständige Referentin Frau Vizebürgermeisterin Mach ist, inwieweit die Stadt gedenkt auf diese demographische Entwicklung zu reagieren, denn die Kinder werden nicht mehr. Die Frage für mich ist, wenn es einen Entwicklungsplan geben sollte, was ich sehr begrüßen würde, wie das ausschaut, von den Punkten, die da drinnen sein sollten. Es ist, denke ich mir, auch ein klares Bekenntnis zu sagen, wir wollen auch Private aufgrund der Vielfalt, ja oder nein. Es gibt ein paar Punkte. Es sollte klare Kriterien geben aufgrund welcher Punkte wie finanziert und unterstützt wird, dass es einfach vergleichbare Daten gibt. Ich denke mir, dass es eine Möglichkeit ist, in einem sozialen Bereich der einer Wandlung unterliegen wird, die rasant gehen wird, aus der Position des Reagierens und hinten nach arbeiten in eine Position des Agierens zu kommen, weil ich mir denke, dass soziales Gestalten und soziale Politik in vielen Bereichen, aber eben auch in diesem, durchaus so sein kann, dass man vorausschauend etwas plant und dementsprechend nicht in eine hilflose Situation kommt, wo ich mir denke, dass jetzt noch vielleicht die Zeit wäre sich dessen anzunehmen und da etwas zu machen. Mich würde auch interessieren, wenn es so einen Plan geben wird, inwieweit der Sozialausschuss da eine Rolle spielt.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Danke schön.

**GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:**

Ach ja, es gibt dazu von uns einen Abänderungsantrag.

Abänderungsantrag zum Antrag 10), Hort Münchenholz, gemäß § 9 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr.

Die Erstellung eines kommunalen Bedarfs- und Entwicklungsplanes, zum Thema Kinderbetreuung in Steyr, mit den Schwerpunkten eben Nachmittagsbetreuung Horte Kindergärten, Wahlfreiheit, Finanzierung, Personalplanung, pädagogische Vielfalt, Kinderbetreuung von 0 bis 3, Transparenz und klare Kriterien für die Finanzierung unter Bezugnahme auf das soziale Leitbild auf die demographische Entwicklung und auf stadtteilspezifische Anforderungen.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte schon gleich fragen, Frau Kollegin, ob Sie meinen eine Studie zu beantragen, aber in der Zwischenzeit haben Sie den Antrag eh schon formuliert, wo man da Untersuchungen machen muss. Das ist auch momentan ein bisschen in Mode.

Ich glaube, man muss einmal grundsätzlich feststellen, lieber Kollege Eichhübl, es ist nicht die Rede davon, dass der Kindergarten der Caritas im Münchenholz zugesperrt wird. Da ist überhaupt nicht die Rede davon. Es ist die Rede davon, über das jetzt zur Zeit diskutiert wird, dass die Hortgruppe im Kindergarten Münchenholz Caritas zugesperrt wird, weil dort relativ wenig Kinder vorhanden sind. 18 Kinder ist jetzt der aktuelle Stand, die in den Hort gehen. Also, da ist nur die Rede vom Hort und nicht vom Kindergarten. Das gehört da schon festgelegt, weil es nämlich schon eine Bedeutung hat, von was man in diesem Kreise spricht. Ich möchte auch seitens meiner Fraktion hier zu dem Thema Wahlfreiheit ein klares Bekenntnis abgeben. Die Wahlfreiheit soll gegeben sein. Es soll jeder Mutter, jedem Vater, jedem Elternteil selbst überlassen sein, in welche Kinderbetreuungseinrichtung, zu welchem Verein, in welchen Kindergarten das Kind gegeben sein. Es soll die Wahlfreiheit gegeben sein. Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das kann ja nicht gleichzeitig heißen, die Wahlfreiheit, dass dann die öffentliche Hand alles bezahlt. Das kann die Wahlfreiheit nicht sein und das ist unter Wahlfreiheit auch nicht gemeint. Ich bin selbst Vater von vier Kindern und ich hätte es mir immer selbst aussuchen können und habe das auch getan, in welchen Kindergarten ich meine Kinder schicke, in welche Schule ich meine Kinder schicke, ob ich sie ins Gymnasium oder ob ich sie in eine Privatschule schicken will oder nicht schicken will, ob ich sie studieren lasse, ob ich sie ins Ausland schicken will oder nicht. Diese Wahlfreiheit ist gerade immer ein klares Bekenntnis seitens der Sozialdemokraten gewesen. Aber es hat noch nie geheißen, dass deswegen, weil ich mir aussuchen will wo meine Kinder gehen, die öffentliche Hand den Betrag, der zu leisten ist, zu bezahlen hat. Das würde nämlich im Klartext heißen, wir müssten die Diskussion ja wesentlich mehr ausweiten, wenn jemand sein Kind in Steyr nach St. Anna in die Schule schickt, das ist eine Privatschule, dort wo die Eltern zu bezahlen haben, dass die Stadt dann diesen Betrag bezahlt, was der Elternbeitrag ist. Das würde das heißen, wenn wir sagen es muss die öffentliche Hand das übernehmen. Das kann ja nicht eingeschränkt nur Kindergarten oder Hort sein.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Aber zwischen Schulgeld und Kindergartenbeitrag ist ein Unterschied.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Ich rede von privat. Wenn ich es mir aussuche wo ich mein Kind hinschicke und dort ist ein Beitrag zu leisten, dann ist der zu leisten. Da kann ich nicht sagen, das muss die öffentliche Hand abgelten. Das zur Wahlfreiheit. Ein klares Bekenntnis von uns dazu.

Grundsätzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ja diese Diskussion nicht neu. Wir diskutieren ja über dieses Thema schon eine längere Zeit. Sie taucht von Zeit zu Zeit immer wieder auf und gerade in den letzten paar Jahren haben wir ja intensive Diskussionen in diesen Bereichen gehabt, wo halt die Anliegen, die Wünsche und die Forderungen, oder wie man es nennen will, von den privaten Kinderbetreuungseinrichtungen gestellt werden. Darum kann man die heutige Debatte, die wir jetzt haben, nicht so abtun und einfach einschränken, na, die Stadt Steyr wird sich doch 5.200 Euro leisten können. Natürlich würde sich die Stadt Steyr 5.200 Euro leisten können. Die Stadt ist nicht pleite. Und

das kann man da auch gar nicht diskutieren. Da geht es schon um den Grundsatz, ob aus dem Stadtbudget private Betreuungseinrichtungen den Abgang, der produziert wird, der sich ergibt, ob dort der Abgang von der Stadt übernommen wird. Erinnert euch, die anderen Einrichtungen, die Kreuzschwestern, die haben von ganz anderen Beträgen gesprochen. Da ist von zigtausend Euro die Rede gewesen und nicht von 5.200 Euro. Der Wahldorfkindergarten rauft auch mit dem Geld und andere Einrichtungen ebenfalls. Was natürlich ein Grundproblem in der jetzigen Zeit ist und verstärkt auftritt, dass halt auch in den privaten Betreuungseinrichtungen sich der Geburtenrückgang niederschlägt. Das ist halt ein Faktum. Und da komme ich zu dem, was Sie gesagt haben Frau Kollegin Fanta. Natürlich wissen wir, und das ist ja nicht überraschend, wir wissen, dass wir einen dementsprechenden Geburtenrückgang haben in der Stadt Steyr. Da sind wir davon nicht verschont geblieben. Auch in der Stadt ist ein dementsprechender Geburtenrückgang und heute Mittag im Radio habe ich die Debatte gehört, dass auch weiterhin ein dramatischer Geburtenrückgang eintreten wird, weil halt immer weniger Frauen, Familien und Ehepaare bereit sind, Kinder zu bekommen, aus verschiedenen Gründen. Die sind auch sehr vielfältig, so wie wir es vorher bei der Sicherheit diskutiert haben. Es ist Tatsache und es wird Tatsache sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Betreuungseinrichtungen, die in der Stadt in einem großen Ausmaß zur Verfügung gestanden sind und zur Verfügung stehen, dass die weniger werden. Nicht weil wir es uns nicht leisten wollen und weil wir es uns nicht leisten können, sondern weil der Bedarf nicht da ist. Wir haben in der Stadt, in unseren Einrichtungen, in den letzten Jahren auch aufgrund der finanziellen Situation, aus den Spargedanken heraus, aus der wirtschaftlichen Überlegung heraus, auch dementsprechend eingestellt. Wir haben in den letzten zwei, drei Jahren 10 Gruppen, Kindergarten- und Hortgruppen, also 8 Kindergartengruppen und 2 Hortgruppen, zurückgenommen. Nicht weil wir es uns nicht leisten können, sondern weil die Kinder nicht mehr da waren. Wir haben zwei Kindergärten zugesperrt, den Fabriksinsel-Kindergarten und den Kindergarten in der Arbeiterstraße, weil einfach die Kinder weniger geworden sind. Aus diesem Bereich waren trotzdem noch Kinder in dieser Einrichtung drinnen und die haben wir halt dann anderen Kindergärten zugeteilt. Das ist auch nicht ganz einfach für die Kinder gewesen. Das ist jetzt nur, was wir an Einrichtungen zurückgenommen haben. Da haben wir natürlich auch beim Personal kräftigst eingespart und das hat auch Schmerzen bereitet und war nicht so einfach. Eine Kindergärtnerin möchte natürlich eine Kindergärtnerin sein und will da nicht irgendwo in einem Büro sitzen und Akten schreiben und was weiß ich was tun, sondern sie hat sich ja diesen Beruf ausgewählt. Es war nicht möglich und wir haben gesagt, es muss zumutbar sein, dass sie intern im Haus umgesetzt wird. Über 10 Kindergärtnerinnen sind in den letzten paar Jahren innerhalb des Magistrates in andere Abteilungen, zum Teil freiwillig, aber zum Teil auch nicht freiwillig, überstellt worden und müssen dort jetzt arbeiten. Also, wir haben hier kräftig eingespart. Wir haben genügend Betreuungsplätze und aus dieser Situation heraus, und wie es noch werden wird, ist es für uns einfach nicht möglich, dass man sagt, wir reden nicht davon, dass wir die Förderung für die privaten Kindergärten einstellen, das erweckt so den Eindruck, als wenn wir jetzt auf einmal nichts mehr bezahlen wollen. In keinsten Weise, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Und es ist ja noch gar nicht so lange aus und ich möchte uns das nicht immer umhängen lassen, dass wir dagegen sind, gegen die Privaten, wir wollen gegen die auftreten und die sind uns egal und die Kinder sind ungleich bei uns, weil die in den städtischen Kindergärten die sind gleicher als die anderen. Das ist in Wirklichkeit unrichtig und falsch und gegen das wehren wir uns massiv.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
Plank!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Plank sind wir nicht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Wir können uns das alles noch leisten, aber es wird einfach ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:  
Wenn wir den Wirtschaftshof verkaufen, dann können wir uns das leisten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Das ist ja auch nur kurzfristig, weil das Geld ist ja dann auch schnell verbraten Roman. Aber das Thema behandeln wir eh heute noch. Da werden wir noch Vorschläge haben, da wirst du sagen, was wir tun werden und wir werden auch sagen, was wir tun.

Also, wir wollen uns das als Sozialdemokraten nicht umhängen lassen und da in das Eck stellen, als wenn wir da die Kinder ungleich behandeln würden. Wir haben nämlich, und erinnert euch, eine Reihe sitzt da herinnen, wie wir die Förderung bei den privaten Kinderbetreuungseinrichtungen von damals 40.000,-- Schilling auf 8.000,-- Euro erhöht haben. Das ist noch gar nicht so lange aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
24.000 waren es bis 1996.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Dann waren es einmal 40.000 und dann haben wir es auf 8.000 Euro erhöht. Also, wir haben da schon immer auch signalisiert, dass uns diese Einrichtungen am Herzen liegen, dass uns die nicht egal sind, dass wir sie unterstützen wollen, aber nicht, dass wir die Abgänge dort bezahlen. Darüber hinaus muss man auch noch festhalten, wir haben auch die Kindergärten, und erinnert euch, eine Reihe hat da auch dafür die Hand gehoben und die Zustimmung gegeben, wie wir z. B. den Kindergarten im Münichholz, Caritaskindergarten und –hort, wie der saniert und umgebaut wurde, dort haben wir auch beträchtlich gefördert. Wir haben aber noch mehr gefördert beim Kindergarten Caritas am Wieserfeldplatz. Der ist uns noch in guter Erinnerung, weil dort ist auch ein Fass ohne Boden fast gewesen. Zuerst war der Betrag ein wenig kleiner und dann ist es immer mehr und immer mehr geworden. Wir haben da nie lange herumdiskutiert und haben gesagt das ist uns egal, das interessiert uns nicht, sondern wir haben das gefördert. Aber jetzt ist halt der Zeitpunkt da wo es nicht um 5.200 Euro geht, sondern wo es um eine grundsätzliche Linie geht und die haben wir da meines Erachtens einzuhalten weil wir nicht von 5.000 Euro reden sondern um weit mehr. Ich glaube, wenn wir genügend Kindergärten- und Hortplätze in Steyr haben, dann kann man nicht gleichzeitig woanders die Subvention erhöhen. Wir könnten und wären sogar in der Lage, den Großteil der Kinder aus den privaten Kindergärten und aus den Horten in unseren städtischen Betrieben zu übernehmen. Wir wollen das gar nicht. Wir wollen nicht als Konkurrenz auftreten. Natürlich wollen wir nicht dort die Förderung erhöhen und bei unseren eigenen müssen wir immer mehr zurücknehmen und immer mehr zusperrern.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Danke schön. Nächste ist die GR Braunsberger.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, also bezüglich Kindernachwuchs kann ich nur sagen, dass sich die ÖVP das wirklich sehr zu Herzen nimmt ...

Zwischenruf: Bekommst du Nachwuchs?

Gelächter

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

... und dafür Sorge trägt. Aber, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Bremm, es ist schon ein bisschen heuchlerisch, sich die Wahlfreiheit auf die Fahnenstange zu heften, denn wenn Sie dieses Thema wirklich so ernst meinen würden, würden Sie auch das Faktum sehen, dass ein öffentlicher Kinderbetreuungsplatz um ein Zifaches mehr kostet als ein privater Kinderbetreuungsplatz. Man könnte doch einen Vergleich, und das haben wir schon vor einigen Jahren gefordert, bezüglich der Kostenpolitik, einen Kostenvergleich mit den privaten und öffentlichen Kindergärten anstellen. Vonseiten des Städtebundes ist ein Vergleich vor ca. einem Jahr angestellt worden. Diese Erhebungen sind aber den Mandataren der Stadt Steyr bis jetzt nicht bekannt oder mitgeteilt worden. Es haben die Spatzen von den Dächern gepfiffen, dass die Stadt Steyr im Vergleich keine gute Figur abgegeben hat, also dass die Städte Wels, Linz bei weitem besser abgeschnitten haben. Um einer verantwortungsvollen Politik gerecht zu werden, ist es notwendig über diesen Kostenvergleich, selbstverständlich anonymisiert, auch informiert zu werden. Ich fordere diejenigen, die über diese Untersuchungsergebnisse des Städtebundes verfügen, auf, dieses unseren Mandataren auch offen zu legen. Wenn dieser Aufforderung nicht entsprochen wird, drängt sich für mich der Verdacht auf, dass die verantwortlichen Politiker gar nicht interessiert sind, die Kosten offen zu legen und die Kostenpolitik der öffentlichen Kindergärten eigentlich verschleiern wollen um ihren Weg der Verstaatlichung, der Kinderbetreuung eigentlich fortzusetzen. Faktum ist, dass die privaten Kindergärten kostengünstig und hochqualifiziert arbeiten. Um das Thema oder das Anliegen der

Wahlfreiheit für die Eltern und deren Kindern ernstlich zu behandeln, wäre es also schon notwendig, dass man einmal Zahlen auf den Tisch bekommt und auch dementsprechende Sparpakete schnürt und auch dann umsetzt.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Jawohl. Danke schön. Nächster ist der StR Hauser.

**STADTRAT WILHELM HAUSER:**

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mein Bauchweh hört nicht auf.

Gelächter

**STADTRAT WILHELM HAUSER:**

Also, wenn ich von der Frau Kollegin Wührleitner höre, dass man denen doch eine Aussicht auf Beschäftigung geben muss und der Umkehrschluss ist, wir sperren zu und schmeißen unsere Leute hinaus, wird mir ganz schlecht. Wissen Sie, so kann es nicht gehen, dass ich sage, die anderen halte ich offen, denen gebe ich auch noch Geld und wir sperren zu und entlassen unsere Leute. Also, wer sich so einen Umkehrschluss wünscht, dann ist er bei mir beim falschen Mandatar. So kann es nicht sein. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn man die ganze Zeit nach dem Synonym lebt, weniger Staat und mehr privat, nur wenn sich der Private „dawurschtlt“ dann muss der Staat eingreifen und hier die Stadt, indem sie Gelder zuschießt, weil man es offensichtlich selbst nicht erwirtschaftet, dann darf man sich nicht ständig seinem eigenen Prinzip widersprechen, das man auf der anderen Seite ständig auf der Zunge so locker trägt und sagt, zieht halt ihr euch alle zurück. Wenn ich auf der anderen Seite dann noch mitbekommen, dass man sagt, dort wird gute Arbeit geleistet, würde ja der Umkehrschluss zulässig sein, dass bei uns keine gute Arbeit geleistet wird in den städtischen Kindergärten. Das weise ich einmal gänzlich zurück.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, wenn man was privat haben will, dann muss man sich das auch privat leisten, dann muss man auch zahlen dafür. Es kann nicht sein, dass man ständig sagt, die städtischen Einrichtungen die sind doch so teuer. Wir betreuen ca. in unseren Kindergärten, ich hoffe, dass die Zahl ungefähr stimmt, 858 Kinder und davon zahlen bei uns derzeit 186 Kinder nichts, weil es sich sonst die Eltern nicht leisten könnten, dass die Kinder überhaupt in den Kindergarten gehen. Das habe ich bei den Privatkinderärten noch nie gehört, dass die dort umsonst hingehen können. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich möchte noch dazu sagen, dass ich selbst bei einer Familie das insofern weiß, weil ich dort Taufpate bin, die beide Kinder im Caritaskindergarten haben, da zahlen natürlich beide Kinder gleich viel. Auch da gibt es bei uns eine Staffelung. Wir tun immer nur unsere eigenen Sachen nie wirklich herausstreichen, wo wir, aus unserer Sicht, besser sind. So kann es ja nicht sein, dass immer nur die anderen Recht haben und wir nie. Da frage ich mich ganz einfach, wie wir denn in der Zukunft dann argumentieren wollen, wenn wir einen Kindergarten nach dem anderen zusperren und irgendwann nimmt dann keiner mehr einen Auftrag wahr, weil es sich gar keiner mehr leisten kann. Oder, so wie man es auch manchmal beim öffentlichen Verkehr macht, dass man sagt, na das kann ja doch gar nicht sein, das kostet so viel Geld weil wir so viel Defizit produzieren und schauen auf der anderen Seite nicht, dass man in Wels z. B. halt das Geld was wir mit unserem eigenen Defizit abdecken und damit unsere eigenen Beschäftigten haben, unsere eigenen Autobusse, dort eine private Firma gibt, weil sie sonst nicht fahren würden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, noch ein kleines Wort. Also, wenn man da schon Studien zitiert, dann wäre es gescheit, wenn man nicht eine Stadt nimmt die nicht dabei war.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Gabath.

**GEMEINDERAT WALTER GABATH:**

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse, des Regionalfernsehens heute, hohe Beamtenschaft. „Privat“ gefällt mir im Zusammenhang mit dieser Diskussion überhaupt nicht. Ich möchte mich noch entschuldigen. Meine erste Gemeinderatssitzung ohne Krawatte, aber ich kann sie zur Zeit nicht binden und meine Frau hat es nie gelernt. Ich kann es mit einer Hand nicht.

Aber heute hast du schon zitiert, den Kindergarten am Wieserfeldplatz. Öffentliche

Kinderbewahranstalt, eine kirchliche Institution. Ich verahre mich bei dem kirchlichen Kindergarten gegen das Wort – eine Privateinrichtung. Die Kirchen in Österreich sind Öffentlichkeit. Eine anerkannte Religionsgemeinschaft ist Öffentlichkeit. Also, das sind genauso öffentliche Kindergärten wie die städtischen Kindergärten und die hat es schon gegeben, da hat die öffentliche Hand noch gar nicht gewusst was Kinderaufpassen heißt, Kinder die betreuungswürdig sind usw. und so fort. Darum möchte ich klarstellen, wir reden nicht von einem Zuschuss für einen privaten Unternehmer, der sein Defizit abdecken soll, abdecken will, weil er ein Hobby hat und als Hobby einen Kindergarten betreut. Sie haben in der Kirche die Verantwortung übernommen und dafür stehe ich gerade und dort wird sehr gut gewirtschaftet. Es ist von unserer Seite nie angeprangert worden, dass in den städtischen Kindergärten nicht ordentlich gearbeitet wird. Meine beiden Kinder sind in einen städtischen Kindergarten gegangen und wir waren zufrieden mit der Betreuung. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse. Es ist genau das eingetreten was ich befürchtet habe. Aus einer Diskussion, die man doch sehr vernünftig und sachlich hätte führen können, sind wir wieder in der klassischen Ideologiediskussion drinnen. Auf der einen Seite die Privatisierung und auf der anderen Seite die Verstaatlichung die sozusagen hier als Schlagwort in den Raum geworfen wurde. Der Sache erweisen wir uns da überhaupt nicht dienlich. Nicht nur der Sache sondern eigentlich auch um jene, um die es im Grunde geht, nämlich den Kindern, die sozusagen auch betreut werden. Wenn der Willi sagt, sein Bauchweh ist jetzt gestiegen, muss ich sagen Willi, dass man bei deiner Rede, dass ich dann auch ein bisschen Bauchweh bekommen habe, nämlich mit dem Begriff „wir“. Wer ist denn „wir“? Ist „wir“ das Magistrat oder sind „wir“ hier Vertreter der Stadt Steyr, der Steyrer Bevölkerung. Ich habe es immer so gesehen und möchte das auch für meine Fraktion sagen. Wenn wir von „wir“ sprechen, dann sprechen wir für die Einrichtungen die in dieser Stadt für die Bevölkerung tätig sind. Das sind in der Kinderbetreuung einerseits jene die vom Magistrat direkt verwaltet und bezahlt werden und jene die nicht in der öffentlichen Hand sind, nämlich die privaten Betreuungseinrichtungen, ob sie jetzt von kirchlichen Trägern oder auch von Elterninitiativen ect. getragen werden. Und das ist ganz, ganz wichtig, dass wir hier nicht mit einer Diskussion beginnen, wo wir zu trennen beginnen. Hier diejenigen die viel Geld brauchen, dort diejenigen die wenig Geld brauchen, jene die vielleicht kreativ arbeiten und die anderen die nicht kreativ arbeiten. Ich glaube, und das weiß ich auch von vielen Besuchen in den Einrichtungen, dass alle Einrichtungen in Steyr äußerst gut arbeiten. Sowohl jene im Bereich des Magistrates als auch jene bei den privaten Einrichtungen. Es ist natürlich eine Veränderung eingetreten, das ist klar. Aber schauen wir doch einige Jahre zurück, 5, 10 Jahre. Damals war es so, dass private Einrichtungen doch einen Bereich abgedeckt haben, den damals die öffentliche Hand noch nicht abgedeckt hat. Z. B. auch die Betreuung der unter 3-jährigen. Es sind auch neue pädagogische Formen eingetreten. Gott sei Dank und da kann man sicher auch dem Magistrat und den Verantwortlichen im Magistrat danken, hat man das aufgenommen, hat man die Zeichen der Zeit gesehen und hat die Kindergärten auch in der Stadt Steyr weiter entwickelt. Um was diskutieren wir denn da heute eigentlich? Wir diskutieren heute nicht über die Kindergärten. Wir diskutieren auch nicht über die Schulen. Das wären alles wichtige Themen, aber wir diskutieren über die Horte am Nachmittag und über die Horterziehung. Wir wissen alle auch ganz genau, dass in diesem Bereich doch einiges auf uns zukommt. Wir diskutieren nicht nur in Steyr, sondern auch auf Landes- und Bundesebene über Betreuung von Kindern, von Eltern die berufstätig sind. Wir wissen, dass es ab Herbst auch ein Gesetz geben wird auf Landesebene, wir kennen die Auswirkungen nur noch nicht, aber es wird ein Gesetz geben, wo die Schulen verpflichtet werden und wo auch die Stadt als Schulerhalter verpflichtet werden kann für Nachmittagsbetreuung und Horterziehung verantwortlich zu sein. Die Entwicklungen sind nicht absehbar. Es könnte sein, dass es gleich bleibt, es könnte aber auch sein, dass es sich verändert. Aber was ich für einen Zeitpunkt wo wir jetzt stehen und wo eine Gruppe im Münichholz sozusagen vor dem Zusperrren steht für äußerst schlecht halte ist, einem Hort keine Perspektive zu geben. Wir kennen die demographische Entwicklung was die ganze Stadt betrifft. Wir wissen aber nicht, wie sich vielleicht auch im Münichholz das demographisch weiter entwickelt. Wir wissen nicht, ob der Hort vielleicht im nächsten Jahr einen Bedarf abdecken könnte, der notwendig ist. Darum plädiere ich und auch meine Fraktion und darum haben wir auch den Abänderungsantrag eingebracht, nicht dass wir irgendeine Studie erstellen oder dass irgendein Plan erstellt wird, sondern, dass wir, und so haben wir es im Sozialen Leitbild bitte hier alle beschlossen, dass wir hier im Gemeinderat einfach einmal ein Bild

machen, wie schaut es denn mit Kinderbetreuung aus, wie geht es denn weiter. Weil was wir nicht machen können ist, dass wir ständig hier Diskussionen bzw. in keinem Gremium mehr darüber diskutiert wird, weil von Schließungen werden wir ja dann über die Medien informiert und Diskussionen werden dann wieder ideologisch geführt, zwischen Privatisierung und Verstaatlichung, warum wir nicht eine sachliche Grundlage machen und uns überlegen, wie eine Zukunft der Kinderbetreuung in Steyr privat und öffentlich ausschauen kann. Die Situation ist ja auch für die Privaten, die derzeit noch in den Genuss kommen eine Förderung zu bekommen, wir haben diese 8.000 Euro im Budget, wir haben es Gott sei Dank, auch mit unserer Unterstützung, die letzten Jahre gesteigert und es ist glaube ich eine sehr gute Finanzierungshöhe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Schon sehr eingebildet – „wir“ haben es gesteigert.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:  
Also, die Anträge kann ich Ihnen zeigen Frau Vizebürgermeisterin, wo wir bei der Budgetverhandlung eine Erhöhung der Privaten eingebracht haben.

Aber das sind jetzt eigentlich einheitliche Förderungen in einer einheitlichen Höhe. Da gibt es keinen Benchmark, da gibt es keinen Vergleich, das ist pauschaliert. Es wäre doch interessant und das ist ja auch immer wieder in Diskussion, wie schaut es denn aus, wer braucht denn wie viel, wer braucht denn vielleicht weniger. Aber da werden wir sozusagen nicht darüber hinwegkommen einfach zu sagen, da müssen wir uns einmal etwas überlegen, weil sonst haben wir die Diskussionen hier herinnen immer wieder, wir werden immer wieder in den Medien die Diskussionen haben, aber damit ist keiner zufrieden gestellt. Es kann glaube ich auch nicht im Interesse der Sozialdemokraten sein bzw. auch des Bürgermeisters, dass wir diese Diskussionen immer wieder hier führen. Darum mein Plädoyer, geben wir diese Förderung einmalig und schauen uns bitte an, wie sich das auch im Herbst entwickelt und machen wir parallel einen Entwicklungsplan wie denn die Hortbetreuung in der Stadt in Zukunft ausschauen kann. Denn diese ist ja derzeit auch ganz unterschiedlich, wie der zuständige Stadtrat für Schulen weiß, da gibt es auf der einen Seite auch die städtischen Einrichtungen, da gibt es aber auch Vereine die in die Stadt hereindrängen, da gibt es ja auch derzeit sozusagen eine kreative Vielfalt, wo wir uns auch in Zukunft überlegen müssen wie wir weiter machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Danke schön. GR Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:  
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich muss sagen, Kollege Hauser, mir hat die Diskussion jetzt auch Bauchweh bereitet und zwar deshalb, weil man mit völlig falschen Argumenten eigentlich da hantiert, weil man versucht, Dinge wirklich letztlich ins Lächerliche zu ziehen. Wenn z. B. kommt, es klingt ja sehr schlüssig, Herr Vizebürgermeister Bremm, wenn Sie sagen, wir übernehmen nicht für private Betreuungseinrichtungen den Abgang. Das ist eine prinzipielle Frage. Das klingt sehr schlüssig. Nur dann frage ich mich, zahlt für die städtischen Kindergärten der Steuerzahler überhaupt nicht? Soweit ich mich erinnern kann, zahlt der Steuerzahler genauso auch für die städtischen Kindergärten. Die sind nicht gewinnbringend, was ich weiß. D. h., zu sagen wir sind nicht dazu da für die Privaten den Abgang zu zahlen, ist nicht wirklich schlüssig zu sehen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Na, so ein Blödsinn.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:  
Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben ja die Möglichkeit sich zu Wort zu melden und liebe Kollegen der SP-Fraktion, bezüglich Ihrer Zwischenrufe, Sie hätten jetzt die Möglichkeit gehabt, sich hier heraußen zu Wort zu melden. Aber ich denke, es ist auch jedem Andersdenkenden da herinnen gestattet, sich zu Wort zu melden, ohne dass er gleich von Ihnen da niedergemacht wird.

Für die städtischen Kindergärten zahlt genauso der Steuerzahler, nur den privaten Kindergärten werfen wir vor, dass sie einen Abgang haben. Da wird die ganze Geschichte wirklich unschlüssig, weil zuerst gebe ich ihnen weniger an Subvention, produziere damit letztlich diesen Abgang mit, dann werfe ich ihnen diesen Abgang vor und sage, dafür sind wir ja nicht zuständig. Es war schon

irgendwie sehr symptomatisch, das hat der Kollege Kupfer auch angesprochen, so dieses „wir“ und die einen und die anderen, das auseinander dividieren. Ich glaube für die Kinder ist es relativ egal, wer der Rechtsträger einer Betreuungseinrichtung ist und für die Eltern auch, sondern es geht um eine bestmögliche Betreuung und um eine Vielfalt und um diese Vielfalt zu erhalten. Und wie gesagt, ich weiß nicht ob die Zahlen stimmen, angeblich ist es ja so, dass für einzelne Betreuungseinrichtungen, die bekommen pro Kind 347 Euro, andere bekommen nur 125 Euro pro Kind. Ich weiß nicht, ob die Zahlen stimmen. Ich weiß es auch deshalb nicht, weil bis dato war es nicht möglich in eine Kostenrechnung des städtischen Kindergartens Einsicht zu nehmen. Seit einigen Jahren fordere ich das und es hat immer geheißen, das hat mich als Mandatar gar nicht zu interessieren. Ich finde es sehr schade, dass man nicht in der Lage ist über seinen Schatten zu springen wegen dieser 5.200 Euro. Ich finde es wirklich sehr schade. Anscheinend ist man auch nicht bereit, das was jetzt von den Grünen gekommen ist, als Zusatzantrag, einen Bedarfsplan in diese Richtung zu entwickeln. Ich gehe davon aus, dass das ein Zusatzantrag ist und kein Abänderungsantrag. Ich sage es nur deshalb, damit es dann von der Abstimmung her keine Probleme gibt, in welcher Reihenfolge das erfolgt.

Aber ich finde es wirklich schade, dass man auf den Rücken von Eltern und Kindern da eine Aushungerungsaktion der privaten Einrichtungen letztlich betreibt und das ist es. Ich würde mir sehr wünschen, Andy Kupfer, dass es diesen Plan gibt, nur ich fürchte halt eines, dass der Zug, und das hat mir diese Diskussion heute gezeigt, da irgendwie schon abgefahren ist. Man schaut halt, dass die privaten Einrichtungen zusperrten, weil dann braucht man sich gar nicht mehr die Frage stellen, wie es weiter geht, dann bleiben halt die Magistratseinrichtungen.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Städtische Einrichtungen haben wir bis jetzt noch keine zugesperrt? Oder?

Herr Vizebürgermeister Bremm bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, natürlich soll jeder reden können und kann auch reden, und wenn Zwischenrufe kommen verzeih uns das ein bisschen, das ist unsere jugendliche Ungeduld die wir haben und nicht Undiszipliniertheit. Das soll nicht deine Wortmeldung beeinflussen, aber du lässt dich eh nicht beeinflussen davon.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kupfer Andy hat mich noch einmal dazu animiert, dass ich mich noch einmal zu Wort melde, weil er nämlich den Vergleich mit der Schule treffend gebracht hat. Natürlich leben wir in einer Gesellschaft und in einer Zeit wo es viele private Vereine, Einrichtungen, Institutionen gibt, die sich an einem entwickelnden Markt auch beteiligen wollen. Du meinst z. B. die Nachmittagsbetreuung auf der Promenade oder VS Tabor. Gerade das zeigt in Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie unser Haltung dazu ist als Sozialdemokraten. Wir lassen uns nicht in das Eck drängen, dass wir glauben, wir müssen alles selber machen als Stadt und alles verstaatlichen und nur die Stadt alleine hat da die Alleinherrschaft in den Fragen. Überhaupt nicht, sondern wir haben den Verein SALE, das ist eine Organisation die sich halt auch aufgrund unserer wirtschaftlichen, hervorragenden Entwicklung entwickelt hat, weil die Lehrer halt auch keine Arbeit mehr haben, weil die auch arbeitslos sind, hat sich ein Verein unter dem Namen SALE entwickelt und die haben da erkannt, dass aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung immer mehr der Bedarf an Nachmittagsbetreuung gegeben ist, dass die Frauen immer mehr ins Arbeitsleben gedrängt werden, weil sie es sich nicht leisten können zu Hause bei den Kindern zu bleiben oder einfach aus einer Weiterentwicklung, die Frau will auch eine Berufskarriere machen, und aus diesem Grund ist ein Markt da. Jetzt sind die auch nach Steyr gekommen und haben gesagt sie wollen Nachmittagsbetreuung in Steyr machen. Wir haben gesagt, na selbstverständlich, wir wollen gar nicht mit unseren Kinderbetreuungseinrichtungen die da verdrängen und sagen, nix, das ist unser Markt und den geben wir nicht her, sondern die sollen dort einfach die Möglichkeit haben. Wir haben sogar unsere städtischen Bereiche, unsere Schulen dazu geöffnet und haben gesagt, das soll in den Schulen bei uns dann passieren. Wir lassen also auch Private in die Schulen hinein. Deutlicher kann ein Zeichen eh nicht mehr sein, dass wir dem aufgeschlossen gegenüber stehen. Es kann aber doch nicht gleichzeitig sein, dass die SALE kommt und sagt, wir können aber von den Eltern nicht so viel verlangen und jetzt muss die Stadt einen möglichen Abgang zahlen. Das kann es nicht sein. Wenn wir als Stadt Steyr die SALE beauftragen oder wenn wir als Stadt die Kindergärten, ob privat oder nicht ganz privat, da will ich jetzt nicht da mit dir darüber philosophieren ob die Kirche privat oder nicht privat ist, zumindest ist der gesetzliche Auftrag in Richtung Kirche oder der Allgemeinheit der Städte oder des Bundes oder des Landes ein anderer. Der gesetzliche Auftrag ist ein anderer. Also, die

Kirche ist da sehr wohl natürlich immer in dem Bereich tätig gewesen, das weiß ich, aber sie hat keinen gesetzlichen Auftrag gehabt. Das war aus ihrer sozialen Entwicklung heraus, dass sie gesagt haben da muss man etwas tun und viele andere Überlegungen mehr, aber da möchte ich nicht weiter reden. Da kann man andere Dinge auch denken. Wenn wir die privaten Betreuungseinrichtungen beauftragen würden und sagen, übernehmt einen Teil der Kinder, weil wir sind selbst nicht in der Lage als Stadt, dass wir das anbieten, und wir dort den Auftrag geben, dann hätten wir sehr wohl auch die Verpflichtung, dass die finanziellen Voraussetzungen geschaffen sind. Da hätten wir die Voraussetzung. Aber wenn sie selbst in einem bestimmten Bereich tätig sein wollen, weil es sie interessiert – ich will ja gar nicht hinterfragen warum, weil sie es als ihre gesellschaftliche Verpflichtung sehen und dass dann die Stadt die Differenz zahlen muss, also das kann es ja nicht sein. Das widerspricht ja gerade bei euch ....

Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe gerade bei meiner ersten Ausführung schon darauf hingewiesen, dass in Wirklichkeit ein Hauptgrund dafür ist, dass der Rückgang bei den Kindern enorm ist. Auch gesellschaftspolitische Entwicklungen. Weil bei der Caritas, ich weiß nämlich noch, ich habe das eh schon einmal gesagt, meine Kinder sind nämlich auch in den Caritaskindergarten gegangen, und das hat sich auch verändert, aber das ist ja nicht alles Sache der Stadt. Damals sind noch die geistlichen Schwestern gewesen und haben das betreut. Das war natürlich finanziell ganz ein anderer Hintergrund, das hat eine ganz andere Bedeutung gehabt. Der Caritas ist das abhanden gekommen aufgrund der gesetzlichen Veränderung. Das kann ja nicht sein, dass das jetzt die Stadt übernimmt. Also, wenn wir den Auftrag geben dann müssen wir zahlen und dann sollen wir alle gleich behandeln und den Unterschied machen, wenn wir keinen Auftrag haben, dann können wir das unterstützen so wie wir es getan haben, aber nicht gleichzeitig da ableiten, dass wir das übernehmen wo das Geld abgeht. Mit den Schulen war das wirklich ein Hinweis, weil das treffend ist. Auch da wissen wir, die Frau Caroline sitzt ja da, unsere Kindergärtnerin, ihr werdet doch nicht glauben, dass die nicht weiß was sich bei den Kindern abspielt und was für ein Bedarf da ist. Die kann euch das sofort aus dem Stehgreif sagen, wie die Entwicklung bei den Kindern ist. Die schaut sich nämlich jedes Jahr an, wie viele Geburten in Steyr sind und ob die im Münichholz, auf der Ennsleite oder sonst wo sind. Sie weiß ganz genau, wie viele Plätze wir brauchen. Wir brauchen da nicht wieder irgendwem beauftragen und Geld in die Hand nehmen um Pläne zu entwickeln, wir haben selbst Experten im Haus, die wissen das ganz genau und da wird auch ununterbrochen darüber diskutiert und korrigiert, weil sich nämlich das alles ändert.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich glaube du hast mich falsch verstanden. Das ist eh eine Aufgabe, die intern gemacht werden muss.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das wird ununterbrochen gemacht, da sind unsere Spezialisten, unsere Fachabteilungen und machen das ganz genau.

Eines natürlich muss man im öffentlichen Bereich sagen. Wir tun uns auch schwieriger und wir haben auch für unseren Teil gesagt, bei den Kindergärten haben wir personellen Überhang, der gehört angepasst, der gehört in einer wirtschaftlich verträglichen, arbeitnehmerfreundlichen Form das gemacht. Wir wollen keine Kindergärtnerinnen hinausschmeißen, wir wollen sie nicht einfach irgendwo hinscheren, sondern wir schauen, dass wir das sukzessive im Magistrat umsetzen können. Zu dem stehen wir auch und da tun sich halt Private leichter, die schmeißen sie halt hinaus, wenn sie sie nicht mehr brauchen. Das machen wir nicht. Darum ist so ein Anpassungsprozess schwieriger als im privaten Bereich, aber das ist unsere politische Haltung und zu der stehen wir auch.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster ist StR Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir nur schnell ein paar Antworten auf das was gesagt wurde. Also, lieber Andy, wenn du sagst, ich habe da „wir“ gebraucht, das ist völlig richtig. „Wir“ habe ich gebraucht in dem Sinn, dass die Stadtregierung unter anderem auch für die Bediensteten, die bei der Stadt sind, also verantwortlich sind. Da denke ich mir ganz einfach, dass es

durchaus gestattet ist, dass ich, wenn ich da drinnen sitze und mich als verantwortlich fühlen darf auch einen breiten Buckel mache für unsere Bediensteten und nicht nur zur Kenntnis nehmen, dass man sagt, andere müssen sozusagen in Beschäftigung bleiben. So ist das „wir“ zu verstehen und ich denke mir das ist auch ein wichtiges Element, das man so sehen sollte.

Geschätzte Kollegin Frech, sie ist leider Gottes jetzt hinaus gegangen, wenn sie gesagt hat Lächerlichkeit. Also, wenn es lächerlich ist, dass wir eine soziale Staffelung bei unseren Beiträgen haben, wenn es lächerlich ist, dass wir 186 Kinder, die sich sonst einen Kindergarten nicht leisten könnten, in einer Kinderbetreuung haben, wenn es lächerlich ist, dass wir 8 Kindergartengruppen und 2 Hortgruppen zugesperrt haben und trotzdem niemanden entlassen haben, dann kann ich nur sagen, eines ist lächerlich, dass immer nur die SPÖ schuld ist obwohl es der Stadt nicht schlecht geht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Danke schön. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es ist natürlich schon sehr viel gesprochen worden. Ich möchte eines sagen, wir haben das immer gesagt, dass die Stadt die privaten Kindergärten sehr schätzt und darum unterstützen wir auch ihre Arbeit. Ich möchte jetzt vielleicht ein paar Zahlen nennen, das ist heute noch nicht erwähnt worden. Wenn ich mir denke der Caritaskindergarten im Münichholz hat die Stadt Steyr über 3 Millionen für den Umbau investiert. Und wenn die SPÖ, wie es immer heißt, das alles blockiert, wenn die nicht dafür gewesen wäre, dann hätten wir den wahrscheinlich nicht umbauen können. Und wenn ich schaue, 4,8 Millionen Schilling haben wir für den Wieserfeldplatz hergegeben, für die Kreuzschwestern 2,3 Millionen Schilling, also, es ist nicht so, wie allgemein gesprochen wird, dass wir die Privaten nicht schätzen. Was mich heute ein bisschen gestört hat, bei der Diskussion, das ist, dass es geheißen hat es ist kein Entwicklungsplan da. Der ist sehr wohl da, weil wir wissen genau, die Kinder die jetzt geboren werden, wie viele Kindergartenplätze brauchen wir. Der Vizebürgermeister Bremm hat es ja schon gesagt, dass die Frau Oberkindergärtnerin das weiß. Wir haben das im Sozialausschuss bitte durchgenommen.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:  
Wann denn?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Vielleicht waren Sie nicht da. Sie fehlen ja auch öfters.

Wir haben es auch erklärt, weil es ist auch weiter gegangen, es ist auch um die Schule am Resthof gegangen. Wir haben so einen Plan und ich brauche nur in der Statistik nachfragen, dann habe ich es sofort mit einem Druck wieder da. Ich werde es nächstes Mal durchführen. Also, es ist nicht so, dass wir nicht wissen, wie viele Kinder wir haben. Wie viele Kinder haben wir mit 1 Jahr, mit 2 Jahren, mit 3 Jahren und wie viele werden unsere Kindergärten besuchen, das haben wir.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:  
Ich habe das nicht gewusst, dass es das gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Ja, das gibt es.

Eines möchte ich auch gleich sagen, wir haben im Sozialausschuss auch durchgenommen, dass wir Kindergärten schließen müssen. Das ist durchgenommen worden und ich habe alle darüber informiert, dass wir die Arbeiterstraße zusperrten und das waren bitte drei Gruppen. Und mein Herz ist sehr an dem Kindergarten Fabrikinsel gehangen. Da war eine Delegation, nicht von 10 Müttern, sondern von 30 Müttern da, und wir waren unten, weil sie die Kindergärtnerin verloren haben und die Kinder an die Kindergärtnerin gewöhnt waren. Weil wir heute über Kinder reden. Was ist, wenn eine Hortnerin oder eine Kindergärtnerin ein Baby bekommt. Das ist für sie sehr erfreulich, aber die Kinder haben dann eine andere Tante in der Gruppe und genauso ist halt der Ablauf im Leben. Ich möchte noch eines sagen, wir haben einen Sockelbeitrag für die privaten Kindergärten. Jeder

weiß im Vorhinein mit was er kalkulieren kann. Wenn ich heute von der Kollegin Frech höre, ob die städtischen einen Gewinn machen – ja bitte ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das habe ich so nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Machen die leicht einen Gewinn mit dem Steuergeld?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung: Ich habe gesagt, dass, wenn das so dargestellt wird, vom Kollegen Bremm, dass die Stadt nicht für die Privaten und es nicht Aufgabe der Stadt ist für die Privaten den Abgang zu übernehmen, dann müsste man auch dazu sagen, dass für die städtischen Kindergärten der Steuerzahler sehr wohl auch etwas bezahlt. Oder nicht? Oder erarbeiten die einen Gewinn? Sie erarbeiten keinen Gewinn, das ist mir auch ganz klar, also gibt es einen Zuschuss der Steuerzahler.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber es muss auch klar sein, wenn ich einen privaten Kindergarten habe, dann habe ich einen Finanzierungsplan und ich weiß, was bekomme ich von der Stadt dazu und dann muss ich kalkulieren. Die städtischen Kindergärten, wir machen keine Verschleierung, haben 186 Kinder. Weil immer das Argument kommt, alle Kinder müssen gleich sein, darum haben ja wir, und jetzt greife ich noch ein bisschen weiter zurück, wir als Stadt neue Kindergärten und Horte gebaut. Wenn ich mir denke wie viele Plätze haben wir gehabt. Das waren zu wenig. Die privaten Kindergärten haben das nicht abdecken können. Wenn ich es mit anderen Städten vergleiche, in Wels haben sie viel mehr private Kindergärten. Warum? Da hat die Stadt selbst nicht so viele bauen müssen. Wir haben ein paar Kindergärten gehabt, was hätten wir denn, wenn alle Kinder gleich sein sollen, mit den Kindern getan? Wir haben ihnen ja nichts anbieten können. Darum hat die Stadt Geld in die Hand genommen und hat Kindergarteneinrichtungen geschaffen, damit eben alle Kinder das gleiche Recht haben einen Kindergarten zu besuchen. Darum ist das von uns in der Stadt geschaffen worden. Wenn ich mir denke, dass alle Kinder gleich sein sollen, darum haben wir 186 Kinder wo sich die Eltern keinen privaten Kindergarten leisten könnten und darum haben wir das geschaffen. Da hat ja der Gemeinderat zugestimmt, dass wir eine soziale Staffelung haben, weil wir das eben ernst nehmen, dass jedes Kind die gleiche Möglichkeit hat. Wenn ich heute als Elternteil mir aussuche und sage, das ist halt die Wahlfreiheit für mich. Und wenn man schaut, beim Hort, wir haben St. Anna auch, da gibt es auch die Wahlfreiheit. Aber in St. Anna habe ich sofort gesagt, zum Privathort wird vonseiten der Stadt nichts beigetragen. St. Anna weiß das. St. Anna hat mich angesprochen und ich habe gesagt, für den privaten Hort können wir nichts beitragen. Wenn ich heute mein Kind in einen privaten Hort gebe, das ist die Wahlfreiheit, dann weiß ich aber auch, dass ich eine gewisse Summe in die Hand nehmen muss um etwas zu leisten. Das muss ich sagen, das ist meine Stellungnahme dazu. Ich schätze die Arbeit, ich finde es auch wichtig, dass man ein breites Angebot hat. Wenn ich auch schaue, was der Wahldorfkindergarten für Beiträge verlangt, muss ich sagen, denen haben wir auch eine Möglichkeit geschaffen, aber ich muss natürlich auch sagen, die verlangen dementsprechend auch einen Beitrag von den Eltern. Ich glaube, wenn ich mein Kind heute in einen Privatkindergarten gebe, dann bin ich auch gezwungen diesen Beitrag, der verlangt wird, zu bezahlen. Unsere Kindergärten lasse ich mir nicht hinstellen wie wenn wir sie verschleiern, sondern die leisten wertvolle Arbeit. Wir haben auch von den Eltern sehr gute Rückmeldungen. Wir haben 10 Gruppen zusperrern müssen und da hat aber keiner gesagt, ja die armen Kindergärtnerinnen, die armen Leute bei uns in der Stadt und die armen Kinder, die müssen jetzt in einen anderen Kindergarten gehen. Das war selbstverständlich, das war überhaupt keine Rede. Das ist ja nicht einmal diskutiert worden, weil das ist selbstverständlich, bitte, das ist unsere Pflicht, dass wir schauen und wirtschaftlich denken. Darum muss ich auch sagen, lasse ich mir auch nicht sagen, und das habe ich in letzter Zeit gehört, dass die städtischen Einrichtungen nicht so gut arbeiten und darum geben sie ihre Kinder in private Einrichtungen. Das lasse ich mir nicht nachsagen, weil unsere Umfrage hat etwas anderes ergeben. Die städtischen Einrichtungen arbeiten sehr gut. Ich muss sagen, wir sind froh, dass die Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen sich selbst gemeldet haben in eine andere Dienststelle, weil wir haben immer gesagt, wir entlassen niemanden. Das hat auch der Kollege Bremm schon gesagt. Sie haben aber den Beruf wechseln müssen, weil sonst hätten wir für sie keine Arbeit gehabt. Da muss man auch ehrlich sein. Die Kinderanzahl wissen wir, sie wird nicht weiß Gott um wie viel steigen, sie wird gleich bleiben wie heute. Darum ersuche ich um Verständnis. Ich schätze die Privaten, für mich ist es ein wertvolle Einrichtung, für mich ist es eine Bereicherung, aber man darf nicht sagen, dass wir nichts tun und dass wir alles verschleiern und blockieren. Um das würde ich den Gemeinderat ersuchen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:  
D. h., es ist ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Moment, es war schon das Schlusswort.  
Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben einen Abänderungsantrag der Grünen da.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:  
Das ist ein Zusatzantrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Nein, das ist ein Abänderungsantrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr.  
Ich lese ihn noch einmal vor

Punkt 1:  
Erstellung eines kommunalen Bedarfs- und Entwicklungsplans, Kinderbetreuung in Steyr.

Themen:  
Nachmittagsbetreuung, Horte, Kindergärten, Wahlfreiheit, Finanzierung, Personalplanung, pädagogische Vielfalt, Kinderbetreuung 0 bis 3 Jahre, Transparenz und klare Kriterien für die Finanzierung, Benchmark.

Unter Bezugnahme auf das soziale Leitbild, auf die demographische Entwicklung, auf stadtteilspezifische Anforderungen, Erstellung bis Juli 2006.

Punkt 2:  
Außerordentliche Subvention des Horts der Pfarrcaritas Steyr, Münchenholz in der Höhe von 5.200 Euro.

Wer für diesen Abänderungsantrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Bürgerforum. Danke. Wer ist dagegen? SPÖ und zwei FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 1 FPÖ (GR Payrleithner). Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag vom Bürgerforum und von der ÖVP, wo es um den Pfarrcaritashort in Steyr, Münchenholz geht und um die außerordentliche Subvention in der Höhe von 5.200,-- Euro. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Wer ist dagegen? 19 SPÖ. Wer enthält sich der Stimme? 1 SPÖ (Vzbgm. Mach). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Das war der letzte Antrag der Frau Vizebürgermeisterin. Ich danke für die Berichterstattung. Wir machen jetzt 20 Minuten Pause.

PAUSE VON 16.31 UHR BIS 17.04 UHR

GR DI Christian Altmann verlässt um 17.04 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Wir setzen die Sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Zum Aufwärmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein paar einfachere Punkte. In meinem ersten Antrag geht es um die erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz in der HS Ennsleite. Es geht hier um einen Betrag von 191.900 Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

11) GHJ2-73/05 Erste Etappe – zweiter Teil Fensteraustausch und Vollwärmeschutz Hauptschule Ennsleite.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27. 02. 2006 wird den Auftragsvergaben für den zweiten Teil der ersten Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Hauptschule Ennsleite, Glöckelstraße 4-6, an die

Fa. Actual, Ansfelden Fenster inkl. Fenstertausch € 59.174,76 inkl. USt.

Fa. Krückl, Perg Vollwärmeschutz € 88.898,51 inkl. USt.

Fa. Arthofer, Behamberg Baumeisterarbeiten € 14.046,94 inkl. USt.

Fa. Czanker, Steyr Eingangsportale € 15.748,80 inkl. USt.

Fa. Klotzner, Linz Jalousien € 8.002,80 inkl. USt.

Fa. Seywaltner, Steyr Malerarbeiten € 2.158,92 inkl. USt.

Fa. Faatz, Steyr Spenglerarbeiten € 3.900,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung für die Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 191.900 inkl. USt. (hunderteinundneunzigtausendneunhundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 30.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Im nächsten Punkt geht es auch um einen Fenstertausch und Vollwärmeschutz, zweite Etappe in der VS Tabor. Hier geht es um einen Betrag von 190.400,00 Euro. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

12) GHJ2-2/05 Zweite Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz VS Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27. 02. 2006 wird den Auftragsvergaben für die zweite Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Volksschule Tabor, Taschelried 1, an die

Fa. Gaulhofer, Pichl Fenster inkl. Fenstertausch € 64.532,13 inkl. USt.

Fa. Hofmann, Haslach Vollwärmeschutz € 89.888,90 inkl. USt.

Fa. Alpine, Steyr Baumeisterarbeiten € 10.939,04 inkl. USt.

Fa. Nöbauer & Tüchler, Klam Eingangsportale € 4.981,20 inkl. USt.

Fa. Tüchler, Wien Sonnenschutz € 14.149,84 inkl. USt.

Fa. Strutz, Kalsdorf Malerarbeiten € 878,06 inkl. USt.

Fa. Faatz, Steyr Spenglerarbeiten € 3.500,00 inkl. USt.

Fa. Gegenhuber, Grünburg Blitzschutz € 1.500,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung für die Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von € 190.400,00 inkl. USt. (einhundertneunzigtausendvierhundert) bei der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Im nächsten Punkt geht es um die Attraktivierung des Stadtsaales. Wir haben ja schon oft darüber diskutiert, dass dieser saniert gehört und attraktiver gestaltet werden soll. Zu diesem Zweck geht es um 600.000,00 Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Es wird ja dann noch einmal in der zweiten Etappe ein weiterer Betrag zu beschließen sein.

13) Bau5-1533/78 Attraktivierung Stadtsaal

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27. Februar 2006 wird der Auftragsvergabe für die Durchführung von Arbeiten zur Attraktivierung des Stadtsaales an die

Fa. Strabag, Linz Baumeisterarbeiten € 217.276,41 exkl. USt.

Fa. Mattis, Gaas Tischlerarbeiten € 204.880,15 exkl. USt.

Fa. Czanker, Steyr Schlosser- und Glasbauarbeiten € 203.323,00 exkl. USt.

Fa. Höber, Steyr Heizung, Lüftung, Sanitär € 121.706,57 exkl. USt.

Fa. Hofreiter, Pregarten Trockenbauarbeiten € 77.077,35 exkl. USt.

Fa. Kammerhofer, Steyr Elektrotechnik € 169.565,20 exkl. USt.

Fa. Schmitt & Sohn, Linz Liftanlage € 44.475,00 exkl. USt.

Fa. Schatz Böden, Wolfsberg Bodenlegerarbeiten € 30.029,50 exkl. USt.

Fa. Seywaltner, Steyr Maler- und Anstreicherarbeiten € 11.457,18 exkl. USt.

Fa. Svoboda, Linz Bestuhlung € 77.863,00 exkl. USt.

Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein Tische € 19.332,20 exkl. USt.

Unvorhergesehenes ca. 2 % € 23.000,00

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

€ 500.000,00 bei der VA-Stelle 5/894000/010000 Stadtsaal – Gebäude

und € 100.000,00 bei der VA-Stelle 5/894000/043000 Stadtsaal – Betriebsausstattung

freigegeben, sowie einer Kreditüberschreitung im Ausmaß von Euro 500.000,00 bei der VA-Stelle 5/894000/010000 Stadtsaal – Gebäude bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 1.200.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? GR Gabath bitte.

**GEMEINDERAT WALTER GABATH:**

Geschätzte Damen und Herren, ich bin zwar nicht farbenblind, aber rot-schwarze Sessel oder schwarz-rote Sessel ist mir im Prinzip relativ egal. Ich begrüße es sehr, dass endlich im Stadtsaal was gemacht wird. Es ist auch sehr gut, dass die Zweifachnutzung mit den Jugendstilsälen miteinbezogen wird, das gefällt uns sehr gut. Aber trotzdem, ich war genauso wie du, Herr Vizebürgermeister, in Enns, in der Stadthalle beim HAK-Ball, der HAK-Ball wird trotzdem im Stadtsaal nicht stattfinden können, weil er zu klein ist für das große Ereignis. Da müsste man doch einmal in die Zukunft überlegen und schauen, dass man in Steyr doch irgendeine Lokalität in diese Richtung einmal schafft. Der Dir. Klausberger ist heute leider nicht da, aber der wird das sicher bestätigen können, der Ball dort war ein großartiges Ereignis. Das Entgegenkommen der dortigen Inhaber oder Betreiber war großartig, die Schüler haben sich wohl gefühlt und es war wirklich ein großartiges Fest. Ich finde es sehr gut, dass endlich was im Stadtsaal gemacht wird.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Kupfer.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe auch ein Anliegen bzw. sogar zwei Anliegen. Das erste Anliegen haben wir bereits bei der Budgetdebatte besprochen. Es war uns relativ unbekannt, was denn das Ausmaß der Umbauten und Attraktivierungen im Stadtsaal sind. Meines Wissen ist sozusagen das Konzept auch nie in einem Ausschuss dargestellt worden. Jetzt ist mir aber zu Ohren gekommen, dass ...

**GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:**

Im Bauausschuss.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Das gehört eigentlich in den Bauausschuss, aber ich weiß nicht, ob da sozusagen das gesamte Konzept einmal vorgestellt worden ist.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Ja, da ist es vorgestellt worden.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Mein Kollege hat mir gesagt, es ist nicht gewesen.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Oh ja, es ist ganz genau vorgestellt worden.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Aber was eigentlich viel wichtiger ist, bei dieser Maßnahme sind einige Sachen noch nicht drinnen, die glaube ich auch für den Stadtsaal notwendig sind und die in der ersten Maßnahme nicht drinnen sind. Ganz speziell die Wärmedämmelegenheiten, sprich das Dach und die Fassade, die nicht drinnen sind. Es gibt zwar ein neues Entlüftungs- und Belüftungskonzept, wie ich gelesen habe, aber, dass man sozusagen die Energie, die wir auch erzeugen und die da drinnen auf alle Fälle bei den Veranstaltungen ect. erzeugt wird, dass wir die sozusagen nicht beim Dach und bei der Fassade hinaus pumpen, denke ich mir gibt es noch zwei Punkte die wir einfach in den nächsten Jahren budgetieren müssen. Das ist einerseits alles was mit Wärmedämmung und Dachsanierung zu tun hat und das Zweite ist sicher die Architektur und das Erscheinungsbild nach außen, denn so wie es sich jetzt darstellt ist es nicht wirklich attraktiv. D. h., einer infrastrukturelle Verbesserung im Inneren muss dann auch an der Fassade und nach außen sicher noch ein zweiter Schritt erfolgen. Da würde ich mir von dir, Gerhard, bitte eine Aussage dazu wünschen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ich sehe es auch so, als zuständiger Referent, dass das einmal ein wesentlicher Schritt der Attraktivierung des Stadtsaales ist. Wir haben da auch diskutiert darüber, was gescheiter ist, ob man außen anfängt, wir haben einen bestimmten Budgetbetrag zur Verfügung, ob es gescheiter ist außen die Dachsanierung, Isolierung, Fassade, Wärmedämmung oder im Innenbereich. Ich habe dort die Meinung sehr vehement vertreten, dass es einmal wichtig ist, dass drinnen der Saal attraktiviert wird. Es gibt ja gewisse Umbaumaßnahmen. Es haben die Veranstalter, die Leute nichts davon, wenn das Haus außen sehr schön ist und drinnen ist es alt. Natürlich gebe ich dir Recht, Kurt Apfelthaler, es ist nicht jeder Punkt und Beistrich im Bauausschuss gesagt worden. Ich glaube, das kann aber auch nicht die Aufgabe des Gemeinderates sein, dass man jeden Handgriff und alles genau ins Detail diskutiert. Dazu gibt es Fachabteilungen die sich mit dem auseinandersetzen und beschäftigen. Die haben auch die Verantwortung dass das hinhaut. Also, es wird innen attraktiviert. Es wird ein Lift dazu gebaut. Wir haben aber gesagt, wir wollen die Sanierung in der Form machen, dass wir dann auch die Möglichkeit haben, ohne verlorenem Aufwand, Zusätzliches zu machen. Es ist theoretisch auch möglich, den Stadtsaal noch zu vergrößern. Man könnte noch hinausbauen. Das ist aber dann eine Frage des Geldes. Wir haben hinten den Aufgang und es kommt ein zusätzlicher Lift dazu, behindertengerecht. Es wird herunten im Foyer die Gardarobe abgeändert und das ist zusätzlich Raum. Es besteht dort die Möglichkeit für 1100 Personen eine Veranstaltung zu machen. Walter, da werden wir nicht weit weg sein vom HAK-Ball. Ich glaube man sollte einmal von dem Motto aus gehen, schauen Sie sich das an, was da wird, weil wenn das so aufgemacht wird, so offen gestaltet ist, dass man herunten Platz hat, oben das Foyer wird attraktiviert, der Saal drinnen, also, es wird ein sehr offenes Haus. Es ist in der Stadthalle in Enns auch nicht alles Gold was glänzt. Er ist recht hoch, aber die Fläche herunten ist auch nicht übermäßig. Er ist ein bisschen größer als unserer.

In den nächsten Schritten wird es sicherlich notwendig sein, dass man außen etwas tut, dass man eine Wärmedämmung macht. Bei der Belüftung ist jetzt nichts vorgesehen, also, so kleine Verbesserungen aber auch da kann man in Zukunft vielleicht einmal was Neues machen. Aber sie funktioniert, wir haben sie technisch überprüfen lassen, und es ist kein zusätzliches Problem.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? SPÖ, 4 ÖVP, Grüne, FPÖ. Ist jemand dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? 2 (1 ÖVP – GR Hack, 1 Bürgerforum). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um den Abschluss eines Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Öllinger Vermögensverwaltung GmbH aus Enns, die ein Grundstück im Wirtschaftspark kaufen und auf ein weiteres auf eine Option ersuchen. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

14) ÖAG-13/05 Abschluss eines Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Öllinger Vermögensverwaltung GmbH, 4470 Enns, Dr. Karl Renner Straße 19, über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. 3. 2006 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages über Grundstück 720/44 und eines Optionsvertrages über Grundstück 720/53, je Grundbuch Gleink, mit der Öllinger Vermögensverwaltung GmbH, 4470 Enns, Dr. Karl Renner Straße 19, entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium. Dass die Firma Öllinger nach Steyr kommt, ist an sich okay, es gibt zwar schon einen Opel-Händler, aber das müssen sich die beiden ausmachen. Aber die Entwicklung des Wirtschaftsparkes als solches, es hat ursprünglich heißen

bei der Entwicklung, dass dort Forschungsbetriebe, dass dort innovative Betriebe ect. hinkommen sollen. Jetzt sind schon drei Handelsbetriebe dort. Wir sind nicht dagegen, ab er die Entwicklung des Wirtschaftsmarktes als Handelszone war ursprünglich nicht geplant.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Wir werden es sagen, dass die ÖVP dagegen ist.

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**  
Nein, wir sind nicht dagegen, aber ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Entwicklung des Wirtschaftsparkes als dem widerspricht was ursprünglich die Intention war. Danke.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**  
Wenn es so einfach wäre Herr Kollege Hack, dass wir lauter so innovative hochtechnische Betriebe hätten. Das wäre natürlich wünschenswert. Das TIC funktioniert ausgezeichnet. Sie können ihren Stadtrat und Parteiobmann fragen, der sitzt ja da im Aufsichtsrat des TIC`s. Also wir haben schon wesentlich schlechtere Situationen gehabt. Wir sind froh, dass sich Betriebe außerhalb von Steyr bei uns ansiedeln. Dass eine Konkurrenz auch eine belebende Funktion hat, das ist gut für den Kunden. Sie als Vertreter der Wirtschaft müssten ja alle Hände zusammenschlagen. Gott sei Dank kommt von auswärts ein Betrieb nach Steyr herein, weil das zusätzliche Beschäftigung bringen wird. Nicht immer alles kritisieren. Sie müssen ein bisschen ihre Meinung ändern.

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**  
Ich kritisiere ja nicht den Öllinger, aber ich kritisiere, dass dort ...

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Sie kritisieren, dass ein Betrieb nach Steyr kommt. Na, das ist doch eine Gaudi.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**  
Er könnte auch in Dietach stehen.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Wäre es euch lieber, wenn er in Dietach oder Wolfers stehen würde?

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**  
In Wolfers könnte er auch stehen, dort habt ihr einen schwarzen Bürgermeister.

Diskussion verschiedener Mandatare

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Seid froh, dass da einer hinkommt. Das ist ja unglaublich.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**  
Im nächsten Punkt geht es um einen Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreff § 6 – Geschäftsordnung des Gemeinderates, Antrag der FP. Muss ich ihn vorlesen oder kann ich mir das ersparen? Es geht um eine neuerliche Ausschreibung des alten Wirtschaftshofes, des Gesamtareals. Also, da stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion den Antrag. Bevor ich meine Kommentare dazu gebe, nehme ich an, dass du auch deinen Antrag erläutern willst.

15) Präs-147/06 Antrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend Veräußerung des ehemaligen Wirtschaftshofes; Ausschreibung des gesamten Areals zum neuerlichen Verkauf.

§ 6 – Geschäftsordnung des Gemeinderates – Antrag der FP-Fraktion zur Behandlung in der GR-Sitzung am 23. 03. 2006

Seit Jahren fordert die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion im Zusammenhang mit der dramatischen

Budgetentwicklung den Verkauf von Liegenschaften der Stadt, insbesondere die Veräußerung des ehemaligen – nicht mehr in Benützung stehenden - Wirtschaftshofes.

Nachdem jahrelang Verkaufsverhandlungen letztendlich geplatzt sind, beabsichtigt die Stadt den Verkauf der Freifläche selbst durchzuführen bzw. das desolante Wirtschaftshofgebäude als Lagerplatz „für den Eigenbedarf“ zu verwenden.

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass eine Gesamtlösung für das zentral gelegene, wertvolle Areal für die Stadt das beste Ergebnis gebracht hätte. Nach den derzeitigen Plänen der Liegenschaftsabteilung (Teilverkauf und Eigennutzung) müsste viel Geld in das einsturzgefährdete Hauptgebäude investiert werden.

Daher stellt die Freiheitliche GR-Fraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass das gesamte Areal „ehemaliger Wirtschaftshof“ neuerlich zum Verkauf ausgeschrieben wird.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
GR Payrleithner.

**GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:**

Sehr geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Die Geschichte der Verwertung des ehemaligen Wirtschaftshofes ist eine sehr lange. Leider eine ohne Happyend, wie wir jetzt feststellen mussten. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir nach wie vor der Meinung sind, dass die ursprüngliche Absicht, die ja die SP-Fraktion auch lange verfolgt hat, eine Gesamtlösung für dieses, doch in sehr guter Lage liegende Areal zu finden, eine richtige war und aus unerklärlichen Gründen man da letzten Endes diese Linie, nach jahrelangen Verhandlungen, verlassen hat und jetzt komischerweise, interessanterweise man den Wirtschaftshof selbst wieder herrichten und benützen möchte und das restliche Areal, die Freiflächen, selbst parifizieren und verwerten möchte. Wir glauben, dass unter dem Strich mit dieser Politik ein großes Minus herauskommen wird und für die Stadt Steyr und für die Steuerzahler eine Gesamtlösung sicher die beste Lösung gewesen wäre. Noch im Jahr 2000 hat der Vorgänger vom heutigen Bürgermeister verhandelt, und da ist es um einen Kaufpreis von rund 10 Millionen Schilling, rund 750.000 Euro gegangen. Jetzt waren wir nur mehr um 130.000 Euro auseinander, die dann von der Stadt immer wieder hinaufgetrieben wurden. Ich glaube, mit einem Kaufpreis von 1.050.000 Euro wäre die Stadt gut bedient gewesen. Ich bin kein Lobbyist, unsere Fraktion ist kein Lobbyismus der Raika gegenüber. Gott sei Dank sind wir eine Fraktion die keine parteieigenen oder ähnliche Banken hat. Das hat die SP-Fraktion mit bekannten Problemen. Uns geht es nur um die Sache. Dieser Kaufpreis wäre ein guter Kaufpreis gewesen. Wenn man sich die Immobilienpreise in Steyr anschaut mit 110 Euro pro m<sup>2</sup>, glaube ich, ganz gut. Man muss sich nämlich einmal überlegen, was passiert jetzt. Wie es die leidige Diskussion um die Produktionsschule im Wirtschaftshof gegeben hat, hat es nämlich ein Gutachten gegeben über die Sanierung des äußerst desolaten, und der Wirtschaftshof steht unter Denkmalschutz, Gebäudes. Es ist eine Decke eingestürzt, das kommt noch dazu und das hätte damals ohne Austausch von Heizung, Fenster usw. nur eine Grundsanierung, diese Gutachten werden dem Kollegen Bremm sicher bekannt sein, über 200.000 Euro gekostet. Also, ich wünsche dir alles Gute, du wirst jetzt dann diesen Betrag, der ja im Budget sicherlich vorhanden ist, die Stadt schwimmt ja bekanntlich in Geld, sicher zur Verfügung haben, dass du jetzt den Wirtschaftshof in diesem katastrophalen Zustand selbst herrichst, dort Lagerplätze plötzlich brauchst, die man 8 Jahre nicht gebraucht hat. Ich weiß nicht, was du dort lagerst, irgendwelche Plakatstände der SPÖ. Offensichtlich ist das auf einmal notwendig. Dann, bei der Parifizierung verliert ja die Stadt Grundstücke, weil man noch Zufahrten errichten muss, und rund um den Wirtschaftshof muss ein Streifen frei bleiben. D. h., die Grundfläche wird ja nicht mehr in diesem Ausmaß dann für eine Verwertung, ich nehme an, dass da Wohnbau ins Auge gefasst wird, zur Verfügung stehen. Also das wird unter dem Strich ein großes Minusgeschäft für die Stadt. Davon bin ich überzeugt. Wir werden dann, wenn uns dann vielleicht in einem Jahr oder zwei Jahren, ich weiß nicht wann, die Endabrechnung hier im Gemeinderat präsentiert wird, werden wir leider feststellen müssen, dass die ursprüngliche Variante sicher die beste gewesen wäre. Man hat bitte jahrelang, das sollte heute auch noch einmal erwähnt werden, z. B. auch mit dem Magistratssportverein verhandelt, alle möglichen Varianten, dass man das dort belässt, mit einem Durchgang

usw. Zum Schluss war ja die Regelung gar nicht so schlecht. Ich stehe gar nicht an, das hier auch zu sagen, dass man sagt, okay, man gibt ihnen eine Ablöse, sie sollen neu bauen und man kann das

gesamte Gelände verwerten, ohne Fellingner-Garagen und, und, und all diese Dinge, die da waren. Das wäre die beste Lösung gewesen. Plötzlich ist alles ganz anders. Für uns stellt sich schon die Frage, warum eigentlich. Der Kaufpreis ist in Ordnung, man braucht sich nicht mit einem desolaten Wirtschaftshof herumschlagen der uns letzten Endes mit gewaltigen Beträgen auf der Geldtasche liegen wird und wir hätten in einer doch sehr exponierten, guten Lage qualitativen Wohnbau bekommen, der in dieser Art wahrscheinlich in Steyr auch einen Bedarf findet. Also, die wahren Beweggründe für diese Kehrtwendung ist uns wirklich schleierhaft. Ich kann es vielleicht nur darin orten, dass die SP-Fraktion mit der offensichtlich ÖVP-nahestehenden Raika ein Problem hat. Vielleicht ist das ein Grund. Ich weiß nicht warum. Ich hoffe, dass wir da heute eine Antwort erhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wie hoch ist der Kaufpreis, sagst du.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

1.180.000 und das Angebot der Raika war 1.050.000. Und die Sanierung vom Wirtschaftshof kostet über 200.000 Euro, ein Gutachten nicht von uns, Produktionsschule. D. h., das alleine kostet ja schon mehr, da bleibt schon nichts mehr übrig, da kommen noch alle anderen Dinge dazu. Man muss das ja neu vermessen, die Parifizierung, Grundstücke fallen weg, und, und, und. Ein schlechtes Geschäft, für die Stadt Steyr, vor allem für die Steuerzahler. Daher haben wir diesen Antrag gestellt. Ich würde euch bitten Genossen, umzudenken, das ist ein guter Antrag.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ich kann mich eigentlich den Worten meines Vorredners und Schwagers anschließen. Aber es ist ja der Umgang der Verantwortlichen der Stadt Steyr mit dem Eigentum wirklich an sich ein sehr eigenartiger Umgang. Ich meine, 8 Jahre oder wie lange, haltet ihr die Bank am Schmah, die Glaubwürdigkeit damit, würde ich sagen ist stark ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sind Sie da vielleicht irgendwo ...

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Nein, das hat mit der Raika gar nichts zu tun, ich bin weder Kunde noch sonst irgendetwas.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bauernbund.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Nein, Bauernbund bin ich auch nicht, kein Problem. Aber es gibt eigentlich wirklich keinen zwingenden Grund, dass die Stadt Steyr das jetzt selbst nicht veräußert und da selbst wieder herumgräbt. Wir hätten damit vielleicht auch eine Entlastung des Stadtbudgets erreichen können. Es ist ja mit den Objekten in Steyr, die jetzt schon angeboten werde oder dann nicht angeboten werden oder zuerst angeboten und dann wieder zurückgezogen werden vom Markt oder die dann angeboten werden und das in einem Zustand, wo die Stadt Steyr sagt, das Gebäude verkaufen wir. Dann schauen wir in der Zwischenzeit, dass es möglichst kaputt ist, dass wir ja nichts bekommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wo ist das?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es schaut dann auch noch so aus. Wie die Stadt Steyr mit dem Eigentum, es ist nicht ihr eigenes, umgeht, ist ja wirklich sensationell. Wie gesagt, im Wirtschaftshof fällt auch schon alles hinunter, aber jetzt behalten wir ihn und richten ihn selbst her und da lassen wir es verfallen. Da ist nicht einmal mehr eine Dachrinne drauf. Die Anrainer, die Passanten beschweren sich, weil das Wasser so herunter rinnt und auf die Mauer. Aber das ist wurscht, das bieten wir nämlich offiziell an als Immobilie die die Stadt Steyr verkauft um das Budget zu retten.

Ja, es gäbe natürlich andere Immobilien, die Stadt Steyr hat Einfamilienhäuser im Besitz. Jetzt nicht genossenschaftlich, GWG oder sonst irgendetwas, sondern im eigenen Besitz. Warum verkaufen wir

die nicht? Da brauchen wir nur schauen, das Haus gegenüber. Es ist ein Schmuckstück.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Wo ist das?

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**

Das ist direkt gegenüber vom Mauthaus. Das schaut ja auch wirklich nett aus. Wunderbar. Das wäre wahrscheinlich ein schönes Wohnhaus, wenn man es verkaufen würde, das würde sicher jemand kaufen, aber das tun wir auch nicht. Die Stadt Steyr, mit den Immobilien hat sie ein Händchen. Am 27. 3. um 10 Uhr ist wieder eine Versteigerung im Bereich des Lambergs. Wie stellt sich die Stadt Steyr eigentlich jetzt in Zukunft mit dem Gebäude dort oben, oder wie stellt sie sich die Zukunft vor. Es gibt Konzepte, es gibt Angebote daraus was Vernünftiges zu machen. Es gibt vonseiten der Stadt keine Reaktion. Aber gut, das ist so. Es gibt ungefähr 5 bis 8 Einfamilienhäuser im Bereich Steyrdorf hinaus, die im Besitz der Stadt sind. Warum veräußern wir sie nicht endlich einmal, damit wir vielleicht ein bisschen eine Entlastung für das Budget bekommen? Warum veräußern wir nicht den Wirtschaftshof und schauen, dass wir einmal ein bisschen einen Freiraum bekommen? Nein, wir behalten es uns selbst. Zuerst hat es geheißenen Produktionsschule, die funktioniert anders auch gut, das haben wir auch schon immer gesagt, aber das ist jetzt offensichtlich eine neue Erkenntnis jetzt graben wir da selbst herum. Das ist vollkommen sinnlos. Aber das ist genauso und es pflanzt sich in Steyr weiter mit dem Reithoffer. Also, da warte ich jetzt auch schon, da zuzuschauen ist ja eine seelische Grausamkeit. Die Kosten der Planung explodieren, was man so hört mittlerweile, die Planung ist chaotisch, was man so hört, weil wir wissen nicht. Die Tubara, wenn sie jetzt ins Gesundheitsamt gehen, sollen sie über den Bereich der Musikschule gehen oder sollen sie in den Keller runter gehen. Gehen sie jetzt über den Bereich der Musikschule oder werden sie in einen Keller hineingebracht?

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Das ist ja unglaublich.

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**

Ja, es ist so. Es gehen andere Damen auch, zwangsweise, in das Gesundheitsamt. Ich meine, ich weiß nicht wie sich das verträgt. Wo gebt ihr sie hin? Abgesehen vom Denkmalschutz. Das ist mir immer noch schleierhaft, wie der Herr Dr. Kaiser da zustimmen kann, das denkmalgeschützte Gebäude auszubauen bis zum geht nicht mehr und Gaupen einzubauen. Wenn da in der Stadt was gemacht wird ...

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Wer sagt dir denn das? Wo hast du denn das her?

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**  
Die Planung ...

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
Du hast die Planung schon gesehen? Da weißt du aber mehr als wir.

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**

Es ist schon richtig, man erfährt offiziell eh nichts, weil dann sagt der Herr Mag. Zineder wieder „das geht Sie nichts an, das ist Innerer Dienst“. Wortwörtlich in einer Ausschusssitzung. Das war eigentlich eine Beleidigung jedem Politiker gegenüber, wenn irgendein Beamter, Entschuldigung, auch in deinem Beisein so etwas sagt, wo man sich um die Kosten und die Weiterentwicklung Sorgen macht. Weil wenn ihr da hunderte Beamte hinaussiedelt, dann mache ich mir echte Sorgen um ...

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**  
Um den Stadtplatz!

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:**

Ja natürlich. Das zieht sich rundum durch die ganze Stadt. Da kannst du hinschauen, was die Stadt Steyr mit den Liegenschaften aufführt, das ist wirklich ...

**GEMEINDERAT GERALD HACKL:**  
Verschwörungstheorie.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Nein, das ist keine Verschwörungstheorie. Wenn ich 100 Beamte, so wie es geplant wird, man erfährt ja nichts, offiziell was man dann so hört, sollen 100 oder 90 Beamte abgezogen werden mit etwa 2000 Besuchern, Kundenfrequenz pro Monat. Nein, die gehen uns nicht ab, das ist eine Verschwörungstheorie. Das ist eine böswillige Unterstellung.

Verschiedene Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Also, ich kann nur sagen, irgendwie kommt mir vor, auch die SPÖ Steyr leidet unter dem sogenannten KABA-Syndrom. Das ist Konsum, ARBÖ, BAWAG und AMAG zusammen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ende der Märchenstunde? Danke schön. Gibt es noch eine Wortmeldung? GR Eichhübl.

GR Eva-Maria Wührleitner verlässt um 17.29 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, na ja, die Wortmeldungen meiner beiden Vorredner haben ja teilweise Heiterkeitsstürme verursacht. Das ist auch der Grund dafür, warum ich mich jetzt zu diesem Thema zu Wort melde, denn eigentlich ist die Geschichte ja gar nicht so lustig. Es ist wirklich nicht lustig, wenn man berücksichtigt, dass offensichtlich die Verantwortlichen dieser Stadt, auf politischer Ebene, bei der Verwertung von städt. Liegenschaften keine besonders glückliche Hand haben. Man könnte eigentlich sagen, sie sind vom Pech verfolgt und man könnte eigentlich von einer Pannenserie sprechen in diesem Zusammenhang. Wenn ich nur daran denke, Christkindlwelt, Schlossparkpavillon, Errichtung der damaligen Kultur- und Sporthalle, die für die kulturellen Zwecke nicht verwendet wird, da hat man auch mehrmals umplanen müssen, weil man darauf gekommen ist, dass man mit dem eigenen Grund nicht das Auslangen findet, was die ursprüngliche Planung betrifft und jetzt der Wirtschaftshof. Auch eine jahrelange Geschichte. Diese Geschichte reicht ja zurück in die Ära Leithenmayr. Der Kollege Payrleitner hat ja bereits darauf hingewiesen. Damals kann ich mich genau erinnern, da war die Rede davon, dass man sich einen Verkaufspreis von 736.000 Euro erwartet. Inzwischen hat man Verhandlungen durchgeführt, weil es anfänglich nicht möglich war, dieses Grundstück zu veräußern, weil ja dort die Kegelbahn des Magistratssportvereins sich befindet und da sind ja auch einige Jahre ins Land gezogen. Bei den Verhandlungen schlussendlich wurde, soweit mir das bekannt ist, der Verkaufspreis in die Höhe getrieben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So werden wir alt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Na ja Frau Vizebürgermeisterin, so zum Lachen ist ja das eigentlich nicht, weil es ist schon eine sehr ernste Sache.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das ist eine Sauerei, dass du sagst, dass wir dort den Verkaufspreis hinauftreiben wollen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist keine Sauerei Herr Kollege Bremm, aber man fragt natürlich nach dem Hintergrund. Ich habe ja nichts dagegen, dass man heute versucht, möglichst ein gutes Ergebnis zu erzielen, das ist ja selbstverständlich. Aber ich frage mich schon, warum man dann schlussendlich, und das hat ja auch der Kollege Payrleitner schon zum Ausdruck gebracht, das Angebot von 1.050.000 Euro nicht annimmt. Denn der letzte Preis, nach der Vorstellung von dir, Kollege Bremm, wäre ja, glaube ich, 1.180.000 Euro gewesen. Unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass ja dieser Vierkanter, um den es geht, was Sanierungsmaßnahmen betrifft, eine Menge von Geld verschlingen wird um ihn dementsprechend verwerten zu können. Das war ja auch der Grund, ist ebenfalls angeführt worden, dass man die Produktionsschule dort errichtet hat, weil man draufgekommen ist, dass man ja mehrere hunderttausend Euro alleine dafür verwenden muss um die Substanz zu erhalten damit das Ganze nicht abrutscht dort hangseitig auf die Enns zugehend. Das ist ja eigentlich gar nicht alles, denn es kommen noch eine Menge von weiteren Sanierungsmaßnahmen auf die Stadt zu. Und natürlich, was auch bereits bekannt gegeben wurde, verringert sich ja an sich dann auch die Grundstücksfläche die zur Verfügung steht. Also, für uns stellt sich wirklich die Frage, warum man

plötzlich von diesem Verkauf abgegangen ist. Wir haben ja nicht umsonst seit Jahren im Zusammenhang der ständig schlechter werdenden Budgetsituation immer wieder gefordert, der Herr Bürgermeister wird das bestätigen, und auch sein Vorgänger weiß davon ein Lied zu singen, dass wir das gefordert haben, was städtische Liegenschaften betrifft und den Verkauf von städtischen Liegenschaften betrifft. Wie gesagt, es ist tatsächlich unverständlich und ich hoffe, dass der Kollege Bremm das erklären kann, warum man sich in dieses finanzielle Abenteuer auf Kosten der Steuerzahler einlässt. Das ist wirklich die große Frage. Wir sind wirklich sehr neugierig, wenn dann tatsächlich der Erlös bekannt gegeben wird und erkennbar werden wird was tatsächlich jetzt verloren gegangen ist, denn so einfach wird das nicht werden. Aber wie gesagt, nochmals, ich möchte mich nicht da weiter verbreitern, es ist ja bereits sehr viel darüber gesprochen worden, ich hoffe nur, dass der Kollege Bremm das auch erklären wird, was tatsächlich die Hintergründe waren warum man da plötzlich nach jahrelangen Verhandlungen wieder von diesem Verkaufsangebot abgerückt ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Danke schön. GR Apfelthaler bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Danke schön, GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
Jetzt finde ich es wieder nicht, ich fange an, ich sage es auswendig.  
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Die FPÖ hat einen Antrag gestellt, ich habe mir den durchgelesen und habe mir gedacht, sie hat Recht. Ich glaube, 8 Jahre sind es jetzt, 8 Jahre unter Leithenmayr haben wir herumgetan und haben gesagt, wir brauchen das im Grunde genommen nicht, wir haben es ausgesiedelt etc.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
Okay, das ist schon Geschichte, nicht uninteressant, aber auf der anderen Seite, Vzbgm. Gerhard Bremm, du stellst dich hin und sagst, wir tun das jetzt nicht, sondern wir tun jetzt irgendwie „zitzerweise“ verkaufen, wir können das als Plakatlager oder sonst irgendetwas benutzen und für andere Sachen. Weißt du, wenn du hergegangen wärst und gesagt hättest, wisst Ihr was, das ist irgendwie „unterpreisig“ verkauft, wie auch immer, aber ich hätte da eine bessere Idee, tun wir dies und das, und du hättest uns das erklärt, dann wäre uns um einiges leichter gewesen. Wenn du nachgewiesen hättest, indem du irgendwie Zahlen vorgelegt hättest, was bringt uns das, wenn wir dort drinnen etwas speichern können, was bringt uns das, wenn wir die Grundstücke dort einzeln verkaufen, ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Ein Studienauftrag!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
Nicht ein Studienauftrag; wir haben hier im Haus doch auch die Fachleute, die uns das sagen könnten, deswegen brauchen wir doch keine hochtrabende Studie. Wegen jedem Fleckerl Erde brauchen wir doch keinen Universitätsprofessor, der uns das erklärt. Aber einen politischen Referenten, der sagt, Moment, jetzt wird die Handbremse angezogen und jetzt mache ich das anders; das wäre seine politische Pflicht, dass er sagt, Freunde ich mache das aus diesem und jenem Grund und wenn du schon Mehrheiten dafür haben willst, dann denke ich mir, kannst uns das ja durchaus erzählen. Ich weiß nicht, warum du das nicht getan hast.

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Gerhard Bremm

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
Ja, aber du hast uns sicher nicht detailliert erklärt, welchen Mehrwert du aus diesem Rückzug aus dem Geschäft mit der Raika und jetzt hin zum „stückelweisen“ Verkauf erzielst. Ich erinnere dich nur an eines, es hat ein denkwürdiges Symposium gegeben, vorige Woche, da ist es um die leeren Stadtsäckel und Kommunalsäckel gegangen. Da warst du ja anwesend, Respekt muss ich sagen, es ist ja nicht so einfach, wenn man gesagt bekommt, dass man dort und da noch mehr sparen könnte, aber was auch sicher war, was auch in den Unterlagen drinnen gestanden ist, dass man sich von Liegenschaften, die man jetzt nicht unbedingt braucht, oder für die man keinen besonderen Titel hat, tunlichst trennen sollte, weil jegliche andere Verwendung, was glaubst was da wieder an

Bürokratismus, an Verwaltung usw. anfällt. Der Hans Payrleithner hat ja nicht Unrecht, wenn er sagt, à la longue, weil das wissen wir ja alle nicht und da kannst du Fraktionsvorsitzende zitieren, wir wissen ja alle nicht, was das neue Projekt Schlüsselhof jetzt bedeuten soll. Es gibt keine Kalkulation darüber, keine Rechnung, was wäre wenn, bzw. bis hin zu Blindflugaktionen, was bekommen wir den letzten Endes für die einzelnen Gründe, wer wird sie kaufen, wie verhandeln wir dann dort etc. Also, ich denke mir, du hättest dir wahrscheinlich viele Diskussionen erspart, wenn du das ein bisschen klarer dargestellt hättest und wenn du so manche gute Anregung dieses Symposiums, das wirklich super war, auch für dich aufgenommen hättest.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebgm. Gerhard Bremm

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Weitere Wortmeldungen? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Bis jetzt hat mir eigentlich keiner erklären können, was dagegen spricht, dass man den Wirtschaftshof neuerlich ausschreibt. Dass Gefahr in Verzug ist, man jetzt ganz schnell handeln muss und das selber in die Hand nimmt, kann man wohl nicht sagen, weil jetzt haben wir 8 Jahre ins Land streichen lassen. Ich kann mich noch gut an eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz unter Bürgermeister Leithenmayr und Vizebürgermeister Pfeil erinnern, wo der Herr Pfeil damals gesagt hat, er möchte ein Schätzgutachten für den Wirtschaftshof und der Herr Bgm. Leithenmayr gemeint hat, ja glauben Sie, dass wir dann mehr bekommen, mehr als 10 Mio. werden es eh nicht sein. So, jetzt sind wir bei 14,5 Mio. und haben aber gesagt, das reicht uns nicht. Also, Verschwörungstheorie, nächster Punkt, vielleicht haben wir die Euro nicht in Schilling umgerechnet, dass uns das nicht bewusst ist, dass das eh 14,5 Mio. Schilling sind, die wir jetzt bekommen, für etwas, wo man noch vor wenigen Jahren gesagt hat, wenn wir 10 Mio. bekommen, dann müssen wir eigentlich froh sein. Ich verstehe es nicht, was spricht dagegen, das jetzt auszuschreiben? Finden wir wirklich keinen Käufer? Finden wir wirklich niemanden der uns das Geld gibt, das wir uns vorstellen, dann können wir noch immer das Ganze selber als Lagerstätte verwenden, oder parzellieren usw. Also was spricht wirklich dagegen, dass man das ausschreibt? Auf das hätte ich gerne eine Antwort; ich finde eigentlich keinen Punkt, der dagegen spricht. Was ich eigentlich schräg finde, dass man für so etwas sogar einen Antrag braucht. Eigentlich wäre es eine Selbstverständlichkeit, dass man frisch ausschreibt, wenn wir schon mit der Raika nicht mehr weiterkommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ein paar Beispiele, die angeführt worden sind, sind wirklich auch sehr treffend. Wenn man jetzt im Zuge des Wirtschaftshofes so in den Raum stellt, bei Lambergs ist nichts Gescheites gewesen, Christkindlwelt ist nichts Gescheites gewesen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:  
Christkindl hat keiner gesagt!

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Aber wieso denn nicht? Weil das nämlich privat nicht funktioniert hat. Da haben wir nämlich den Schritt gemacht, wir haben hier herinnen für den Schlossparkpavillon das Handerl gehoben, haben dort einige Millionen Schilling beschlossen, dass das Haus saniert wird und dann haben wir es ausgeschrieben, ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:  
Zuerst haben wir nicht einmal das Dach hergerichtet!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Das Dach haben wir auch hergerichtet, Herr Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:  
Aber erst nach 5 Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Gar nicht, bevor es eröffnet worden ist, haben wir das Dach hergerichtet, im Zuge der Sanierung ist auch das Dach hergerichtet worden. Das kannst im Protokoll der damaligen Gemeinderatssitzung nachlesen.

Jetzt haben wir das privatisiert, das haben wir privat verpachtet. Mit welchem Erfolg denn? Nicht die Stadt hat da versagt, sondern das Private hat da versagt. Und bei der Christkindlwelt ist auch der Private gekommen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Ing. Wolfgang Hack

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Christkindlwelt haben wir auch privatisiert, der ist mit einer Glanzidee gekommen. Da werden die Autobusse mit den Japanern und Leuten aus den asiatischen Ländern in Scharen kommen, wenn sie von Salzburg nach Wien fahren und das wird dort ein Boom sein. Nur die Privaten haben das falsch eingeschätzt, nichts ist es geworden.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Wir aber auch!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Entschuldige, irgendwo muss man sich ja orientieren, weil wenn wir etwas machen, dann sagt Ihr ja auch, das ist ein Pfus, jetzt haben wir uns an Private orientiert, nichts funktioniert mit den Privaten. Da würde es viele andere Beispiele geben, da braucht man nicht das anschneiden, was Sie gesagt haben. Die Pleiten in den letzten Jahren waren katastrophal und das waren nicht die, die Sie gemeint haben.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sparen Sie sich das, das haben Sie uns eh gerade in den letzten Jahren gezeigt, was sie können. Eines ist natürlich auch klar, es ist nicht unsere Politik, das habt Ihr uns jetzt eh vorgezeigt, diese rechte Hälfte, alles was nicht niet- und nagelfest ist, ist verscherbelt worden. Eine Sauerei bis dorthinaus, wie da mit dem Volksvermögen umgegangen wird, das ist sträflich. Der Wahltag ist aber eh Zahltag.

Jetzt glaubt Ihr, jetzt sollen wir das selbe tun.

Jetzt zum Wirtschaftshof; wieso sich das über die Jahre hinweggezogen hat, das wissen wir alle herinnen ganz genau. Ursprünglich war die Idee, dass dort die Produktionsschule hinkommt, das hat sich auch über einen längeren Zeitraum hingezogen. Also ursprünglich war die Idee, das wir das dort drunten verkaufen. Da hat es mit zwei Interessenten Gespräche gegeben, eine davon war die Raika; da haben wir gesagt, okay, das könnte was werden. Dann ist uns die Produktionsschule in die Quere gekommen. erinnert euch, liebe Kollegen der Grünen, ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Entgegengekommen!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, ich sage jetzt in die Quere gekommen – im Wirtschaftshof, weil ursprünglich die Idee der Produktionsschule im Stadtgut war.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da war der Fiel dagegen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die Diskussion hat sich natürlich auch eine Zeit lang hingezogen und dann hat der Fiel gesagt, dort geben wir das nicht hin. erinnert euch an die Debatten, bis hin zum Schloßgangl, ob wir das mieten usw., da haben wir monatelang darüber diskutiert. Dann haben wir gesagt, in den Wirtschaftshof. Da hat es dann Planungen und Überlegungen gegeben und das hat sich auch über einige Zeit hinweggezogen, es ist halt nicht alles so schnell gegangen, gut Ding braucht Weile. Das muss ja auch anständig vorbereitet sein, um nicht nachher wieder den Vorwurf zu bekommen, da habt Ihr wieder eine Husch-Pfus-Lösung zusammengebracht. Dann hat sich wieder die Raika interessiert, das war nämlich auch eingeschlafen, die haben sich auch nicht mehr gerührt gehabt, ob sie das wollen oder

nicht, auf jeden Fall ist die Raika wiedergekommen und hat die Diskussion wieder frisch angeleiert, ob das nicht zu kaufen wäre usw. So haben also die Diskussionen stattgefunden und dann ist ein Unheil hereingebrochen und es ist uns eine Decke eingestürzt. Ein Unheil, weil wir dann von der Planung Produktionsschule abgewichen sind und gesagt haben, die Produktionsschule ist besser im Gaswerkareal. Die selber haben sich das gewünscht, weil dort die Investitionen zu teuer wären. Jetzt haben wir wieder angefangen zu verhandeln, verkaufen wir das ganze Areal – und wenn Zahlen in die Diskussion eingebracht werden, dann müsst Ihr schon wissen, von welchen Zahlen wir reden. Wir reden von Euro 700.000,-, was damals zum Erwirtschaften gewesen ist, da muss man wissen, um welche Fläche es denn geht. Geht es um das gesamte Areal, oder geht es um die unverbaute Fläche und nicht um die verbaute Fläche, weil ursprünglich war die Idee, dass wir den Wirtschaftshof nicht verkaufen. Da ist es nur um die unverbaute Fläche gegangen und die verkaufen wir um das Geld immer. Wir haben das Gespräch und die Verhandlungen mit der Raika aber um den Verkauf des gesamten Areals geführt, damit wir auch den alten Wirtschaftshof weiter haben und das nicht ein Anhängsel ist. Da haben wir monatelang intensiv darüber diskutiert und verhandelt und dann haben wir Zahlen gehabt, über die man sich grundsätzlich einig war. Grundsätzlich sind wir uns einig gewesen, wir haben es zwar noch nicht vereinbart gehabt, aber grundsätzlich waren wir uns einig, das waren die Euro 1.180.000,- und dann ist die Raika nicht mehr dazu gestanden. Das war eh schon ein sehr moderater Preis, wenn man so die Grundpreise im innerstädtischen Bereich kennt. Erinnerst euch an die Debatte Grundpreis bei der Sporthalle, Reithoffer usw. Also, das war ein moderater Preis, aber okay, wenn wir es verkaufen, dann verkaufen wir es. Einige Wochen später ist das Angebot dann nicht mehr gültig, gehen wir runter auf die Euro 1.050.000,-. Dann haben wir gesagt, auf das werden wir uns nicht einigen können, da haben wir natürlich schon die Verantwortung, für den Grund und Boden und das Eigentum der Stadt, den bestmöglichen Preis zu erzielen, das ist unsere Aufgabe und das sehe ich auch als meine Verpflichtung als zuständiger Referent. Da kann ich nicht sagen, der Erste, der kommt, soll es gleich haben, nur damit es weiter ist, dass ich im Gemeinderat meine Ruhe habe. Die hätte ich sowieso nicht gehabt, weil wenn wir es nämlich um den Preis verkauft hätten, dann hättet Ihr ausgerechnet, wie viele Quadratmeter sind das, das sind nämlich über 14.000, dann hättet Ihr gesagt, um Euro 70,- gibst du den Grund her, du hast einen Vogel und hättet mich dann genauso kritisiert.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:  
Das hätte ich mir nie zu sagen getraut!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Aber du hättest es mir in dieser Form über die Zeitung ausrichten lassen, weil dann hättest du mir nicht in die Augen schauen müssen und dann wäre es dir egal gewesen.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
So ist das, der Preis, den wir da erzielen können, der ist zum jetzigen Zeitpunkt ein Preis, den wir nicht akzeptieren können, da muss man sich überlegen, den Kopf schief halten und gut nachdenken, welche bessere ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:  
Darum, neu ausschreiben!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Warte mal, das habt eh Ihr schon vermässelt, wenn Ihr schon sagt, Ihr seid mit Euro 1.050.000,- eh zufrieden, dann brauch ich nicht mehr ausschreiben, wenn ich solche Debatten in der Öffentlichkeit führe. Wenn ich sage, ich verkaufe mein Auto um 100.000,- Schilling, ja dann wird einer kommen und sagen du bekommst 120.000,- Schilling, solche Kopfschüsseln laufen nicht viele herum.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
So spielt sich die Debatte bei uns ab; wir transportieren die Preise draußen in der Öffentlichkeit und dann reden wir geschwollen daher und sagen wir sollen es neu ausschreiben, um einen besseren

Preis zu erzielen. Eines ist schon klar, den Preis, den wir da bekommen, Euro 70,-- für einen Grund in dieser Lage, das ist ein Spottgeld dafür. Das war die Überlegung, dass ich dann als zuständiger Referent gesagt habe, da müssen wir noch einmal neu überlegen – erstens haben wir nicht unbedingt einen großen Handlungsbedarf ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, das ist der Blank Karl, der mit dem weichen B. Wir werden das ja in den nächsten Monaten erleben, wenn der Herr Bürgermeister den Rechnungsabschluss über das Jahr 2005 bringt, da werdet Ihr ein bisschen anders dreinschauen, weil wir weit entfernt davon sind, dass wir blank sind. Wir werden nicht blank sein.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Um wieder zum Ernst zurückzukommen, ich glaube die Verantwortung haben wir, dass wir nicht Grund und Boden um jeden Preis verschleudern, wir müssen uns einfach bemühen, das Bestmögliche herauszuholen und da gibt es noch Überlegungen, da gibt es Gespräche mit der Stadtplanung, wie schaut das aus, was kann man da tun. Es war nur eine Überlegung von mir, dass man das dort möglicherweise parzelliert, es ist ein sehr attraktives Baugebiet, es ist dort unten eine schöne Siedlung. Da kann man sich das dann überlegen, was man mit dem Wirtschaftshof noch tut, wir könnten ihn selber noch einmal benötigen. Bevor ich aber das Ganze um einen billigen Preis verscheuere, warte ich noch einmal, weil das Geld, das wir jetzt angeboten bekommen, das bekommen wir immer noch dafür. Weil wenn man den Preis nur auf die verbaute Fläche umrechnen würde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin kein Makler, kein Hausbesitzer und kein Händler, aber dass ich Euro 13,-- für die verbaute Fläche bekomme, für die Fläche, wo der Wirtschaftshof jetzt draufsteht, da finde ich jederzeit jemanden dafür. Also, da sind wir gut beraten, dass wir uns das noch einmal anschauen, wobei ich das nicht ausschließe, dass wir wirklich noch einmal den Schritt machen und sagen, schreiben wir noch einmal aus, das möchte ich nicht ausschließen, aber vorweg sollten wir uns noch einmal überlegen, wie können wir das möglicherweise noch besser verwerten. Es ist z. B. noch gar nicht intensiv darüber diskutiert worden und es ist auch offiziell noch gar kein Antrag auf Abbruchgenehmigung des Wirtschaftshofes gestellt worden. Es ist das Bundesdenkmalamt ja nur mit dem Einbruch der Decke beschäftigt worden, was sie dort sagen und sie sagen denkmalgeschützt, aber wenn man den Antrag auf Abbruchgenehmigung stellt, dann gibt es natürlich andere Diskussionen. erinnert euch, die GWG hat ja die Erfahrung gemacht, das weiß die ÖVP, weil sie ja im Aufsichtsrat der GWG sitzt, draußen im Aicht ist auch der Hof, das Gebäude ist unter Denkmalschutz gestanden, der Pfarrhof, die GWG hat das dort betrieben, es hat da den Antrag gegeben, intensive Verhandlungen und jetzt ist der Denkmalschutz dort gefallen, die GWG kann das Haus dort wegreißen und es kann eine vernünftige Planung stattfinden. Wenn eine solche Entwicklung möglich wäre – und das möchte ich zumindest probiert haben, ob so etwas denkbar ist, weil wenn das unter Denkmalschutz steht, dann muss es ja auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung darüber geben, die Verantwortung hat ja auch das Bundesdenkmalamt und dann muss man sich das anschauen, was da herauskommt. Und sollte es wider Erwarten möglich sein, dass man dort so etwas zustande bringt, dann schaue ich mir an, was Ihr sagt. Wenn die Raika jetzt den Grund kauft und sie hätte das betrieben, den Denkmalschutz weg zu bekommen und reißt das Haus dann weg, dann hättet Ihr gesagt, der Bremm ist ein schöner Koffer. Jetzt haben wir dort aufgrund seines Antrages im Gemeinderat den Grund um Euro 70,-- verkauft, in einem Gebiet, wo der Grund in Steyr normalerweise Euro 200,-- wert ist. Wir wollen den Preis nicht treiben, aber der Wert wäre auf alle Fälle da und das ist die Überlegung. Da ersuche ich auch um Verständnis dafür, weil ich wie gesagt diesen Weg, neu auszuschreiben, nicht ausschließen möchte, aber zum jetzigen Zeitpunkt ist es verfrüht. Eines muss man halt bei solchen Dingen machen – Ihr habt ja doch eh alle – zumindest du, Kurt Apfelthaler und du, Hans Payrleithner, große Liegenschaften ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir, die wir in den Wohnungen sind, Roman, haben natürlich nicht so eine Ahnung davon, aber bei solchen Geschäften muss man Geduld haben und darf das nicht über das Knie brechen. Es gibt überhaupt keinen Anlass dafür, dass wir da in Hektik ausbrechen.

Und zum Reithoffer muss ich natürlich auch noch dazu sagen, das ist auch diskutiert worden, bei den Fraktionsvorsitzenden ist über das Reithofferhaus berichtet worden, was dort hineinkommen soll, wie

die Vorstellungen sind und Ihr wisst alle ganz genau, dass da die Planungen in Arbeit sind. Das weiß man und da braucht man nicht so tun, wir haben das auch im Ausschuss für Schule und Sport berichtet. Ich muss ehrlich sagen, das ist nicht fair, wenn man sich da im Gemeinderat herstellt und immer sagt, wir wissen nichts.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Im Stadtentwicklungsausschuss hat der Herr Mag. Zineder gesagt, das geht Sie nichts an!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Geh, das ist doch inzwischen schon lange aus.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Herr Hack, sie müssen mit ihren Fraktionskollegen ein besseres Netzwerk aufbauen. Die sagen Ihnen nicht alles, da ist irgendein Fassgeruch dabei.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Na wirklich wahr, wir haben bei den Fraktionsvorsitzenden, Brigitta du weißt das, darüber berichtet.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Zur Kenntnisnahme weitergeleitet!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist berichtet worden, was die Überlegungen seitens der Stadt, der Verantwortlichen, dort ist. Und sich dann herstellen und sagen – wie haben Sie es genannt, möglicherweise gesundheitlichen nicht ganz so ... also das ist keine Ebene, auf der wir diskutieren können. Genau die selben Leute gehen jetzt rauf ins Gesundheitsamt und das sind nicht alle diejenigen, die vielleicht möglicherweise einen Krankheitsvirus in sich haben und die treffen sich auch vor der Tür und steigen gemeinsam in den Autobus. Natürlich wird man dort vorsorgen, wenn man diese Abteilung dort hineingibt, dass da auch ein Bereich ist, wo da kein Problem sein kann, wo es keine Ansteckungsgefahr gibt. Aber so ist das nicht, wir werden da eine ordentliche Planung auf den Tisch legen und das wird auch etwas Vernünftiges werden und vor allem werden wir dort auch eine vernünftige wirtschaftliche Nutzung machen.

Wie es beim Schlossparkpavillon weitergeht, das können wir nicht sagen. Nicht die Stadt ist jetzt vor einer Versteigerung, sondern ein Privater ist dort vor einer Versteigerung. Das muss man mal abwarten, ob es wirklich versteigert wird.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

... wirtschaftlichen Nutzung des Reithoffers, bitte die wirtschaftliche Entwicklung der Innenstadt zu berücksichtigen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das ist auch berücksichtigt. Damals wie wir geredet haben, diejenigen, die schon länger da sind, können sich daran erinnern, wie wir gesagt haben, zweites Amtsgebäude Bauernkammer, das war noch vor Ihrer Zeit, Herr Hack, da waren wir alle der Meinung, dass das zweite Amtsgebäude Bauernkammer eine gescheite Lösung wäre. Da waren wir alle einer Meinung und da hat es auch schon einen Stadtplatz gegeben.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Bauernkammer wäre eh gescheiter gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Bauernkammer hätte Ihnen auch gepasst, nicht wahr.

Herr Bürgermeister, ich ersuche um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es geht um den Antrag der Freiheitlichen, wo der ehemalige Wirtschaftshof neuerlich zum Verkauf ausgeschrieben werden soll. Wer dafür stimmt, dass dieser Bereich neuerlich zum Verkauf ausgeschrieben werden soll, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, FPÖ, Bürgerforum. Wer ist dagegen? SPÖ. Stimmenthaltung? 3 Grüne. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Bei meinem nächsten Antrag geht es auch darum, dass die Gemüter etwas intensiver werden, da geht es um einen Antrag der Grünen und zwar um die Erstellung eines umfassenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde. Ich möchte gleich vorweg darauf hinweisen; es ist halt immer so mit den Konzepten, die kosten ein Schweinegeld und in der Regel weiß man, dass dabei nicht weiß Gott was herauskommt. Ich möchte nur die Gelegenheit nützen, das schon aufzuzeigen und aufzuzählen, welche Aktivitäten seitens der Stadt in diesem Bereich schon betrieben worden sind, was schon alles gemacht worden ist, weil es die ganzen Punkte, die hier gefordert werden, im Wesentlichen beinhaltet. Wir haben eine Umweltenergieberatung, wir haben eine Bereitstellung von Energieverbrauchsmessgeräten für private Haushalte, Ausbildung und Schulung von Mitarbeitern im Bereich Energieeffizienz und Energiesparpotentiale, also gerade in dem Bereich haben wir eine Ausbildung, Energiebuchhaltung und Energiebilanzen für städtische Objekte, Erfassung von Energieverbrauch, Statistiken und Vergleiche, Verbesserung der Wärmedämmung bei städtischen Objekten, Anbringung von Vollwärmeschutz, das haben wir gerade zuerst bei zwei städtischen Gebäuden beschlossen, Austausch von Fenstern, wo also nicht nur auf Lärmschutz, sondern auch auf Energieverbrauch geschaut wird, Einbau von Anlagen zur Steuerung und Optimierung des Energieverbrauches in städtischen Objekten. Gerade im Rathaus haben wir im vergangenen Jahr und in den letzten Monaten die Heizkörper großteils ausgewechselt, wo dann auch Ventile sind, wo man mit Thermostaten regeln kann, also auch in diese Richtung. Erneuerung der Heizanlagen in städtischen Objekten, Einbau der neuesten Brennwerttechniken, Optimierung aller Haustechnikanlagen in Bezug auf Energieverbrauch, Errichtung von Solaranlagen im Bereich städtischer Objekte, aber vor allem auch, dass wir da Förderungen bezahlen, also dass die Solaranlagen dementsprechend gefördert werden. Wir haben im Stadtbad, Gas- und Wasserwerk Solaranlagen, auf der Sportanlage Rennbahn, beim Tennisplatz und bei der Wassergewinnung haben wir auch dementsprechende Erneuerungen; Ausbau und Optimierung der Fernwärme der GWG, aber auch andere Wohnungsträger, Generalsanierung von Wohnbauten, auch im Hinblick auf Energieeinsparungen. Also, da ist unsere eigene GWG in den letzten Jahren vorbildlich gewesen, wenn man so schaut, wie die Wohnungen alle saniert worden sind, auch nach den energiepolitischen Gesichtspunkten. Kontinuierliche Umstellung des städtischen Fuhrparks auf treibstoffsparende, umweltfreundlichere Fahrzeuge. Wenn wir heute Autobusse, LKW's kaufen, dann ist Voraussetzung dass Eurovierausstattung ist, Erneuerung der Straßenbeleuchtung, Verwendung von energiesparenden Lampen und Optimierung der Ein- und Ausschaltzeiten, Erneuerung der Versorgungsleitungen zur Verringerung von Leitungsverlusten, Einsatz von energiesparenden Verfahren im Tiefbaubereich, z. B. ausgrabungsfreie Verfahren bei Leitungsverlegung und Sanierung, Verwendung von Recyclingmaterial für den Straßenunterbau und damit Schonung der Rohstoffressourcen und Einsparung der für die Rohstoffgewinnung notwendigen Energie, Überlegungen zum Thema Biomasse, Heizkraftwerke im Nahbereich Stadtgut, da haben wir gerade die Tafel gesehen, schönes Foto, Kurt Apfelthaler, bist gut darauf getroffen.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, ich habe jetzt nicht aufgelistet und aufgezählt, was jetzt seitens der Grünen verlangt wird, weil das ist wesentlich weniger, als das was wir jetzt schon machen. Das alles, was ich jetzt da aufgelistet habe, das was in unserem Haus schon alles gemacht wird, was wir eh schon alles tun. Ich will damit ja nur argumentieren, wenn wir jetzt eine Studie machen lassen, dass das in Wirklichkeit nur ein Papier ist, das dann nur irgendwo herumliegt, weil wir eh schon selber sehr energiebewusst denken. Und zur Überlegung zum Thema Biomasse, Heizkraftwerk, sind wir eh schon in Gesprächen, ich glaube auch, dass es sinnvoll und zweckmäßig ist – der Herr Bürgermeister und ich haben ja Gespräche mit den Vertretern des SWH geführt, also das ist Strom und Wärme aus Holz. Ob ein Biomassekraftwerk sinnvoll ist, ich glaube, dass man sich in Anbetracht der Energieentwicklung für solche Dinge interessieren muss, dass es gescheit wäre, wenn wir da ein zweites Standbein neben unserem Gaswerk zustande bringen, aber es ist natürlich ein weiter Weg dorthin. Wenn man da gelesen hat, im Volksblatt ist ja auch darüber berichtet worden, Investitionssummen für so eine ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, weil ich ja den Pressespiegel bekomme, sonst nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist natürlich ein weiter Weg dorthin, 50 Mio. Euro Investition für so ein Werk, das muss alles erst einmal ein wenig Form bekommen, aber wir sollten, glaube ich, für solche Diskussionen aufgeschlossen sein, es gibt dazu ja ein konkretes Projekt. Wir werden da in den nächsten Monaten von diesen Betreibern informiert werden, wieweit dieses Projekt ausschaut und werden dann darüber auch diskutieren. Darüber hinaus, umfangreiche Abfalltrennsysteme mit Sammelmengen und hoher stofflicher und thermischer Verwertungsquote, das da auch mit in diese ganzen Umweltthemen hineinspielt und der Beitritt zum Klimabündnis und dass man mit denen auch Kontakte und gemeinsame Veranstaltungen durchführt, auch diesen Schritt haben wir gemacht. Also, wir haben hier eine Menge an Aktivitäten, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dadurch glauben wir, dass die Erstellung eines umfassenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt nicht notwendig ist, solche Studien kosten ja dementsprechendes Geld und es würde dabei nichts anderes herauskommen.

16) Präs-161/06 Antrag der Grünen Steyr betreffend Erstellung eines umfassenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde

Antrag an den Gemeinderat

laut § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Erstellung eines umfassenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein Energie- und Klimaschutzkonzept für Steyr in Auftrag zu geben. Ein solches Konzept soll beinhalten:

- Erhebung des Energieflusses in der Gemeinde
- Feststellung der Energiesparpotentiale
- Feststellung der Ökoenergie-Potentiale
- Festlegung einer lokalen Energieeffizienzstrategie (Zeitplan)
- Festlegung von Klimaschutzzielen (Klimabündnisgemeinde)

Dazu soll die inhaltliche Betreuung und Begleitung des OÖ Energiesparverbandes in Anspruch genommen werden und den Richtlinien für das Energiespargemeinden-Förder-Programms (EGEM) des Landes Oberösterreich entsprochen werden um entsprechende inhaltliche und finanzielle Unterstützung des Landes für dieses Gemeindenenergiekonzept zu erhalten.

Das Konzept wird öffentlich ausgeschrieben.

Begründung:

Das Ende des Erdölzeitalters hat begonnen. Der Ölpreis hat sich in den letzten beiden Jahren verdreifacht. Das Erreichen des Maximums der Ölförderung („peak oil“) ist nur mehr eine Frage der Zeit. Aufgrund von weiter steigender Nachfrage nach Öl und Gas werden die fossilen Brennstoffe immer teurer werden. Alleine schon aus Kostengründen zahlt es sich für die Gemeinde aus, die Einsparungspotenziale zu prüfen und umzusetzen.

Die Gemeinde kann durch die Prüfung und Umsetzung von Energieeffizienzpotenzialen einen wertvollen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Wertvoll nicht nur durch die dadurch erzielbare CO<sub>2</sub>-Reduktion sondern auch wegen der Vorbildwirkung für die Bevölkerung.

Gleichzeitig werden mit Investitionen in Ökoenergie und Energieeffizienz zukunftsweisende Wirtschaftsbereiche gefördert, die viele neue, sichere Arbeitsplätze in Österreich schaffen.

Darüber hinaus wäre die Umsetzung eines umfassenden Energiekonzeptes ein wichtiges umwelt- und energiepolitisches Signal gegen die Nutzung von Atomkraft.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, Diskussion zu dem Thema, gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wenn ich deinen Ausführungen folgen darf, dann denke ich mir – zumindest beim ersten Teil – du hast den Antrag nicht gelesen, weil kein Mensch wollte eine Studie haben. Ich weiß nicht, wo du dir das in dem Schreiben herausgezuzelt hast, weil kein Mensch sagt, wir brauchen da eine Studie. Wobei ich noch darauf hinweisen darf, wir haben jetzt eine Reihe von Studien gemacht, weil du immer sagst, eine Studie ist ein Schmarren, wir haben eine Verkehrsstudie, einen Kulturplan, eine Stadtentwicklung, da haben wir lauter Studierte dorthin getan und das hat dann letzten Endes auch gepasst, also so schlecht ist das dann ja auch nicht. Aber wie gesagt, ich will ja gar keine Studie, ich will, dass wir unsere Hausaufgaben machen, das können wir auch locker vom Hocker machen, ohne dass wir da irgendein Universitätsinstitut bemühen müssen, weil wenn wir uns ein bisschen damit beschäftigen täten, dann kämen wir eh darauf, dass vieles in dieser Gemeinde, wenn man nur will und wenn man nicht sagt, pfui gack, das ist Grün oder was weiß ich, dann könnten wir viel tun.

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Gerhard Bremm

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was, wem ist das Gesicht eingeschlafen?

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Außerdem hast du ja geredet und nicht ich.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

So, wenn man sich ein bisschen damit beschäftigen täte, dann käme man darauf, dass viele Dinge auch im Hause zu erledigen wären. Da geht es einmal darum, um Ideensammlung, da brauche ich keinen Universitätsprofessor, um eine Istanalyse, was gibt's in der Gemeinde, wie hoch ist z. B. der Verbrauch der Hauptschule Tabor, das hätten wir alles im Haus. Was sind unsere Stärken, wie schaut es bei den Unternehmungen aus, wer könnte unter Umständen umsteigen und dann gibt es eine ganze Palette von Dingen, da brauche ich kein Universitätsinstitut oder sonst irgendjemanden, ich bräuchte nur wollen und dann müsste man ein Ziel formulieren, das unter Umständen lauten könnte, 1 % Energieeinsparung pro Jahr usw., man müsste nur hergehen und es tun. Wir sind seit 3 Jahren beim Klimabündnis dabei, dann hat es eine leise Hoffnung gegeben, vielleicht gelingt uns das mit der Wasserstoffgewinnung und Bioenergie, das ist aber leider Gottes nichts geworden, die Stadt hat für das kein Geld gehabt und jetzt frage ich mich ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Oder zuwenig!

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Gerhard Bremm

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, die bösen Privaten. Du zitierst immer die „Saudörfeln“ rund in der Gegend, aber wenn du dir anschaust, was rundherum in dieser Sparte passiert, dann frage ich mich, was ist denn Steyr eigentlich. Das ist ja manchmal wirklich zum Heulen, dass ...

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Oder ich erinnere dich da an das Windrad dort oben, das war derartig pfui gack, da hat man argumentiert, dass das dort oben das Weltguterbe, oder was weiß ich was, gefährdet. Wenn du dir anschaust, Rust ist Weltkulturerbe und genau neben Rust gibt es 20 bis 30 Windräder, nur bei uns oben hat man sich aufgeregt.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Also, man hat das Gefühl in Steyr, die sind bis daher in Öl und man gibt Gas in die falsche Richtung. Ich verstehe schon, dass es natürlich Ängste gibt, das ist mir schon klar, wir verkaufen Gas in den Stadtwerken, nur ein bisschen Anschluss an das 21. Jahrhundert sollte man schon erwischen. Anläufe diesbezüglich hätte es ja schon gegeben und wenn wir das alles irgendwie delegieren bzw. sich nicht da anhängen, .... ich verstehe dich nicht, du bist eigentlich ein gestandener Sozialdemokrat, eigentlich immer gewesen, unverwechselbar, bei dir hat man nie gemunkelt und deinem Klientel mutest du eine Energiezufuhr zu, die erstens irgendwann einmal jenseitig wird, wie jeder Fachmann sagt, die Kosten gehen enorm in die Höhe und du gehst her und sagst, da brauchen wir nicht sparen, da überlegen wir uns nichts. Du mutest deinem eigenen Klientel, Münichholz, Tabor, Ennsleite zu, dass die weiterhin für die fossile Energie setzen müssen, dass Heizen irgendwann einmal zum Luxus wird und in Ternberg, Trattenbach oder sonst irgendwo beschweren sie sich, weil sie zuwachsen. Du hast die Energie vor der Haustür und sagst, Moment einmal, haben wir alles schon gemacht, wir machen alles super bei uns, gar keine Idee davon, geschweige denn eine Studie, wo kommen wir denn da hin. Also bitte, das müsste dich doch bewegen, es ist eigentlich absehbar, das Gas war einmal eine Alternative zum Öl, jetzt sind wir schon klüger und jetzt müssten wir uns als Hochtechnologiestadt überlegen, dass wir auf das verzichten, von was sich die Saurier früher ernährt haben. Dass wir auf das verzichten, dass wir sagen, welche Möglichkeiten bestehen und welche Hausaufgaben könnte die Stadt erledigen, ohne dass es heißt, dass es Grün oder sonst was ist, von dem er ja angeblich so eine Schreckensversion hat.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Auf der anderen Seite müsste man überlegen, welche Nachhaltigkeit erzeuge ich mit diesem Projekt, oder ich erzeuge keine Nachhaltigkeit und kann mich dann in 10 oder 15 Jahren abwatschen lassen, weil diese Verantwortung trägst du noch als Politiker, dass wir eine Strömung übersehen haben, oder einfach nicht wollen haben, wo sich dann die nächste oder übernächste Generation darüber beschwert, weil die werden es dann teuer bezahlen müssen, glaube ich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Darf ich dich zwischendurch etwas fragen? Wir sind jetzt schon so lange beim Klimabündnis, da zahlen wir jedes Jahr mehr als Euro 5.000,--, davon wird ja die Hälfte für Verwaltung verbraucht, aber die andere Hälfte, da könnten wir doch einmal einen Auftrag an diese Klimabündnisgemeinde geben, dass diese uns einmal ein Konzept machen. Das dürfte uns keinen Groschen kosten. Das ist meine Meinung, da hätten wir sicher einmal was davon.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Weißt du um was es geht, Herr Bürgermeister? Die werden uns kein fertiges Konzept liefern können, weil sie davon ausgehen, sie können uns unterstützen und sie geben maximal Euro 20.000,-- her, für so eine Bemühung, aber eines muss doch klar sein ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Euro 20.000,--, das ist eh ein fertiges Konzept.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist so wie, wie sparen wir in der Gemeinde z. B. Da muss es jemanden geben, der das politisch trägt und das von A bis Z durchzieht und nicht sagen, he, macht uns das, denn dann sind wir beim Vizebürgermeister Bremm, der da sagt, Studie oder was weiß ich was.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bring mir die vom Klimabündnis einmal.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich kann dir die Maßnahmen, die quasi so als Vorlage dienen, ich kann dich meinetwegen mit dem Energiesparverband zusammensetzen usw.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da brauch ich gar keinen Beschluss, weil das nichts kosten darf.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Walter Oppl

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber so weit daneben liegen Sie ja nicht, glaube ich.

Aber schaut euch doch einmal an, weil wir heute über Reithoffer geredet haben. Wie heizen wir denn Reithoffer, wie dämmen wir denn Reithoffer, was tun wir denn da? Wie heizen wir denn den Stadtsaal, jetzt renovieren wir und wie heizen wir da? Du hast zuerst gesagt, ja es wäre schon schön, wenn wir ein bisschen dämmen täten, aber innen ist es gescheiter. Also was jetzt, Henderl oder Ei? Weil in Wahrheit, was nützt es uns denn, wenn sich die Leute freuen, weil es innen schön ist und wir heizen die Energie beim Fenster hinaus. Wer soll denn das bezahlen? Dann gibt es ein Symposium, da bin ich wieder dort, wo es uns zeigt, Freunde Ihr müsst euch am Riemen reißen, Ihr müsst schauen, dass Ihr die Energie nicht beim Fenster hinausbläst.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT WALTER OPPL:

Wärmedämmung ziehen wir laufend und konsequent durch.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich bin am Ende.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf für meine Fraktion vorausschicken, dass wir diesem Antrag der Grünen die Unterstützung geben werden, vor allen Dingen was den Teil des Energiekonzeptes betrifft, das hier in diesem Antrag angeführt wird und zwar deshalb, weil wir ja selbst bereits mehrere Vorstöße in die Richtung gemacht haben, dass sich die Stadt künftig alternativer Energieformen bedienen möge, so wie viele andere Gemeinden auch, der Kollege Apfelthaler hat ja im Besonderen darauf hingewiesen. Wir haben in der Gemeinderatssitzung am 17. 11. 2005 konkret einen Antrag eingebracht, die einen oder anderen werden sich noch daran erinnern, und zwar haben wir auch auf die ständig steigenden Energiepreise und Rohölpreise hingewiesen und eben verlangt, dass man im Hinblick darauf diese Abhängigkeit zumindest zu einem Teil durchbrechen kann, sich auch in der Stadt Steyr Gedanken macht, um in allen Bereichen der Alternativenergie, Solarthermie, Biomasse, Kleinwasserkraftwerke und Windenergie auch etwas dazu beizutragen. Im Besonderen haben wir auch das, was vorhin genannt wurde, bezüglich der Energieversorgung Reithofferwerk angesprochen, ehemaliges Reithofferwerk und künftige Verwaltungs- und Ausstellungsgebäude, da hätte die Stadt Steyr wirklich die Möglichkeit, alternative Energien bereits einzusetzen. Wir haben aber weiters auch verlangt, dass sich die Stadtwerke als traditioneller Energieversorger mit dieser Thematik beschäftigt und auch in diesem Zusammenhang Konzepte ausarbeitet. Der zuständige StR Kollege Hauser nickt, wir haben das auch bereits im Ausschuss behandelt. Wie gesagt, es ist auch uns ein Anliegen und ein besonderes Anliegen ist mir noch – und das möchte ich auch zur Sprache bringen – die vorhin angesprochene Entwicklung was die Preise der Produkte vom Rohöl betrifft, Treibstoffe, Heizöle und weitere petrochemischen Produkte. Ein Beispiel, es ist ja im Grunde genommen eigentlich ein Skandal, was sich da abspielt, OMV rühmt sich, dass im Vorjahr 1,5 Mrd. Euro Gewinn erwirtschaftet wurde, hat bekanntlich im vergangenen Jahr ein Unternehmen, das sich mit derartigen Dingen beschäftigt, in Rumänien aufgekauft, die Zahl, was das gekostet hat, ist mir nicht mehr in Erinnerung, aber erst vor kurzem hat OMV auch in der Türkei wiederum ein Unternehmen, das sich mit Produkten der Erdölindustrie beschäftigt, angekauft und zwar geht es da um einen Anteil von 32 oder 34 %, um 885 Mio. Euro. Sagt aber gleichzeitig und betont das noch, dass die Produkte aus dem Erdöl sicher in gleichbleibender Höhe sein werden, wenn nicht sogar teurer werden. Also, in Wahrheit ist das wirklich ein Skandal und wie gesagt, daher wäre es sehr wichtig, dieses Monopol, diese Abhängigkeit zu durchbrechen. Ich kann nur ebenfalls einen Appell an die Stadt richten, in dieser Angelegenheit tätig zu werden, denn es ist ja wirklich so, man braucht ja nur ein bisschen außerhalb von Steyr die Augen aufmachen, Behamberg, glaube ich, das zweite Biokraftwerk ...

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Das kann man nicht vergleichen!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Na ja, Kollege Hackl, nicht böse sein, aber das ist ja ein Beispiel von vielen, das auch der Kollege Apfelthaler angesprochen hat, rundherum beschäftigen sich tatsächlich alle Gemeinden damit.

Danke, jetzt ist mir noch etwas eingefallen, ich habe es ja bereits ein paar Mal erwähnt, es gibt in Österreich Städte, in Burgenland gibt es eine Stadt, Güssing, die ihre gesamte Energie aus alternativen Produkten herstellt bzw. wie in vorhin genannten Bereichen abdeckt. Es gibt eine Reihe von tatsächlichen und nachvollziehbaren Vorzeigeprojekten, mein Fraktionskollege Dr. Zöttl hat ja im Zusammenhang des vorhin eingebrachten, von mir erwähnten Antrages, sehr deutlich auch darauf hingewiesen, ich möchte mich jetzt wirklich nicht ausbreiten, ich weiß die Sitzung dauert schon sehr lange, es gibt ja auch viele Möglichkeiten in der Fahrzeugindustrie entsprechende alternativen Ideen umzusetzen und es ist so, dass das teilweise natürlich erst in Zukunft greifen wird, aber es gibt große Ansätze bei Autobusunternehmen in Deutschland, die in größerer Anzahl bereits ihre Motoren umgerüstet haben und da wäre es halt auch gut, wenn die Stadt Steyr zumindest beginnen würde, Herr Kollege Hackl, auch tätig zu werden. Das wäre halt ein bescheidener Wunsch, nicht nur von mir, sondern ich höre das ja auch rundherum, dass auch die Bevölkerung sehr interessiert daran wäre. Ich bin jetzt am Schluss meiner Ausführungen und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
GR Gabath bitte.

**GEMEINDERAT WALTER GABATH:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich unterstützen wir diesen Antrag, aber ich persönlich möchte einige Jahre zurückgehen, in den Umweltausschuss. Ich glaube du, Herr Vizebürgermeister und du Kurt, ihr könnt euch noch erinnern, da habe ich persönlich, zwar nur mündlich, den Antrag gestellt, ist vom Umweltausschuss auch als Empfehlung entgegengenommen worden, dass man bei öffentlichen Gebäuden, bei Gebäuden der Stadt bei Renovierungen untersuchen, dass man darauf achten soll, alternative Energie usw. anzuwenden. Es können sich, glaube ich, noch alle daran erinnern, an die Diskussion über die Kultur- und Sporthalle am Tabor, da habe ich hier verlangt, dass beim Neubau dieser Halle Alternativenergie auf jeden Fall untersucht werden muss, das ist aber aus Kostengründen zurückgewiesen worden und ich bin der Meinung, wir sind jetzt bei einem Zeitpunkt angelangt, wo die Schmerzgrenze schön langsam erreicht wird und wir haben darauf zu achten, in Verantwortung für unsere Stadt, dass wir rechtzeitig auf diesen Zug aufspringen, dass wir alles untersuchen und alles unternehmen. Ich habe leider vor 3 Jahren auch – die Schmerzgrenze war noch nicht erreicht – in einem anderen öffentlichen Institut, da wollte ich bei der Heizungsrenovierung eine Pelletsheizung, aber die war trotz aller Förderungen nicht möglich; dreifache Investitionssumme und das ist sehr schwierig zu rechtfertigen, wenn man in einem öffentlichen Institut fremde Gelder vertreten muss. Aber ich bitte für die Zukunft, speziell dich, als Chef der Liegenschaften, in unserer Stadt in diese Richtung zu gehen.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**  
GR Frech bitte.

**GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, ich gebe dem Herrn Bürgermeister ja Recht, wenn er findet, oder sich die Frage stellt, wozu sind wir eigentlich beim Klimabündnis, weil im Endeffekt ist eines passiert, was ich befürchtet habe, über die Jahre, dass das dann so eine Alibiaktion ist, dass man sagen kann, wir sind jetzt beim Klimabündnis und das ist es. Nur es gibt halt auch so etwas wie eine Holschuld und das wäre eben das, dass wir uns viel stärker an dem Klimabündnis beteiligen. Ich kann mich erinnern, weil du sagst, Herr Bürgermeister, ja holen wir uns die; es hat, glaube ich, fast ein Jahr gedauert, bis die einmal da waren im Umweltausschuss, aber nicht weil die nicht wollten, sondern weil von der Stadt Steyr einfach niemand gekommen ist und das irgendwie aktiv eingefordert hat. Faktum ist, wir beteiligen uns eigentlich extrem wenig an diesem Klimabündnis. Seit wir dabei sind, gibt es auch unsere Teilnahme an dem autofreien Tag nicht mehr, also an diesem Mobilitätstag, das findet auch nicht mehr statt. Irgendwie ist das so, wir sind dabei und das reicht. Ich halte es für sehr dringend notwendig und überfällig, wenn ich mir jetzt den Antrag der Grünen anschau, Erhebung des Energieflusses in der Gemeinde, das müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Feststellung von Energiesparpotentialen, müsste ebenfalls eine Selbstverständlichkeit sein. Ökoenergiepotential usw., das heißt wir reden da im Prinzip über Selbstverständlichkeiten und dass man da sagt, dem verweigern wir uns, das brauchen wir eigentlich nicht, das ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn dann vielleicht noch das Kostenargument kommt, diese Dinge bringen vielleicht nicht auf den ersten Blick eine Einsparung, aber sicherlich auf Sicht gesehen, da gehe ich davon aus, im Sinne von Nachhaltigkeit, dass auch das, was dieses Konzept möglicherweise kosten wird, es längst hereingespielt wird. Ich denke mir, es dürfte kein großes Problem sein, so einem Antrag die Zustimmung zu geben, im Prinzip sind es Selbstverständlichkeiten und außerdem, wenn schon die SPÖ Mehrheit sagt, sie stimmt diesem Antrag nicht zu, dann denke

ich mir, sollte man zumindest hausintern alles tun, um diese Potentiale auszuloten und das ist bis dato, glaube ich, nicht passiert.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Stimmt nicht!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:  
Ja dann zeig es her!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Ich habe es eh vorgelesen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:  
Ja, vorgelesen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Aber ihr habt nicht zugehört!

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Mag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Aufpassen!

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
GR Hingerl bitte.

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:  
Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch ganz kurz zu Wort melden, aus folgendem Grund, weil ich mir denke, dass die Stadt Steyr, dass wir als Stadt Steyr hier ohne großen Wirbel zu machen, schon einige Leistungen erbracht haben, die einfach auch erwähnenswert sind. So wurde z. B. schon vor mehr als 8 Jahren auf einer Mülldeponie der Stadt Steyr eine Deponiegasgewinnungsanlage gebracht, dieses Gas gemeinsam mit dem Gas der Kläranlage zu einem entsprechenden Nutzen, einer Stromversorgung, einer Nahwärmeversorgung und zu einer weiteren Verwendung gebracht. Das ist eine Sache, die nicht üblich ist, es hat dafür mehrere Preise gegeben, die die Stadt Steyr auch vom Land Oberösterreich und von den klimatischen Preisen bekommen hat. In weiterer Hinsicht wird sehr viel von Materialien, die in der Stadt Steyr anfallen, wiederverwertet, zu einer Wiederverwertung, zu einer Weiterverwendung und wieder zu einem Recycling gebracht. Das sind alles Sachen, die nicht groß in irgendwelchen Konzepten udgl. gefordert, sondern umgesetzt werden. Das wollte ich nur ganz kurz erwähnen und ich denke, dass da sehr viel im Hintergrund geschieht, dass da sehr viele Ergebnisse kurz einmal nebenbei in den entsprechenden Ausschüssen gebracht werden und dass wir uns da überhaupt nicht schämen müssen, weil wir hier sehr viele Aufgaben von Anfang an mitmachen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:  
Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Stadtrat ...  
Zwischenruf: Vizebürgermeister!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:  
Ich war eh grad noch dabei; Herr Vizebürgermeister, lass mich ausreden.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:  
Herr Vzbgm. Gerhard Bremm, mich wundert es nicht, dass die Diskussion so gelaufen ist, wie sie jetzt gelaufen ist, mich wundert sozusagen auch eure Meinung nicht, weil beim Klimabündnis war es so ähnlich und was ich jetzt so gemerkt habe, so richtig überzeugt ist man ja nach wie vor nicht, dass

das ein guter Schritt war, dass man beim Klimabündnis dabei ist. Mir tut es ein bisschen Leid, weil man das sozusagen nicht nur immer in Steyr hört, sondern auch von außen. Warum machen andere Gemeinden, andere Städte Konzepte, Projekte, Investitionen in diesem Bereich, verkaufen das auch sehr gut nach außen, ist ja auch ein Standortfaktor und bauen sozusagen auch ein Image als Ökostadt auf. Ich will nur ein Beispiel bringen, Güssing ist schon erwähnt worden, aber es liegt gar nicht so weit, die Stadt Wels, wo es jetzt sogar einen Studiengang in der Fachhochschule dafür gibt und die neben der Energiesparmesse etc. auch mit großen Projekten in der Stadt investieren. Es ist am Beginn der Debatte so das Thema gekommen, schon wieder so eine Studie, schon wieder etwas schubladisieren. Der Kollege Apfelthaler hat es erwähnt, es kommt halt darauf an, was man damit tut. Wenn wir in andere Bereiche schauen, und ich möchte wirklich die jüngsten Konzepte heranziehen, dann sind wir eigentlich nicht so schlecht gefahren. Wir haben vor einigen Monaten das Verkehrskonzept beschlossen und wir haben jetzt vor einer Woche einen Verkehrsausschuss gehabt, wo wir ...  
Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nein, das tu ich eh nicht, das muss eh erst umgesetzt werden, aber der nächste Schritt ist da, dass wir gesagt haben, aus diesem Verkehrskonzept leiten wir jetzt Maßnahmen ab. Demnächst, korrigiere mich Dietmar Spanring, werden wir im Gemeinderat einen Kulturentwicklungsplan beschließen, oder im Stadtsenat, begonnen sind die Arbeiten bereits geworden, wo wir uns die Leitlinien für die kulturelle Entwicklung geben, Stadtentwicklung etc. Warum ist das im Umwelt- und Energiebereich in dieser Stadt immer so schwierig? Warum ist das immer so schwierig, obwohl wir in dieser Stadt so viel Know-how haben, so viel Potential haben, und wie es einige Kollegen und auch du schon gesagt haben, es so viele gute Beispiele gibt, wo man eigentlich ansetzen und weiterarbeiten kann. Wir haben ein Technologiezentrum, wo sich einige Firmen damit beschäftigen, wo auch ein Schwerpunkt auf Umwelttechnik liegt. Wir haben eine Forschungseinrichtung hier in der Stadt, das ist die größte Forschungseinrichtung in Oberösterreich, die sich mit innovativen Energiesystemen auseinandersetzt. Von denen hören wir leider immer nur, es geht überall so gut, nur in Steyr ist es ein bisschen schwierig, zäh, da irgendwie mit unseren Ideen durchzukommen. Es ist auch in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen in diesem Gemeinderat sehr viel passiert in den letzten Jahren. Sehr viele gute Sachen im Öko- und Energiebereich, aber es gibt nach wie vor sehr viel zu tun und es gibt nicht nur diese Paradebeispiele Reithoffer oder Stadtsaal. Das sind Themen, die wir jetzt gerade haben, aber das weißt ja du als Liegenschaftsreferent, wir haben eine Menge an Liegenschaften im Besitz der Stadt Steyr, wir haben Schulen, öffentliche Gebäude etc. Wir haben aber auch einen Auftrag der öffentlichen Hand, auch was Ideen und Projekte betrifft, nicht nur was uns betrifft, sondern auch in den einzelnen Stadtteilen uns etwas zu überlegen. Wenn dann immer wieder gesagt wird, ja das betrifft aber nur sechs Häuser, oder vielleicht eine Parzelle, ja warum nicht? Warum denken wir in der Stadt nicht auch in kleinen Einheiten, dass man sagt, vielleicht versorgen wir halt einen neuen Stadtteil mit Ökoenergie. Versorgen wir vielleicht den Stadtteil Reithoffer mit Ökoenergie, versorgen wir den Stadtteil Krenngründe mit Ökoenergie. Das sind ja alles Schritte, die wir setzen können, um ein bisschen unabhängiger zu werden und nichts anderes fordern wir eigentlich. Nicht dass man jetzt sagt, das ist alles super und wir sind eh so toll, sondern dass wir endlich einmal auch festlegen – und da brauchen wir keine Studie, da brauchen wir nur die Leute nehmen, die sich in Steyr damit auseinandersetzen, dass wir uns einmal sagen und uns auch festlegen, in welchen Bereichen wir noch innovativ tätig sein können. Dass es da Bereiche gibt, das ist doch zweifellos klar. Aber was wir jetzt machen ist so, ja, wir machen ein Projekt, aber als erstes sparen wir eigentlich dann bei den Dämmgeschichten. Wir machen eine Siedlung, aber überlegen uns eigentlich da nicht, wie ist die Energiezufuhr, oder wie soll die Energiezufuhr sein, das kommt alles hintennach und das machen andere Gemeinden viel besser als wir. Darum auch ganz offensiv der Appell mit diesem Antrag, die Stadt Steyr muss sich da etwas einfallen lassen, weil sonst sind wir nicht mehr die Ökovorzeigestadt, sonst sind wir hintennach und die Unternehmen, die bei uns innovativ arbeiten, werden auch in Zukunft ihre tollen Projekte nur außerhalb umsetzen, aber nicht in Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also, ich glaube, man kann eigentlich sagen, wir tun in Wirklichkeit sehr viel, es wird aber nicht zur Kenntnis genommen. Ich habe das ja zuerst auflisten lassen, was wir eh alles an Themen haben, aber das will man ja nicht hören.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das stimmt ja nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Man sieht nur das Konzept ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:  
Das stimmt ja nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Man sieht nur das Konzept und schiebt alles andere beiseite. In Wirklichkeit braucht man nicht darüber reden, sondern es tun und das ist unsere Art, es zu tun, Gutes zu tun und nicht lange darüber zu reden, das ist nämlich wirksam. Es ist nämlich auch nicht alles ganz so einfach, dass man einfach sagt, nehmen wir die Krennsiedlung oder sonst eine Siedlung her und die versorgen wir einfach mit unserer Energie, wie wir uns das einbilden. Immerhin liegt das nicht in der Zuständigkeit der Stadt, so einfach ist das nämlich nicht. Wenn man dann so Landgemeinden als Vergleich hernimmt, also das hinkt schon gewaltig, dort sind halt Siedlungsgemeinschaften, die sich selber eine Heizanlage organisieren. Kein Mensch in Steyr hindert Siedlungsgemeinschaften sich eigene Heizsysteme zu organisieren. Kein Mensch hindert sie daran, ob das in der Lortzingsiedlung, in Münchenholz, oder bei den Knoglergründen ist ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
Schlühslmayrsiedlung!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Schlühslmayrsiedlung, das hat kein Mensch der Stadt verhindert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Wirklich nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Der Herr Bürgermeister hat sich intensiv dafür eingesetzt und bemüht, aber sie haben dann wieder eine andere Form gewählt.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:  
Nein, das stimmt nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Es ist ganz schlicht und einfach auf den Punkt gebracht; jeder, der vor der Entscheidung steht, welches Heizsystem, welche Technologie wähle ich zum Heizen, dann sagt er, was kostet es mir. Jeder macht eine Wirtschaftlichkeitsrechnung und sagt, was kostet es mir.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:  
Mittel- oder langfristig?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:  
Der Walter Gabath hat es eh zuerst gesehen. Mittel- oder langfristig, Heizsysteme sind eh nicht Jahrhunderte in Planung, sondern da redet man über Zeiträume von 15 Jahren, maximal 20 Jahre. Jeder hat die freie Entscheidung, wir hindern keinen Menschen daran, wir haben in unserem Förderungssystem drinnen, dass wir Solaranlagen fördern, da kann man vielleicht diskutieren, ob das noch ein bisschen intensiver geschehen sollte. Überhaupt nichts dagegen, aber es entscheidet jeder Hausbesitzer selber, wie er sein Haus heizt, du kannst ihn nicht zwangsbeglücken. Auch wir in der Stadt, bei unseren eigenen Gebäuden, da brauchen wir nicht irgendein Papier, wo wir nachschauen, was müssten wir tun, weil da wird jahrelang von unseren Fachabteilungen geschaut, welche Energieform wählen wir, dass wir unsere eigenen Gebäude beheizen. Letztendlich ist auch immer die wirtschaftliche Frage wieder im Vordergrund, dass sie halt sagen, alternative Energien sind wesentlich teurer, auch zum jetzigen Zeitpunkt noch, wie die herkömmlichen Energien. Obwohl man zu Steyr und dem Vergleich zu den Landgemeinden sagen muss, dass ja in Steyr in Richtung Umwelt von den Wohnungsgenossenschaften sehr viel getan worden ist, mit der Fernwärme. Wir haben ja alle großen Siedlungen, wo vor 15 bis 20 Jahren noch überwiegend der Hausbrand gewesen ist, zum Großteil an die Fernwärme angeschlossen. Das ist auch ein ganz wesentlicher Schritt für sinnvollen

Energieeinsatz und umweltschonende Energie gewesen. Ich habe auch gesagt, auch wir verschließen uns nicht vor Alternativen. Es ist ein konkretes Projekt, wir haben es ja auch im Umweltausschuss gehabt, da ist auch vom Dr. Ahrer darüber informiert worden und da haben wir gesagt, wenn es wirtschaftlich sinnvoll und machbar ist, dann wollen wir in diesem Projekt auch mittun und werden uns dem auch nicht verschließen. Wir sind da dabei, wir verschließen uns dem nicht, aber es muss wirtschaftlich auch vertretbar sein. Wenn du den Stadtsaal jetzt noch dreimal hernimmst, weil wir ihn jetzt zuerst innen und nicht außen herrichten, das mag eine Geschmacksache sein, aber es ist nun einmal so, es ist nicht mehr Geld da. Wenn wir das Geld hätten, dann hätten wir ihn innen und außen gemacht und wenn wir noch mehr Geld hätten, dann hätten wir überhaupt gleich einen neuen Stadtsaal gemacht, weil langfristig gesehen wäre das natürlich das Beste.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Wir machen ja neue Gebäude, wo wir auch nicht daran denken.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Das stimmt nicht, das muss ich massiv zurückweisen, das stimmt nicht, dass wir nicht daran denken. Jedes Projekt, das neu gemacht wird, wird von den Fachabteilungen, vom Hochbau untersucht und angeschaut, welche Heizanlage, wie beheizen wir, wie versorgen wir das Gebäude mit Wärme. Es ist halt dann die wirtschaftliche Überlegung ...

Unverständlicher Zwischenruf

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Ja eh, du brauchst ja das Geld nicht dazu bringen, da kann man ja locker vom Hocker reden, ist eh egal was es kostet. So spielt es leider Gottes nicht.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Aber es gibt ja bitte auch Betriebskosten, das wird immer wieder vergessen.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Das wird eh berechnet.

**GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:**

Wenn eine Gemeinde bei Schulen ein Nullenergie- oder Niedrigenergiehaus baut, bei uns machen wir das nicht, bei uns machen wir Nullachtfünfzehnplanungen.

**VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

Wir haben jetzt keine Schule gebaut, wir haben alte Schulen und jetzt sind wir dabei und das ist auch ein wesentlicher Beitrag, dass wir die Schulen sanieren. Wir haben vor ein paar Jahren ein außerordentliches Budget festgelegt, dass wir unsere Gebäude, unsere Schulen doch in wesentlichen Schritten sanieren, Wärmedämmung und Fenster. Wir haben ja auch über Energiecontracting nachgedacht, der Finanzdirektor, Herr Lemmerer hat sich mit dem intensiv beschäftigt, auch was man da mit dem Amtsgebäude tun kann. Die sind alle davongelaufen und haben gesagt, das ist kein Geschäft, das wollen wir nicht, das interessiert uns nicht. In den Schulen haben wir es probiert, um da schnellere Schritte zu machen; die wollen alle nur sofort cashen und wenn das nicht drinnen ist, dann nicht. So ist es Kurt, wir haben uns bemüht und das willst du nicht zur Kenntnis nehmen. Herr Bürgermeister, ich bitte um die Abstimmung.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Ich habe vielleicht noch eine Bitte, Kurt. Du hast damals, oder die Grünen haben damals gefordert, dass wir zur Klimabündnisgemeinde dazugehen und es ist heute von einer Holschuld gesprochen worden. Ich möchte da wirklich aussprechen, holen wir den Spezialisten von der Klimabündnisgemeinde her, diskutieren wir mit ihm auch das Thema Energiekonzepte für Steyr, weil da möchte ich wirklich auch einmal einen Schritt vorwärts machen, dass wir von dieser Summe, die wir hineinzahlen, auch ein bisschen etwas herausholen. Eine Bitte an dich.

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Grünen, zum Thema Energiekonzepte, Klimaschutzkonzept etc. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Grüne, Bürgerforum, FPÖ, ÖVP. Ist jemand dagegen? SPÖ. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde abgelehnt.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Vzbgm. Dietmar Spanring.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um das Kulturzentrum AKKU, um die Jahressubvention 2006. Das Kulturzentrum AKKU, vertreten durch den Obmann Prof. Helmut Schönleitner, ersucht die Stadt um die Jahressubvention 2006 zur Finanzierung und Aufrechterhaltung des laufenden Kulturbetriebes. Ich denke, ich brauche die profunde kulturelle Arbeit des AKKU nicht mehr weiter erläutern.

17) Fin-237/05 Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2006

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 27. Dezember 2005 wird dem Kulturzentrum AKKU Steyr, vertreten durch den Obmann Prof. Helmut Schönleitner, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Jahresförderung für das Jahr 2006 in der Höhe von

€ 30.000,-- (i.W. EURO dreißigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. – AKKU) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wortmeldung Herr Lengauer bitte.

GR Ute Fanta verlässt um 18.42 Uhr die Sitzung

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte nur den Kulturausschuss vor einer üblen Nachrede bewahren und mitteilen, dass wir für dieses Subventionsansuchen ein Ansuchen von AKKU genommen haben, das auf die 20-Jahr-Feier rückgewiesen hat, aber für das Jahr 2006 schon eine Subvention verlangt hat und jetzt erst, in der vergangenen Woche, das offizielle Ansuchen für das Jahr 2006 gekommen ist. Wir wollten dem AKKU aber einfach schnell helfen, daher haben wir das aufgrund des ersten Ansuchens bearbeitet und wir werden im Kulturausschuss das zweite Ansuchen der vergangenen Woche noch einmal behandeln. Ich möchte auch sagen, es ist jetzt bei dieser späten Zeit nicht sinnvoll, auf die großen Leistungen des AKKU's hinzuweisen, ich möchte nur noch sagen, was man beim AKKU einfach nicht übersehen darf, ist auch diese Jugendförderung gerade bei musikalisch Begabten. Dass AKKU mehr Geld brauchen würde, als wir geben können, das ist auch klar, aber ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön, Herr GR Lengauer, ich kann das nur bestätigen, AKKU macht hervorragende Kulturarbeit in Steyr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Kulturverein Röda. Mit Ansuchen vom 10. Jänner 2006 ersucht der Kulturverein Röda die Stadt Steyr zur Finanzierung und Aufrechterhaltung des laufenden Kulturbetriebes 2006 um Gewährung einer Jahressubvention.

18) Fin-238/05 Kulturverein Röda Steyr; Jahressubvention 2006

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 27. Dezember 2005 wird dem Kulturverein Röda Steyr, vertreten durch den Vorsitzenden Mario Werndl, 4400 Steyr, Gaswerksgasse 2, wegen Dringlichkeit gem. § 47 (5) in Verbindung mit § 46 (1) Ziffer 14, StS 1992, LGBL Nr. 9/1992, idGF. LGBI Nr. 1/2005, eine Jahresförderung für das Jahr 2006 in der Höhe von

€ 40.000,-- (i.W. EURO vierzigtausend)

gewährt.

„Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug ermächtigt.“

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. – Röda) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung FPÖ (Dr. Zöttl). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

**VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:**

Beim nächsten Punkt geht es um den Verein „Musikfestival Steyr“. Der Kulturverein „Musikfestival Steyr“ hat am 1. Dezember 2005 bei der FA für Kulturangelegenheiten um eine Projektförderung zur Durchführung des Musikfestivals Steyr 2006, das vom 27. Juli bis 13. August stattfindet, angesucht.

19) Fin-181/05 Verein „Musikfestival Steyr“ – Projektförderung 2006

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 27. Dezember 2005 wird dem Verein „Musikfestival Steyr“, vertreten durch die Präsidentin Eva Pöttl, p. A. Tourismusverband Steyr, 4402 Steyr, Stadtplatz 27, wegen Dringlichkeit gem. § 47 (5) in Verbindung mit § 46 (1) Ziffer 14, StS 1992, LGBl. Nr. 9/1992, idgF. LGBl. Nr. 1/2005, zur Durchführung des Musikfestivals Steyr 2006 eine Projektförderung in Form einer Subvention in der Höhe von

€ 36.500,-- (i.W. EURO dreißigsechstausendfünfhundert)

gewährt.

„Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug ermächtigt.“

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2006 auf der VA-Stelle 1/300000/757000 – Kulturangelegenheiten, Subvention Musikfestival Steyr – vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA-Stelle freigegeben.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

**VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:**

Beim nächsten Antrag geht es um eine Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung. Die Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr hat sich mit Schreiben vom 18. Jänner 2006 mit dem Ersuchen an die Stadt Steyr um Gewährung einer Subvention in der im Voranschlag der Stadt für 2006 vorgesehenen Höhe gewandt.

20) Fin-33/06 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 23. 3. 2006 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2006 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt Euro 30.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

Euro 30.000,-- (dreißigtausend) bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Beim nächsten Punkt geht es um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung.

21) Fin-46/06 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01-19; Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung, Gem. 300030/175-2006-Sec vom 23.1.2006; Änderung der Darlehenskonditionen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung vom 23.2.2006 wird der Ausdehnung des tilgungsfreien Zeitraumes für im Rahmen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung aufgenommene Landesdarlehen im Zusammenhang mit der Ausführung der Bauabschnitte 01-19 bis 2010 entsprechend dem Erlass der OÖ. Landesregierung, Gem. 300030/175-2006-Sec, zugestimmt.

Ich ersuche um entsprechende Zustimmung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Bevor ich meinen nächsten Tagesordnungspunkt vortrage, veranlasst mich der heutige Sitzungsverlauf des Gemeinderates zu folgender Feststellung: Wenn wir beginnen gesellschaftspolitische Einrichtungen, ob kulturell oder sportlich oder sozial, gegeneinander aufzurechnen, oder besser und treffender gesagt, gegeneinander auszuspielen, habe ich für die Weiterentwicklung dieser unserer Gesellschaft, für die auch wir in diesem Haus die gemeinsame politische Verantwortung, wie in der heutigen aktuellen Stunde festgelegt, tragen, große Sorgen. Und damit komme ich zu meinem Antrag. Museum Industrielle Arbeitswelt, Jahressubvention 2006. Die Geschäftsführung des Museum Industrielle Arbeitswelt hat beim Magistrat Steyr um eine Jahresförderung des genannten Museums für 2006 angesucht, damit der Verein seine laufend anfallenden Kosten fristgerecht und möglichst zinsfrei begleichen kann.

22) Fin-142/05 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2006

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 15. Februar 2006 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Gabriele Heger, für 2006 eine Jahresförderung in Form einer Subvention in der Höhe von

€ 180.000,- (i.W. EURO einhundertachtzigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2006 auf der VA-Stelle 1/360000/757000 – Museum, Subvention Museum Arbeitswelt – vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt eine Wortmeldung, GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. In kurzen sechs Punkten meine

Stellungnahme. Sie haben ja gesehen, dass im Kulturausschuss mehrheitlich ein positive Empfehlung war, unsere Fraktion, wir haben Nein gesagt.

I. Wir schätzen die österreichweit anerkannte und europaweit anerkannte und ich möchte fast sagen, weltweit anerkannte Arbeit im Museum Industrielle Arbeitswelt. Ich erinnere nur an die vielen Veranstaltungen, die völkerverbindend gehalten werden.

II. Wir haben auch Ja gesagt, wir haben es eigentlich gefordert, ein zweites Standbein im Museum Industrielle Arbeitswelt, nämlich auch als Veranstaltungszentrum. Auch hier möchte ich an die Veranstaltungen erinnern, die völkerverbindend sind. Natürlich, dass für manche Schüler dort Bälle nicht leistbar sind, ist eine andere Sache.

III. Wir haben die ganze Zeit zu der Subvention, die Euro 109.000,- betragen hat, immer wieder Ja gesagt, wir haben aber jedes Jahr, wenn eine Zusatzforderung gekommen ist, immer schon eingebremst und gesagt, wir stehen zu den € 109.000,-, aber alles was mehr ist, da müsste eigentlich das Museum Arbeitswelt schauen, dass man auch Geld hereinbringt.

IV. Wir haben nicht nur das Museum Industrielle Arbeitswelt, sondern wir haben auch unser Heimathaus, sprich Stadtmuseum, wir haben hier im Gemeinderat einen Stufenplan beschlossen, dieses Heimathaus Stadtmuseum weiter auszubauen. Wir haben im heurigen auf dieses weitere Ausbauen vergessen, das heißt, wir haben es nicht drinnen, sondern haben nur die unbedingt notwendigen Subventionsdinge für das Haus selber drinnen, aber nicht in diesem Stufenplan. Daher möchten wir als Zeichen, dass wir dem nicht zustimmen können, dass man von € 109.000,- auf € 160.000,- hinaufgeht und unser Heimathaus nicht beachtet, einfach ein Nein zu diesem Antrag geben. Ein kleiner Vorschlag, wenn ich an die Festlichkeiten und an die Feierlichkeiten im Museum Industrielle Arbeitswelt im vergangenen Herbst denke, wo die großen Herren der Gewerkschaft gesagt haben, dass sie die Träger sind, dass sie die Erfinder dieses Museums Industrielle Arbeitswelt sind, dann denke ich, müsste die Gewerkschaft wenigstens diese € 60.000,-, die wir jetzt erhöht haben, auch als Subvention bringen, denn wenn ich die Subventionslisten durchlese, dann finde ich die Gewerkschaft nicht mehr als Subventionsträger in unserem Haus. Ich denke, es wäre für die Gewerkschaft wichtiger bei uns was zu tun, als irgendwo in der Welt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weiter Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe an und für sich eigentlich nicht die Absicht gehabt, mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden, nachdem ich ja bereits bei einem vorangegangenen Antrag meine Meinung zur Förderung des Museum Industrielle Arbeitswelt kundgetan habe, aber nachdem der Kollege Vzbgm. Spanring offensichtlich mich gemeint hat, dass er sich Sorgen macht, wegen Aufrechnungen in den verschiedenen Bereichen, muss ich nur feststellen, dass das heute eine bisschen eigenartige Gemeinderatssitzung ist. Die einen machen sich Sorgen, die anderen bekommen Bauchweh, aber nichts desto trotz stehe ich zu meiner Meinung, was ich bereits gesagt habe, dass es doch einen Unterschied bei der Beurteilung von Subventionen gibt, und es gibt halt Vereine, die leichter zu Subventionen kommen als andere. Und dazu stehe ich auch, Kollege Spanring, das werde ich auch jederzeit wiederholen und werde das auch jedem erklären. Ich habe auch bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, als dieses Thema durch den Herrn Bürgermeister zur Diskussion gestellt wurde, und gesagt, dass wir mit der bisherigen Subventionsgröße keine Probleme haben, aber ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Habe ich da etwas verabsäumt? Ich habe gar nicht gewusst, dass der Dr. Pfeil gestorben ist, aber wir haben – und ich im Besonderen – bisher keine Probleme damit gehabt, aber ...

Unverständliche Zwischenrufe

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege Kupfer, könnten Sie das noch einmal wiederholen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Irgendwie erinnern Sie mich an Pinocchio.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Spaß beiseite, ich bin eh für jeden Spaß zu haben, aber es ist doch ein ernsteres Thema.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Hast jetzt den Faden verloren?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein, ich habe den Faden noch nicht verloren. Es ist doch ein ernsteres Thema, ich finde schon wieder die Fortsetzung dort wo ich aufgehört habe und zwar wie gesagt, keine besonderen Probleme mit der bisherigen Größe dieser Subvention, aber ich habe sehr deutlich bei dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz gesagt, dass wir uns eine andere Größenordnung nicht vorstellen können, ich halte damit nicht hinter dem Berg, daher werden wir auch heute bei der Abstimmung diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Jetzt muss ich natürlich auch noch etwas sagen, ganz kurz, es wird von uns jetzt keinen ideologischen Debattenbeitrag geben. Natürlich stehen wir hinter dem Museum Arbeitswelt und hinter der Förderung, die heute beschlossen wird, wobei ich dem Kollegen Lengauer schon Recht geben möchte, dass es viele andere Bereiche im kulturellen Bereich gibt, wo wir sozusagen auch diese schnellen Entschlüsse, wie es beim Museum Arbeitswelt jetzt endlich gelungen ist, brauchen könnten. Vielleicht nur eine Anmerkung, ich bin schon gespannt, was die Jury für die Landesausstellungen im nächsten Jahrzehnt beschließen wird. Falls wir dann nicht dabei sind, was ja sein könnte, was wir dann mit unserem großartigen Stadtmuseumsprojekt machen, das wird sicher eine spannende Diskussion. Aber zurück zum Museum Arbeitswelt, ich denke, ein Aushängeschild der Stadt Steyr, ganz wichtig auch mit der neuen Ausstellung für alle Altersgruppen, was Bildungsveranstaltungen betrifft etc. und natürlich auch als Tagungszentrum, gibt es von uns die Zustimmung. Ich würde mir den Mut vom Kollegen Lengauer wünschen, wenn ich ihn da noch einmal direkt ansprechen darf, Herr Direktor.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Bitte?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich würde mir so gerne von Ihnen sozusagen den Mut auch bei der Vorstandssitzung wünschen. Wir waren ja gemeinsam bei der Vorstandssitzung Museum Arbeitswelt bzw. wir haben ja auch die Kollegin Heger im Kulturausschuss gehabt, da waren auch die freiheitlichen Vertreter und die Michaela Frech dabei, da höre ich eigentlich nie etwas. Da lassen wir uns sozusagen die Konzepte erklären und sind dafür, kaum kommt es aber in die Fraktion, oder in einen Ausschuss, ist man dann dagegen. Das finde ich ein bisschen feige.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das Konzept ist ja eh nicht schlecht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Gibt es nicht. Dietmar, Schlusswort? Auch nicht. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand? SPÖ. Jemand dagegen? ÖVP, Grüne, FPÖ. Stimmenthaltungen? 1 – Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter wäre Herr StR Gunter Mayrhofer, als Ersatz kommt Herr GR Hack.

BE:GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ich darf einmal schöne Grüße vom Gunter Mayrhofer ausrichten, es geht ihm schon viel besser.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Was haben sie gemacht?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:  
Er hat einen Kreuzbandriss gehabt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Haben sie ihn zusammengenäht?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:  
Ja irgendwie zusammengenäht.  
So, kommen wir zum ersten Antrag.

23) BauStr-10/05 Abschluss einer Vereinbarung zur Erschließung der sogenannten „Mayrgründe“ im Bereich Feldstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 8.2.2006 wird zur Erschließung der sogenannten „Mayrgründe“ dem Abschluss der in der Anlage beigeschlossenen Vereinbarung mit Herrn Franz Mayr, 4400 Steyr, Feldstraße 7 e, Frau Christa Rötzer, 4400 Steyr, Fuchsluckengasse 5, Frau Irmgard Hofer, 4400 Steyr, Feldstraße 7 f, den Ehegatten Gisela und Andreas Mayr, 4400 Steyr, Feldstraße 7 k, und den Ehegatten Agnes und Andreas Kreundl, 4400 Steyr, Robert Musilstraße 6, zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kommen wir gleich zur Abstimmung? Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:  
Beim nächsten Antrag geht es um die Abwasserbeseitigung.

24) Fin-119/05 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 15, Annahme Förderungsvertrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. Februar 2006 wird der Annahme des Förderungsvertrages (Antragsnummer A500996) der Kommunalkredit Public Consulting, Türkenstraße 9, 1092 Wien, für den Bauabschnitt 15 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:  
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:  
Der letzte Punkt betrifft Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2006.

25) K-1/06 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2006 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 13. Februar 2006 wird der Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege in einer Höhe von € 200.000,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VA-Stelle 5/363000/778000 für 2006 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 155.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein

gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Walter Oppl.

**BE:STADTRAT WALTER OPPL:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Bei meinem ersten Antrag geht es um die Jahressubvention für das Kinderschutzzentrum Wigwam in der Höhe von €36.400,--. Ich glaube, ich brauche die Sinnhaftigkeit des Kinderschutzzentrums hier nicht näher erläutern.

26) Fin-19/06 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2006

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 3.2.2006 wird dem Trägerverein Kinderschutzzentrum „Wigwam“, 4400 Steyr, Promenade 8, zur Förderung der Vereinsaktivität für das Jahr 2006 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

Euro 36.400,-- (sechsenddreißigtausendvierhundert)

gewährt.

Die erforderlichen Mittel für diese Subvention werden bei der VSt 1/439000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme meines Antrages.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

**STADTRAT WALTER OPPL:**

In meinem zweiten und letzten Antrag, es freut mich ganz besonders, dass ich den heute stellen darf, geht es um die erstmalige Mittelfreigabe für die Nachrüstung von Aufzügen. Es sind zwischenzeitlich bereits in Summe 40 Anlagen errichtet und für das heurige Jahr noch in Summe 30 Anlagen geplant. Dafür ist für das heurige Jahr ein Aufwand von € 113.000,-- erforderlich.

27) Präs-683/02 Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern – Förderungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 8. März 2006 werden den aus der beiliegenden Aufstellung ersichtlichen Wohnbauträgern, für die in den darin angeführten Wohnbauten nachträglich eingebauten Lifte, halbjährliche Annuitätzuschüsse in der Höhe von jeweils insgesamt 30 % der vom Land Oberösterreich gemäß Endabrechnung anerkannten Investitionskosten verteilt auf 15 Jahre gewährt, wobei die Investitionskosten je Lift bei Wohnobjekten mit 3 Obergeschossen mit € 100.000,-- und bei Wohnobjekten mit 4 Obergeschossen mit € 120.000,-- nach oben begrenzt werden. Dies bedeutet eine Gesamtförderung in der Höhe von € 2.130.652,20 verteilt auf 15 Jahre, wovon im Jahr 2006 € 113.000,-- zur Auszahlung gelangen. Die Details zu den einzelnen Objekten sind der beiliegenden Aufstellung zu entnehmen.

Dazu werden bei VAS 5/853100/010100 Mittel in der Höhe von € 113.000,-- für das Rechnungsjahr 2006 freigegeben. Die restlichen Mittel sind in den Budgets der Folgejahre vorzusehen. (Beilage)

Ich ersuche um Freigabe dieser Mittel, und glaube, ich kann mir nähere Erläuterungen, nachdem wir ja gemeinsam diese Förderungsrichtlinien beschlossen haben, ersparen.

**BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich glaube, dass das ein sehr wichtiger Antrag ist, der heute hier

beschlossen wird. Es geht um wesentliche Einrichtungen für die Erleichterung der Erreichbarkeit dieser Wohnungen. Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.  
Du hast noch was zu sagen? Kurt bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nur eine Frage, Herr StR Oppl. Also, ich finde das eh okay, dass wir das tun, ich denke mir, dass auch im Behindertenbereich, ganz gleich in welcher Art und Weise da eine Abhilfe geschaffen wird, aber auf der anderen Seite – und das betrifft speziell dein Ressort, Walter – was nutzt die beste Liftanlage, wenn Behinderte z. B. in Steyr dringend eine Wohnung brauchen und es heißt, dass quasi für Behinderte im Rollstuhl keine Wohnung zur Verfügung stehen. Ich würde dich bitten, einmal prüfen zu lassen, wie hoch der Bedarf ist, bzw. in deinem Ressort einmal zu schauen, welchen Entwicklungsplan du z. B. hast, dass Behinderte auch Wohnungen mit Lift beziehen können, die auch für sie adaptiert worden sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Walter, Schlusswort bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

An und für sich ist dazu nur zu sagen, dass ja mit den neuen Richtlinien sämtliche Neubauten, die jetzt errichtet werden, auf alle Fälle barrierefrei und somit behindertengerecht errichtet werden. Was jetzt den Bedarf an behindertengerechten Wohnungen betrifft, kann ich darauf verweisen, dass wir momentan gerade dabei sind, das betreute Wohnen zu finalisieren, das wir im Herbst übergeben können. Sämtliche 30 Wohnungen sind selbstverständlich behindertengerecht ausgeführt. Wenn es punktuell notwendig ist, muss man sich das im Einzelfall anschauen, dass man bestehende Wohnungen umbaut. Das ist natürlich mit einem relativ großen, hohen Kostenaufwand verbunden, aber ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass sämtliche Wohnungen, egal ob die jetzt von der GWG der Stadt Steyr, von der WAG, oder sonstigen Wohnbauträgern sind, diese Wohnungen, die natürlich gefördert sind, immer nach den einzelnen Förderungsrichtlinien, die zum Zeitpunkt der Errichtung bestanden haben, gebaut worden sind. Schlussendlich ist es natürlich dann auch eine Frage, wann jetzt keine behindertengerechte Ausführung gefördert wird, dann sind die gemeinnützigen Wohnbauträger natürlich schon dazu angehalten, dass sie Wohnungen errichten, die auch leistbar sind und dass man nicht generell sämtliche Wohnungen behindertengerecht ausführen kann. Das ist nun einmal so, aber auf der anderen Seite, wenn ich das behindertengerecht mache und ich bekomme das nicht gefördert, komme ich auf eine Miete, die für die Leute wiederum nicht leistbar ist. Also ich glaube, es ist sicherlich der Weg der zielführendere, dass man hergeht – und das haben wir auch schon gemacht, es gibt ein paar Wohnungen im Resthof, ich denke an die spezielle Wohnung im Steinbrecherring, auf der Ennsleite, wo wir nach Anlassfall dann tatsächlich die Wohnungen behindertengerecht umgebaut haben. Sprich, dass wir dann auch dementsprechende Durchgänge bei den Türen haben etc. Tabor, dasselbe, das Pensionistenwohnhaus war eines der ersten Häuser, die behindertengerecht ausgeführt worden sind. Also so ist es nicht, wir haben schon etliche Wohnungen, vor allem in Bereichen der Pensionistenwohnungen, die sind alle behindertengerecht errichtet worden und dann natürlich auch noch normale Wohnbauten, wo wir punktuell Wohnungen nachgerüstet haben.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Stimmt es, dass die Warteliste für Behinderte im Rollstuhl ziemlich lang ist und dass so quasi ein Bedarf ist und dass es sehr schwierig ist, sofort darauf zu reagieren, aber ich denke mir, dass es auch wichtig ist, dass man mit einem bestimmten Prozentsatz rechnet. Was machst du in deinem Programm, um dieser Warteliste gerecht zu werden?

STADTRAT WALTER OPPL:

Eine ganz kurze Antwort; also mir ist keine Warteliste bekannt, lieber Kurt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Dann werde ich sie dir zeigen, dann komme ich gleich morgen auf dich zu, weil ich habe einen Fall.

STADTRAT WALTER OPPL:

Ist okay, aber es gibt bei der GWG keine Warteliste für Mitbürgerinnen und Mitbürger, die auf eine behindertengerechte Wohnung warten.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Dann weiß ich nicht, vielleicht redest du mit denen nicht.

STADTRAT WALTER OPPL:

Das glaube ich aber schon.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich habe einen Antrag bei mir liegen, wo es bei der GWG immer heißt, es tut uns Leid, aber wir haben keine behindertengerechten Wohnungen frei.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, das ist aber schon das Schlusswort, darf ich bitten, redet euch dann nachher zusammen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, letzte Berichterstatterin ist die Frau StR Ingrid Weixlberger.

BE:STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem Antrag geht es um die Festlegung der Öffnungszeiten der Gastgärten im Stadtgebiet. Die neue Verordnung ist notwendig geworden, nachdem die bisherige Verordnung des Landeshauptmannes vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden ist.

28) Ge-1358/05 Öffnungszeiten der Gastgärten im Stadtgebiet

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Gewerbe- und Anlagenrecht vom 13.3.2006 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Regelung der Sperrzeiten für Gastgärten der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit Kundmachung im Amtsblatt der Stadt Steyr in Kraft. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Wir hatten heute Verhandlungsgegenstände mit einer Summe von Euro 5.966.720,--, Kenntnisnahme von Beschlüssen in der Größenordnung von Euro 23.900,--, also in Summe Euro 5.990.620,--.

Wir sind am Ende unserer Sitzung, danke schön.

ENDE DER SITZUNG UM 19.10 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Ute Fanta eh.

GR Rudolf Kohl eh.